

Willy Klages

**Teuflische Lügen
und
bittere Wahrheiten**

**Von der Gründung
der Montanunion
bis zur
EU-Diktatur**

Sonderheft Nr. 28



Von der Gründung der Montanunion bis zur EU-Diktatur

Sonderheft Nr. 28

EU-Vormundschaft für Deutschland

| Inhaltsverzeichnis | Seite |
|---|--------------|
| Gründung der Montanunion (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl) | 2-16 |
| Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft ("EURATOM") | 16-19 |
| Bildung der Europäischen Gemeinschaft (EG) | 19-22 |
| Bildung der Europäischen Union (EU) | 22-26 |
| EU-Osterweiterung | 26-35 |
| Erstellung einer europäischen Verfassung und sonstige Ereignisse | 36-92 |
| Schlußbemerkungen | 92-95 |
| Hinweise für den Leser | 96-97 |
| Quellen- und Literaturnachweis | |

Gründung der Montanunion (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl)

Freiheit ist ein Luxus, den sich nicht jedermann leisten kann.

Karl Marx (1818-1883, deutscher Philosoph, Journalist, Sozialist und Schriftsteller)

Der französische Außenminister Robert Schuman schlug am 3. Mai 1950 den Plan einer westeuropäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vor, der später in der Montanunion verwirklicht wurde (x243/218): >>... Der Grund für die Überlegenheit der deutschen Industrie ist die deutsche Stahlproduktion zu Preisen, mit denen Frankreich nicht konkurrieren kann. ...

Mit der vorgeschlagenen Lösung wird das Problem der beherrschenden Stellung der deutschen Industrie ausgeräumt, deren Fortbestand in Europa Furcht verbreiten würde, eine Quelle ständiger Unruhe wäre, schließlich die europäische Einigung vereiteln und abermals den Untergang Deutschlands selbst bewirken müßte.

Diese Lösung schafft gemeinsame Expansionsbedingungen im Wettbewerb, ohne daß sich beherrschende Stellungen ergeben könnten.<<

Am 9. Mai 1950 stellte der französische Außenminister Robert Schumann den Plan einer westeuropäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vor (x191/200): >>Die Vereinigung der europäischen Nachbarn erfordert, daß der jahrhundertelange Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland ausgelöscht wird. ...

Die französische Regierung schlägt vor, die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohle- und Stahlproduktion unter eine gemeinsame Hohe Behörde zu stellen, in einer Organisation, die den anderen europäischen Ländern zum Beitritt offensteht.

Die Zusammenlegung der Kohle- und Stahlproduktion wird sofort die Schaffung gemeinsamer Grundlagen für die wirtschaftliche Entwicklung sichern – die erste Etappe der europäischen Föderation – und die Zweckbestimmung jener Gebiete ändern, die lange Zeit der Herstellung von Waffen gewidmet waren, deren sicherste Opfer sie selbst gewesen sind.

Die Gemeinsamkeit der Produktion, die so hergestellt wird, bekundet, daß jeder Krieg zwischen Frankreich und Deutschland nicht nur undenkbar, sondern materiell unmöglich ist. ...<< In Paris unterzeichneten Frankreich, Belgien, Italien, Luxemburg, die Niederlande und die Bundesrepublik Deutschland am 18. April 1951 den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion (x156/73):

>>... Artikel 1

Durch diesen Vertrag begründen die Hohen Vertragsschließenden Teile unter sich eine Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl; sie beruht auf einem gemeinsamen Markt, verfolgt gemeinsame Ziele und hat gemeinsame Organe.

Artikel 2

Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl ist dazu berufen, im Einklang mit der Gesamtwirtschaft der Mitgliedstaaten und auf der Grundlage eines gemeinsamen Marktes ... zur Ausweitung der Wirtschaft, zur Steigerung der Beschäftigung und zur Hebung der Lebenshaltung in den Mitgliedstaaten beizutragen. ...

Artikel 97

Dieser Vertrag gilt für die Dauer von 50 Jahren vom Zeitpunkt seines Inkrafttretens an.

Artikel 98

Jeder europäische Staat kann einen Antrag auf Beitritt zu diesem Vertrag stellen. Der Antrag ist an den Rat zu richten, der nach Stellungnahme der Hohen Behörde einstimmig Beschluß faßt und ebenfalls einstimmig die Bedingungen für den Beitritt festsetzt. ...<<

Die Montanunion war eine supranationale Behörde mit unabhängiger Entscheidungsbefugnis und verfügte bereits über wesentliche Strukturen der späteren EWG. Durch die Gründung der Montanunion bzw. Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl - der EGKS-Vertrag trat am 23. Juli 1952 in Kraft - wurde angeblich der erste Schritt zur Aussöhnung der "Erbfeinde" Deutschland und Frankreich sowie der Anfang der späteren europäischen Gemeinschaft vollzogen.

Die von den westlichen Siegermächten angeordnete Vergemeinschaftung der kriegswichtigen Grundstoffindustrien Kohle und Stahl sollte in erster Linie die Gefahr von Kriegen zwischen den Signatarstaaten endgültig bannen und gewährleistete zusätzlich eine dauerhafte Überwachung und Lenkung der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland. Frankreich ging es damals nicht nur um die Kontrolle der deutschen Kohle- und Stahlindustrie, sondern vor allem um die Förderung der eigenen Wirtschaft.

Die Hohe Behörde der Montanunion wurde 1967 durch Fusionsvertrag in die EG integriert. Nach Ablauf des auf 50 Jahre begrenzten Vertrages stellte die Montanunion schließlich am 23. Juli 2002 ihre Tätigkeit ein, ihre Befugnisse und ihr Vermögen gingen danach auf die EG über.

Die Bundesrepublik wurde am 2. Mai 1951 vollberechtigtes Mitglied des Europarates.

Am 9. Juli 1951 beendete die britische Regierung den Kriegszustand mit Deutschland. Frankreich und die USA beendeten am 13. Juli 1951 und am 19. Oktober 1951 den Kriegszustand mit Deutschland.

Bundeskanzler Adenauer erläuterte am 12. Juli 1951 vor dem Deutschen Bundestag den Gesetzentwurf für den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (x156/74-75): >>Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

... Ich bin der festen Überzeugung, daß, wenn dieser Anfang einmal gemacht worden ist, wenn hier 6 europäische Länder, wie ich nochmals betone: freiwillig und ohne Zwang einen Teil ihrer Souveränität

Zuruf von der KPD: Wer lacht denn da?

auf ein übergeordnetes Organ übertragen, man dann auch auf anderen Gebieten diesem Vorgang folgen wird und daß damit wirklich der Nationalismus, der Krebschaden Europas, einen

tödlichen Stoß bekommen wird. ...

Als im Mai des Jahres 1950 Herr Schumann diesen Vorschlag machte,

Zuruf von der KPD: Washington machte ihn!

ging es ihm in erster Linie darum, die althergebrachten Gegensätze zwischen Frankreich und Deutschland dadurch aus der Welt zu schaffen, daß auf dem Gebiete der Grundstoffindustrie gemeinsam gearbeitet und daß dadurch jeder Gedanke, einer wolle gegen den andern rüsten, unmöglich würde. ...

Etwas Weiteres hat sich im Laufe der Verhandlungen ergeben. Ich glaube, daß wohl zum erstenmal in der Geschichte, sicher der Geschichte der letzten Jahrhunderte, Länder freiwillig und ohne Zwang auf einen Teil ihrer Souveränität verzichten wollen,

Zuruf von der KPD: An die Rüstungsherren!

um die Souveränität einem supranationalen Gebilde zu übertragen.

Zuruf von der KPD: Den Amerikanern unterstellt werden! – Zuruf in der Mitte: Ruhig! - Gegenruf von der KPD: Das gefällt Ihnen nicht!

Das ist – ich betone das ausdrücklich -, wie mir scheint, ein Vorgang von welthistorischer Bedeutung, ein Vorgang, der das Ende des Nationalismus in all diesen Ländern bedeutet.

Beifall bei den Regierungsparteien ...<<

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" berichtete am 12. Dezember 1951 über den "Schuman-Plan": >>**DIE NEUE RUHRBEHÖRDE**

Der Schumanplan wird von seinen französischen Urhebern und deutschen Anwälten gerne als der erste Baustein für ein neues Europa ausgegeben. Er werde eine Solidarität der Tat schaffen und den jahrhundertealten Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich auslöschen, sagen sie.

Der Plan trägt den Namen des französischen Außenministers, aber es ist bekannt, daß sein geistiger Vater der französische Planungskommissar Jean Monnet ist, dessen Name schon für einen anderen innerfranzösischen Plan vergeben war. Und dieser "Monnetplan" betrifft den Aufbau und Ausbau der französischen Eisen- und Stahlindustrie. ...

Außenminister Robert Schuman hat in einer Rede bei einer Gewerkschaftstagung in Metz selbst erklärt: "In Wahrheit ist dieser Plan die Fortsetzung des Monnetplanes" und, allein "um den französischen Stahlexport zu erleichtern" habe Frankreich "diese Mission übernommen". Diese Rede war allerdings nicht für deutsche Ohren bestimmt!

Wenn Bundeskanzler Adenauer in der ersten Beratung des Bundestages über den Schumanplan am 12. Juli 1951 sagte, die Verwirklichung des Schumanplanes bedeute das Ende des Nationalismus in Europa, so sind zunächst stillschweigend diese nationalwirtschaftlichen Interessen Frankreichs, die dem Schumanplan Pate gestanden haben, übergegangen. ...

Nur in einer Zollunion würden die heute so viel berufenen Vorteile eines großen Marktes wirksam werden, die zudem gewaltig überschätzt werden und denen als schwerwiegender Nachteil eine weit stärkere Dynamik des Gesamtsystems mit schweren Krisen, fortgesetzten Umstellungen und Umsiedlungen gegenüberständen. Sie würde eine völlige Freizügigkeit der Arbeitskräfte voraussetzen.

Vielleicht wäre es gut, wenn die naiven Vertreter des Gedankens einer westeuropäischen Staatenverschmelzung einmal statt des sehr andersartigen Gesellschaftsgebildes der Vereinigten Staaten zum Vergleich die alte Donaumonarchie heranziehen würden. Hier hat weder die ökonomische noch die staatliche Einheit eine Gemeinschaft der Völker geschaffen, sondern einen höchst gefährlichen Nationalismus und Nationalitätenkampf, der nicht ruhte, bis der Gesamtstaat zerschlagen war.

Eine westeuropäische Völker- und Staatengemeinschaft ist nur als ein föderatives Gebilde durchführbar. Und ebenso scheint mir die Koordination der zugeordneten Volkswirtschaften nur föderativ denkbar. ...

Die geplante westeuropäische Gemeinschaft stellt sich dar als ein System eines gemeinsamen Marktes unter einer Hohen Behörde, die das Innehalten marktwirtschaftlicher Spielregeln zu gewährleisten hat, und jede Änderung des organisatorischen Aufbaues der Kohlen- und Stahlunternehmen verhindert, die zu Beginn der Union vorliegen. Es handelt sich also um ein neues System der Zwangskonkurrenz. ...

Die Rolle der Hohen Behörde als Kapitalsgeber und Vermittler, wohl vorwiegend amerikanischer Anleihen, gibt ihr eine sehr große Machtstellung. Und damit gewinnen die Stimmverhältnisse in den Organen der Gemeinschaft ihre besondere Bedeutung. Die Hohe Behörde hat neun Mitglieder, nicht mehr als zwei dürfen aus einem Mitgliedstaat stammen. Ihre Mitglieder dürfen weder Anweisungen ihrer Regierungen annehmen noch einholen. Aber ist es nicht eine gefährliche Fiktion anzunehmen, daß sie aufhören werden, die Interessen ihrer Länder zu wahren, aus deren Montanwirtschaft sie als Sachverständige kommen werden?

Die Hohe Behörde beschließt mit Stimmenmehrheit. ... In keinem der Gremien erreicht der Anteil der Stimmen Deutschlands ein Viertel. Der deutsche Anteil an der Kohlenförderung der Unionsländer aber beträgt 51 Prozent, an der Stahlerzeugung 38 Prozent.

Rein formal gesehen, scheint es, als ob Frankreich in ähnlicher Weise einen zu schwachen Einfluß in der Gemeinschaft für Kohle und Stahl haben werde. Aber die Interessen werden wohl fast stets so liegen, daß die westlichen Länder die gleichen Wünsche auf die billigste Belieferung mit deutschen Kohlen und Koks haben, während sie als Stahlproduzenten nicht daran interessiert sind, daß Westdeutschland seine frühere Stahlkapazität wieder erreicht.

Artikel 97 setzte nun die Dauer des Vertrages auf fünfzig Jahre fest. Dies bedeutet eine der schwersten Fesseln des Vertrages, zumal die Revisionsklauseln des Artikels 95 völlig unzureichend sind und praktisch bedeuten, daß eine Revision kaum durchführbar ist. Eine Kündigungsklausel ist überhaupt nicht vorgesehen.

Wenn wir in Deutschland diese Bestimmung als unerträgliche Fesselung ansehen, so kann sie doch nur in den Vertragsentwurf gekommen sein, indem andere Delegationen sich von dem Schumanplan einen Löwenanteil versprochen. Die amerikanische, französische und englische Presse hat auch die Hohe Behörde ganz offen als Ersatz für die Ruhrbehörde bezeichnet. Dann aber spricht nicht für die Annahme des Schumanplanes, daß man mit ihr die Herrschaft der Ruhrbehörde los werde, die politisch auf fünfzig Jahre nicht haltbar ist - wenn überhaupt noch heute, in dem Augenblick, in dem der Westen unsere Beteiligung an der Verteidigung wünscht! ...

Als Grundgedanke des Schumanplanes enthüllt sich so in allem die Absicht, daß die westlichen Länder sich die billigsten Bezüge deutscher Kohle und deutschen Kokes sichern, während die deutsche Stahlerzeugung und Walzwerkserzeugung unter den künstlich geschaffenen ungleichen und unfairen Bedingungen niedergehalten werden soll.

So ist es schwer verständlich und eigentlich ein Zeichen mangelnder politischer Reife und sachlich-kritischen Denken, wenn in Deutschland der Schumanplan als Auftakt einer höheren europäischen Gemeinschaft gepriesen und bejaht wird, jeder sachliche Einwand aber in der billigsten Weise als Nationalismus abgetan wird. Auch in einer europäischen Gemeinschaft wird jede Nation ihre berechtigten Interessen zu wahren haben. Wenn die verantwortlichen Männer das nicht tun, werden sie eines Tages dafür die Rechnung erhalten.

Jeder Vertrag bedeutet eine Bindung, aber er setzt voraus, daß er ohne Druck und Zwang zustande kommt und daß er Rechte und Pflichten gerecht und gleichmäßig verteilt. Vor allem aber ein Vertrag, der beansprucht, an Stelle jahrhundertalter Gegensätze und Feindschaften eine echte Gemeinschaft zu begründen. Sie wird nicht begründet, indem man einem Teilhaber vorher Handschellen anlegt. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (17/1953) berichtete am 22. April 1953 über die EU-ROPA-VERFASSUNG: >>Unlösbare Gemeinschaft

Am 12. Mai sollen die Außenminister der sechs Staaten, die in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl verbunden und durch ihre Regierungen für ein Bündnis in der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft vorgesehen sind, den Entwurf eines Vertrages über die Satzung der Europäischen Politischen Gemeinschaft prüfen.

Dieser Verfassungsentwurf wurde am 9. März in Straßburg den sechs Ministern überreicht und am 10. März von der sogenannten Ad-hoc-Versammlung der Montanparlamentarier und von zugewählten Abgeordneten der sechs nationalen Parlamente in Straßburg verabschiedet.

Durch den Artikel 102 dieser Straßburger Satzung wird bestimmt: "Erlangt ein Mitgliedsstaat seine Hoheitsgewalt wieder über ein Gebiet, das am 31. März 1937 einen Teil dieses Staates gebildet hat, so wird diese Satzung lediglich durch die Tatsache der Wiedererlangung der Hoheitsgewalt auf das betroffene Gebiet erstreckt."

Der letzte Satz des Artikels 1 der Satzung lautet: "Sie (die Gemeinschaft) ist unlösbar."

Wenn diese Satzung unverändert in Kraft treten sollte, wäre eine deutsche Regierung nach der Wiedervereinigung der Bundesrepublik mit der sowjetischen Besatzungszone zu einem deutschen Gesamtstaat verpflichtet, einen Vertrag auszuführen, der ihre souveränen Rechte, auf die zu verzichten sie nicht einmal Gelegenheit hatte, wesentlich einschränkt und eine selbständige deutsche Politik unmöglich macht.

Der Artikel 5 der Satzung stellt fest: "Die Gemeinschaft bildet mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft eine Rechtseinheit ..."

Da diese Bestimmung Inhalt der Satzung ist, würde sie im Falle der Wiedervereinigung Deutschlands die Wirkung des EVG-Vertrages und des Vertrages über die Montan-Union auf ganz Deutschland automatisch ausdehnen. Konrad Adenauer weisste denn auch in Amerika, auch ein wiedervereinigtes Deutschland werde seiner, des Kanzlers, EVG-Politik anhängen.

Die Unterwerfung des wiedervereinigten deutschen Staates unter die Oberhoheit der Europäischen Politischen Gemeinschaft würde also nach der Satzung automatisch und ohne weiteres kommen, ein entsprechend größeres Gewicht der Deutschen in dieser Gemeinschaft dagegen nicht. Um die deutsche Fraktion in der "Völkerkammer" zu verstärken, bedürfte es eines einstimmigen Beschlusses des Ministerrats unter Zustimmung der Völkerkammer.

Durch dieses Verfahren sind aber die Rechte eines kommenden Vierzonen-Deutschland auf angemessene Vertretung, die sich aus dem Anschluß der deutschen Gebiete außerhalb der Bundesrepublik für die EVG und die Montan-Union ergeben, noch nicht gewährt. Der Ministerrat muß über die Neuverteilung der Stimmgewichte im Rat für Montan-Union und EVG einstimmig entscheiden.

Die Bundesregierung ist dabei durch das Grundgesetz gar nicht ermächtigt, Hoheitsrechte einer kommenden gesamtdeutschen Regierung auf übernationale Autoritäten zu übertragen; denn die Zuständigkeit der Bundesregierung ist auf den Geltungsbereich des Grundgesetzes beschränkt.

Artikel 23 des Grundgesetzes: "Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen."

Diese anderen Teile Deutschlands können aber wiederum nicht zum Geltungsbereich des Grundgesetzes gehören, denn nach dem Schlußartikel des Grundgesetzes tritt dieses außer Kraft, sobald das deutsche Volk in der Lage ist, sich durch eine verfassunggebende Nationalversammlung eine neue Verfassung zu geben.

Mit dieser Bestimmung hat der Parlamentarische Rat 1949 die Möglichkeit des einfachen Anschlusses der jetzt abgetrennten oder sowjetisch besetzten Gebiete an die Bundesrepublik rechtlich unmöglich gemacht und die politische These, die Bundesrepublik sei der Kernstaat

eines freien Deutschland, im rechtlichen Sinne zurückgewiesen.

Da der Bund also weder durch das Grundgesetz noch durch allgemein anerkannte Regeln des Staats- oder Völkerrechts ermächtigt ist, Hoheitsrechte über Gebiete abzutreten, die ihm nicht angehören, sind die Artikel 5 und 102 der Satzung für die Europäische Politische Gemeinschaft undurchführbar und die Satzung selbst für eine Regierung einer gesamtdeutschen Republik ebenso unverbindlich wie der EVG-Vertrag, der Vertrag über die Montan-Union oder ein Vertrag über die Europäisierung der Saar.

Die Verfasser der Satzung für die Europäische Politische Gemeinschaft, unter ihnen deutsche Parlamentarier mit dem CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Rechtsanwalt und Notar Heinrich von Brentano an der Spitze, haben das übersehen. In Bonn wehrten sie sich verzweifelt gegen eine Überprüfung ihrer Arbeit durch Experten der Regierung. Heinrich von Brentano, Präsident der Europäischen Verfassungskommission, erklärte vor der Presse im Kabinettsaal des Palais Schaumburg: "Wir sind selber Rechtsexperten." <<

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (26/1955) berichtete am 22. Juni 1955 über die MONTANUNION: >>Umsteigen in den Bummelzug

In dem schwarzen Citroën, der an einem der ersten Junitage die salutierende Wache des Luxemburger Schlosses passierte und direkt zum "Casino" am Roosevelt-Boulevard fuhr, saß ein erschöpfter, resignierender Mann. Der Abschiedsbesuch, den der scheidende Präsident der Montanbehörde, Jean Monnet, soeben mit seiner Gattin der Großherzogin Charlotte von Luxemburg abgestattet hatte, war kurz und konventionell gewesen. Jetzt erst kam für Monnet das Schlimmste. Im Restaurant "Casino", das neben dem "Hotel Kravat" Schauplatz der wenigen gesellschaftlichen Ereignisse der Luxemburger Kohle- und Stahldiplomatie ist, erwarteten ihn seine Mitarbeiter.

Da standen sie im Vestibül, die es vor zweieinhalb Jahren unternommen hatten, mit dem kleinen Franzosen den ersten politischen Stoßtrupp für die Vereinigten Staaten von Europa zu wagen, und die sich im ersten Überschwang bereits Europa-Pässe ausgestellt hatten, die außer den sechs Ländern niemand anerkennt. Da stand der massige deutsche Vizepräsident Franz Etzel, von dem es auf den Korridoren der Montanbehörde wechselweise hieß, er habe Monnet oder Monnet habe ihn unter seiner Fuchtel. Da zeigte sich der zweite Vizepräsident, der Belgier Albert Coppé, sichtlich gerührt.

Da war der Franzose Pierre Uri, der Vertraute Monnets, der schon im kleinen Speisezimmer des Planungskommissariats Paris dabeigewesen war, als Monnet in Gesprächen erste Gedanken äußerte, die später in den Schumanplan mündeten.

Jener Professor Uri, der seinen anfänglichen Europa-Fahrplan (SPIEGEL 9/1953), nach dem bereits 1956 der gemeinsame europäische Markt für die Landwirtschaft und die Textilindustrie und ein Jahr später die erste europäische Bundesregierung kommen sollten, heute schmerzlich einen "Code philosophique" nennt. Und da druckten schließlich die Söhne zweier bekannter Politiker herum, die Junioren Pinay und Spaak, die sich unter Monnet ihre europäischen Sporen hatten verdienen wollen.

Franz Etzel hielt die Abschiedsrede. Er feierte Monnet als den Mann, dem es in erster Linie zu verdanken sei, "daß der gewagte Versuch gelungen ist, fünf Jahre nach dem zweiten Weltkrieg sechs Staaten zu einer neuen Gemeinschaft zusammenzuführen". Er schloß nicht ohne Pathos: "Wir können schon jetzt hieraus ableiten, daß es nie wieder einen Krieg zwischen den Weststaaten geben wird."

Als die Familie Monnet am übernächsten Tag Luxemburg verließ, trug der zurückgetretene Präsident in seinem Gepäck das kostbare silberne Geschenktablett mit den eingravierten Namen aller Mitglieder der Hohen Behörde, das Etzel ihm zum Abschied überreicht hatte. Der Schöpfer des Schumanplans zog sich auf seinen Landsitz bei Paris zurück, um für eine Weile den Gesellschaftsanzug mit seinem Wanderzeug, Skihose, Windbluse und Schlägermütze, zu

vertauschen.

In Luxemburg blieb das europäische Team zurück und bereitete sich auf den Empfang des neuen Präsidenten René Mayer vor. Die meisten Mitglieder der Hohen Behörde hatten zwar gemeint, wenn Monnet gehe, solle doch - wie Monnet es selbst einmal angeregt hatte - Franz Etzel auf den Stuhl des ersten Präsidenten nachrücken. Aber Etzel hatte Vertrauten erklärt: "Wir Deutschen sind schon wieder so selbstgefällig. Muß ich denn, wenn ich mich mit der Menschheit verkracht habe und jetzt wieder in den Verein aufgenommen bin, gleich anstreben, Vorsitzender zu werden?"

Der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete, den die Gunst des deutschen Bundeskanzlers in kurzer Zeit auf den mit rund 50.000 Mark steuerfreiem Jahreseinkommen dotierten Posten des Vizepräsidenten hob, kann auch ohne Präsidentenamt mit seiner Nachkriegskarriere zufrieden sein. Er hat sonst in seinem Leben längere Zeit gebraucht, um sich durchzubeißen: als Junge in seinem Heimatstädtchen Wesel, nachdem das Baugeschäft des Vaters zusammengebrochen war und er aus der Obersekunda in die Kohlenzeche Sterkrade unter Tage mußte. Dann, als er sein Abitur nachbüffeln und sich später das Geld für sein juristisches Studium selbst verdienen mußte, ehe er als Sozius in eine Duisburger Rechtsanwaltsfirma eintreten konnte.

Der heute 52jährige Vizepräsident in Luxemburg hat nach dem Kriege in Duisburg die Kreispartei der CDU gegründet und zeichnete später für das wirtschaftspolitische Programm der Christlich-Demokratischen Union mitverantwortlich. Im ersten Deutschen Bundestag war er Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Ausschusses, der für den Schumanplan federführend war. Von dort kam er direkt als zweiter Mann zur Hohen Behörde.

Das Amt des ersten Mannes in Luxemburg scheint gegenwärtig vielen Beobachtern nicht allzu begehrenswert. Denn seit vor einigen Monaten bekannt wurde, daß Jean Monnet sein Amt aufgibt, muß sich die Montanunion mit einer hartnäckigen Kritik herumschlagen, für die die "Deutsche Zeitung und Wirtschafts-Zeitung" die knappe Formel fand:

- Brauchen wir denn überhaupt noch die Montanunion? Bleibt es bei den Nationalwirtschaften, wie es jetzt aussieht, dann ist kein Platz für supranationale Bevormundungen der nationalen Wirtschaftspolitik souveräner Staaten. Kommt es aber zur wirklichen Vereinigung Europas, also zum "einzigem Markt", dann brauchen wir sie ebensowenig.

- Wenn es von 1950 bis 1955, also mit der starken Bereitschaft einer nicht souveränen Bundesrepublik, nicht gelang, Europas Vereinigung zu betreiben, um wieviel schwieriger muß das nach 1955 sein, da sich alle Länder in Europa wieder an die nationalwirtschaftlichen Daseinsformen gewöhnt haben. ...

Die durch eine vierzigjährige Abkapselung der Nationalwirtschaften verbogene Wirtschaftsgeographie beginnt sich wieder einzurenken: Süddeutschland beispielsweise bezieht jetzt mehr Kohle aus den nahegelegenen Saargruben und aus Lothringen Stahlprodukte; Belgien und Holland dagegen verfünzfachten ihre Kohleimporte aus dem Aachener Revier ...

Die Wirtschaftsminister der Mitgliedstaaten der Montanunion haben keinen direkten Einfluß mehr auf diesen neuen Kreislauf der Kohle- und Stahlindustrie ihrer Länder; die nationale Regierungsgewalt für die Schwerindustrie ist durch den Schumanplan-Vertrag auf die supranationale Hohe Behörde in Luxemburg übergegangen.

Ein Heer von Beamten schwärmt ständig von Luxemburg aus, um die mit der revolutionären Umstellung zusammenhängenden Probleme zu regeln. ...

Monnet hatte von Anfang an gewußt, daß die Montanunion allein kaum lebensfähig sein würde. Er wollte nicht bei Kohle und Stahl stehenbleiben, sondern den Kreis der Branchen, die von Luxemburg aus dirigiert werden, laufend erweitern. Einige Interpreten dieser supranationalen Methode der Teilintegrationen dachten an die Reihenfolge: Kohle und Stahl, Energiewirtschaft und Verkehr, Landwirtschaft (nach dem Plan des französischen Ministers Pflimlin), Textilien, Chemie usw.

Mit der Übertragung aller Regierungsvollmachten für Kohle und Stahl auf die Hohe Behörde war durch den Schumanplan die Gewalt über die Schwerindustrie aus der Verantwortung der Nationalregierungen herausgelöst worden. Auf militärischem Gebiet sollte es nach dem Willen der französischen Politiker, die mit Jean Monnet einig gingen, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft sein, der gleichfalls supranationale Vollmachten für eine integrierte Wehrmacht Westeuropas gegeben werden sollten.

Als aber in der Pariser Nationalversammlung über die EVG entschieden wurde, stand an der Spitze Frankreichs ein Mann, der von der Vortrefflichkeit einer Teilintegration ohne England keineswegs überzeugt war. Ministerpräsident Pierre Mendès-France hielt nichts von der Vereinigung Westeuropas zu einem Bundesstaat. Mit Jean Monnet, einem der tatkräftigsten Verfechter dieser Idee, verband ihn außerdem seit der Zeit der französischen Exilregierung in Algerien eine persönliche Feindschaft.

Jean Monnet hatte damals auf dem einzigen lebenswichtigen Posten der Exilregierung gesessen; in den USA, an der Quelle aller Unterstützung für den General de Gaulle. Mendès-France war im Exilkabinett Wirtschaftsminister, als Finanzminister fungierte René Pleven, Transportminister war René Mayer. Die engen Freunde Pleven, Mayer und Monnet fanden sich in dieser Zeit zu einem Dreieckspiel zusammen, und Mendès-France kam wegen Monnets glänzender Beziehungen in Washington nie so recht zur Geltung. Nach der Befreiung hatte es dann weitere Unstimmigkeiten gegeben, als Jean Monnet im Planungskommissariat die Marshallplan-Gelder in der Schwerindustrie anlegte und Mendès-France als Präsident des Rechnungshofes sich mit Monnets knappen Auskünften über den Weg und Verwendungszweck der Gelder nicht begnügen wollte.

Am 30. August 1954 tat Mendès-France keinen Handschlag, die sterbende EVG zu retten, der General Aumeran den Fangstoß gab. Damit war eine der beiden supranationalen Säulen, auf denen die Anhänger Jean Monnets das neue Europa errichten wollten, jäh zusammengestürzt. Monnet bekannte: "Ich bin bis in mein Innerstes entsetzt!" Und in der Tat ist die Ablehnung der EVG zu einem Wendepunkt der Integration Europas geworden.

Am 9. November erreichte die Zusammenarbeit zwischen Monnet und dem Pariser Regierungschef ihren Tiefstand. Der Montan-Präsident rief seine engsten Mitarbeiter in Luxemburg zu einer Sondersitzung zusammen. Er teilte ihnen mit, er wolle zurücktreten, um in der französischen Innenpolitik dem bedrohten europäischen Gedanken neuen Rückhalt zu geben. Trotz aller Warnungen (Etzel: "Es gelang uns nicht, ihn umzustimmen") beging Monnet an diesem Tage einen taktischen Fehler. Er schickte einen Kurier mit einem Schreiben an Mendès-France nach Paris. Darin teilte er dem Ministerpräsidenten mit, er werde sein Amt am 10. Februar 1955 niederlegen.

Mit dem Ende der EVG, dem demonstrativen Rücktrittsangebot Monnets und dem Rückzug seines Freundes Marjolin aus der OEEC, dem Europäischen Wirtschaftsrat, waren die supranationalen Paneuropäer um eine weite Strecke zurückgeworfen. Vizepräsident Etzel meint: "Es ist nicht zu leugnen, daß die Zurückweisung der EVG der europäischen Integration einen schweren Schlag versetzt hat." Etzel wendet sich aber leidenschaftlich gegen die seit der Entscheidung des französischen Parlaments auch in der Bundesrepublik lauter gewordenen Kritik an der verbliebenen supranationalen Europa-Säule, der Montanunion.

Manchen Industriellen der Bundesrepublik dagegen erscheint es nicht als Nationalismus, wenn man sich nach der Ablehnung der supranationalen Konzeption ausgerechnet durch die Nation, die seinerzeit den Montanvertrag vorgeschlagen hat, Gedanken über den Wert dieser Institution und ihre Ausdehnungsbestrebungen macht.

Tatsache ist, daß seit Ablehnung der EVG sowohl in Frankreich als auch in Deutschland nationalwirtschaftliche Überlegungen Gewicht gewinnen, und daß damit auch historisch begründete Gegensätzlichkeiten, die schon viel an Bedeutung verloren hatten, wieder aktuell

werden. In der Bundesrepublik löste insbesondere die Behandlung des deutschen Kohlenverkaufs-Systems, das schon früher Gegenstand deutsch-französischer Auseinandersetzungen gewesen war, Kritik an der Montanunion aus.

Seit 1893 war an der Ruhr alle Kohle über ein Kartell verkauft worden, das den Namen "Rheinisch-Westfälisches Kohlsyndikat" trug und vor einigen Jahren auf den Namen "Georg" (Gemeinschaftsorganisation Ruhrkohle) getauft wurde. Das Hauptquartier dieser Verkaufsorganisation befand sich in Essen. Ihr hatten alle Kohlenzechen-Gesellschaften freiwillig den Verkauf ihrer gesamten Kohle übertragen. Einer der großen Wirtschaftsführer des Ruhrgebiets, Emil Kirdorf, hatte dieses Kartell Ende des vergangenen Jahrhunderts nach einer schweren Krise gegründet, um für die Zukunft einen Konkurrenzkampf bis aufs Messer, wie er damals herrschte, zu vermeiden.

Mit diesem Kohlsyndikat Kirdorfs war die deutsche Wirtschaft in mehr als fünf Jahrzehnten gut gefahren. Von Essen aus wurden die bei der Förderung an der Ruhr zwangsläufig anfallenden mehr als hundert verschiedenen Kohlesorten zentral erfaßt und an die verschiedenen Verbrauchergruppen geliefert. Dabei lag es in der Macht des Syndikats, etwa einem Verbraucher zu bedeuten, er müsse, wenn er 500 Tonnen Anthrazitkohle wolle, auch 200 Tonnen weniger begehrte Gasflammkohle abnehmen. Durch diesen straff gelenkten Absatz konnte das Syndikat eine gleichmäßige Beschäftigung der Zechen garantieren. Von Essen aus wurden monatlich 950 geschlossene Kohlenzüge von den verladenden Zechen zu den Abnehmern dirigiert.

Für die lothringische Stahlindustrie, die den Koks französischer Zechengesellschaften in ihren Hochöfen nicht verwenden kann, weil er nicht druckfest genug ist, um das Gewicht der Erzfüllung auszuhalten, war der Bezug von Ruhrkohle und Ruhrkoks immer eine Lebensfrage. Auch die französischen Stahlwerke konnten nur von dem Essener Kohlenkartell kaufen. Die Machtstellung des Syndikats war der französischen Industrie deshalb immer ein Ärgernis.

Als die Franzosen 1923 in das Ruhrgebiet einmarschierten, weil einige hundert Tonnen Reparationskohle nicht rechtzeitig geliefert worden waren, besetzten vorauseilende Radfahrtruppen in Essen als erstes das Gebäude des Kohlsyndikats. Aber sie fanden das Haus leer. Am Vorabend hatten Emil Kirdorf und andere führende Männer die Beamtenschaft des Syndikats zusammengetrommelt.

Nach einer Lageschilderung hatten die Beamten nahezu einstimmig beschlossen, das ganze Syndikat zu verlagern. Die Kohlenmänner machten sich noch während der Nacht daran, sämtliche Akten in einen Sonderzug zu verladen, den die Reichsbahndirektion Essen zur Verfügung gestellt hatte. Das Syndikat ging ins Exil, in eine Blumenmarkthalle nach Hamburg.

Nach dieser Flucht machten die Franzosen das Syndikatsgebäude zum Arrestlokal. Während der "Franzosenzeit" holte sich die lothringische Eisenindustrie ihre Ruhrkohle, ohne das Syndikat befragen zu müssen, direkt von den Zechen. Bergwerksdirektoren, die die Lieferung verweigerten oder auf deren Zechen bereits geförderte Kohle wieder unter Tage geschafft wurde, um sie nicht den Franzosen in die Hände fallen zu lassen, wurden verhaftet. Es folgten Prozesse. Geld- und Gefängnisstrafen wurden verhängt. Erst im Herbst 1923 konnte die Verwaltung aus Hamburg zurückkehren, und noch lange weigerten sich die Franzosen, mit dem Kohlsyndikat zu verhandeln.

An der Ruhr rief es deshalb unangenehme Erinnerungen wach, als nicht nur die Alliierten, sondern auch die Männer der Montanunion Anstalten machten, das Nachkriegssyndikat zu dekartellisieren, weil Kartellabsprachen als wettbewerbshindernd im Schumanplan verboten sind. Die Hohe Behörde setzte es dank ihrer supranationalen Macht durch, daß aus der einen Kohlen-Verkaufsgesellschaft sechs selbständige Unternehmen wurden, die den Verkauf der Kohlenproduktion von jeweils acht bis elf Kohlenzechen übernahmen. Jede Einzelgesellschaft setzt ihre Preise, Rabatte und Verkaufsbedingungen selbständig fest. Absprachen untereinander

der sind verboten.

Für die alten Kohlenfachleute war es nun eine ausgemachte Sache, daß die Franzosen mit dieser Aufsplitterung in sechs Gesellschaften darauf spekulierten, unter sechs verschiedenen Gruppen werde wahrscheinlich immer eine geneigt sein, die Preise der anderen zu unterbieten, was bei dem alten zentralen Verkaufssystem unmöglich war. Frankreich hoffte, so vermutete man, dadurch preisgünstiger einkaufen zu können und nicht dem alten mächtigen Syndikat als einzigem Verhandlungspartner gegenüberzustehen. Eine solche Hoffnung wäre nicht unbegründet; denn schon der alte Geheimrat Kirdorf war der Meinung, ein Waggon billiger Kohle mache ihm den ganzen Markt kaputt.

Dazu der Präsident der deutschen Wirtschaftsvereinigung Bergbau, Dr. Heinrich Kost: "Die Hohe Behörde hat, wie bisher überhaupt, auch in ihrer Haltung zur Verkaufsorganisation kein Verständnis für unsere Belange gezeigt. Wenn nun die Behörde meint, daß die Versorgungsaufgabe durch den Schumanplan auf sie übergegangen ist, dann müßte sie doch dafür sorgen, daß genügend Energien vorhanden sind. Besonders aus Bayern aber hört man heute große Beschwerden darüber, daß die Versorgung nicht mehr so wie früher klappt."

In Luxemburg dagegen sieht man in der Aufsplitterung der Verkaufsfirmen eine Großtat für den freien Wettbewerb. Franz Etzel kontert Dr. Kosts Vorwürfe mit dem Argument: "Das Kohlsyndikat und auch das frühere Rohstahlkartell waren beides Kartelle der Produzenten, während heute bei uns auch die Arbeiter und die Verbrauchergruppen mitreden können. Daß man an der Ruhr einer verlorenen Macht nachtrauert, ist verständlich. Aber Europa auf der Basis der industriellen Zusammenschlüsse scheint mir doch kein sehr phantasievoller Weg zu sein."

Der deutsche Vizepräsident beklagt sich überhaupt: "Immer wenn etwas schiefgegangen war oder wenn der Umsatz nachließ, hieß es, das komme von der Montanunion. Wenn man aber andererseits auf den gegenwärtigen hohen Produktions- und Beschäftigtenstand an der Ruhr hinweist, dann heißt es, das sei eben die Konjunktur."

Etzel legt Wert darauf, festzustellen, daß Westdeutschland mit der Unterzeichnung des Schumanplan-Vertrages auf dem Wirtschaftssektor Kohle und Stahl bereits zweieinhalb Jahre früher gleichberechtigter Partner der westeuropäischen Staaten wurde als jetzt gesamtpolitisch durch die Rückgabe der Souveränität. Als großen Gewinn für die Bundesrepublik nennt er die von der Hohen Behörde ermöglichte Rekonzentration der zerschlagenen Ruhrkonzerne, die ohne Schumanplan nicht möglich gewesen wäre.

Beginnend mit der Wiederezusammenführung des Mannesmann-Konzerns hat die Hohe Behörde in der Tat die Wiederherstellung vernünftiger Verbundwirtschaften in Deutschland gebilligt, weil derartige Maßnahmen die Gesteigungskosten senken und die Wettbewerbslage verbessern.

Ein zweiter Aktivposten in der Verlust- und Gewinnrechnung, die sich für die Bundesrepublik aus der Teilnahme am Schumanplan ergibt, ist die auf Hochtouren laufende Stahlproduktion. An der Ruhr wurden im vergangenen Jahr 17,4 Millionen Tonnen Stahl produziert (1936: 18,7 Millionen Tonnen im Reichsgebiet). Gegenüber der von den Alliierten für Deutschland ursprünglich vorgesehenen Jahresproduktion von 11,1 Millionen Tonnen Stahl ist das ein großer Aufschwung, wenngleich die deutsche Stahlerzeugung gegenüber dem prozentualen Zuwachs der Stahlproduktion in anderen Mitgliedstaaten der Montanunion noch immer zurückgeblieben ist.

Beispielsweise hat Frankreich seine Stahlerzeugung von 6,7 Millionen Tonnen im Jahre 1936 auf heute 13,4 Millionen Tonnen gesteigert. Da diese Mehrproduktion nie im eigenen Land abgesetzt werden kann, hat sich Frankreich durch den Schumanplan in dem süddeutschen Markt ein wirksames Absatzventil geschaffen (die französischen Lieferungen von Stahl-Walzwerkserzeugnissen nach Deutschland stiegen von 70.057 Tonnen im Jahre 1951 auf

798.966 Tonnen im Jahre 1954, die Lieferungen Belgiens von 2.786 Tonnen auf 241.808 Tonnen).

Auf der Passivseite der deutschen Rechnung steht insbesondere die Tatsache, daß die Bundesrepublik nicht nur fast die Hälfte aller Umlagezahlungen an die Luxemburger Montankasse leistet, sondern darüber hinaus auch noch fast allein die Ausgleichsabgaben für die Betriebsstillegungen in Belgien zahlen muß. In der Finanzabteilung der Hohen Behörde wird die bisherige Leistung der Bundesrepublik mit insgesamt 200 Millionen Mark angegeben.

Es heißt, Westdeutschland sei nun einmal der größte Produzent unter den Partnerstaaten und müsse auch am meisten zahlen.

Auf der Zeche Rheinpreussen dagegen meint Dr. Kost: "Die Umlage ist so hoch, daß man in Luxemburg daraus einen Fonds von 420 Millionen Mark ansammeln will. Das ist, glaube ich, ein Geld, das man lieber den Werken lassen sollte." Auch nach einer inzwischen vereinbarten Senkung der Umlagesätze fordert die westdeutsche Kohlenwirtschaft weitere Beitragsermäßigung; denn es wird an der Ruhr unwillig vermerkt, daß westdeutsche Zehengesellschaften bisher ihren Aktionären kaum Dividenden zahlen konnten, in Belgien aber Dividenden von fünf, sechs und sieben Prozent ausgeschüttet werden. Die Sanierung der unrentablen belgischen Zechen geht mithin nicht zu Lasten der rentablen Zehengesellschaften Belgiens, sondern zu Lasten der deutschen Kohlenindustrie.

Seit einigen Jahren ist andererseits auch die französische Koks-Erzeugung aus deutscher Kohle kräftig angestiegen. Die direkten Kokslieferungen von der Ruhr nach Frankreich gingen 1954 gegenüber dem Vorjahr um eine halbe Million Tonnen zurück. Das bedeutet, daß Frankreich den unbehinderten Zugang zur deutschen Kohle dazu benutzt, möglichst viel Kohle als reinen Rohstoff einzuführen und sie im eigenen Lande zu verkoken. An der Ruhr hat man dafür eine recht einfache Erklärung: An der Verkokung läßt sich durch das dabei anfallende Gas und andere Nebenprodukte mehr verdienen als am Verkauf der Kohle.

Auch die Deutsche Bundesbahn hat durch den Eintritt der Bundesrepublik in die Montanunion schwere Verluste erlitten. Allein 17 Millionen Mark Einnahmen gehen durch die obligatorische Anwendung des Kohleausnahmetarifs 6 B 1, der früher nur zugunsten Deutschlands galt, pro Jahr verloren. Rund 36 Millionen Mark Frachtausfall bringen außerdem die seit dem 1. Mai geltenden direkten internationalen Tarife. Ein entsprechender Ausgleich, etwa durch den Bezug von Minetteerzen aus Lothringen, tritt für die deutsche Wirtschaft nicht ein, weil die Stahlwerke der Ruhr weitgehend auf schwedische Erze eingestellt sind.

Dr. Gerhard Schroeder, Vorsitzender der westdeutschen Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl, erklärt dazu: "Alle bisherigen Wettbewerbsverschiebungen haben sich, soweit wir dies zu übersehen vermögen, zugunsten unserer westlichen Nachbarn ausgewirkt. Ich nenne insbesondere die Zölle, Frachtangleichungen, Beseitigung der Doppelpreise, Öffnung des süddeutschen Marktes für westeuropäische Lieferanten, erhöhter Bezug deutscher Kohle, Übergangshilfen und sonstige Vergünstigungen.

"Alle diese Verschiebungen haben wir in Zeiten der Flaute ungern gesehen und nur schwer, aber trotzdem neidlos getragen, weil sie im Montanunions-Vertrag vorgesehen waren. Aus dieser großzügigen Einstellung kann aber nicht gefolgert werden, daß nun unablässig neue Wettbewerbsverschiebungen zugunsten anderer ausländischer Werke stattzufinden hätten und daß diese Forderungen sogar so weit gehen, daß ihre freudige Erfüllung von unserer Seite als Gradmesser unserer europäischen Gesinnung hingestellt wird."

Diese Stellungnahme der deutschen Stahlindustrie, die Dr. Schroeder am 24. Mai in Gegenwart Franz Etzels in Düsseldorf abgab, war bereits die Antwort auf Erklärungen, die europa-begeisterte Montan-Parlamentarier während der Jahrestagung ihrer Gemeinsamen Versammlung abgegeben hatten. Von dieser Tagung im Straßburger Europahaus berichtete die "Frankfurter Allgemeine Zeitung", es sei geradezu bedrückend gewesen, anzusehen, mit welcher unкри-

tischer Begeisterung viele Abgeordnete das System der Montanunion als Allheilmittel und Vorbild für den Bau Europas gepriesen hätten.

Die Montan-Abgeordneten, von denen sich ein großer Teil aus Mitgliedern des Europa-Rats rekrutiert, vertraten in ihrer ersten Tagung nach dem Zusammenbruch der EVG-Konzeption die Meinung, es müsse unbedingt wieder etwas für den europäischen Gedanken getan werden. Der deutsche Vizepräsident des Parlaments, Hermann Pünder, versuchte, die europäische Fahne mit einer flammenden Ansprache wiederaufzurichten. Er mahnte, bei einem Rückfall in nationalstaatliches Denken könne sich die auf Kohle und Stahl beschränkte Montanunion als einzige supranationale Organisation Europas nicht halten. Nicht müdes Zurückweichen sei deshalb das Gebot der Stunde, sondern eine Flucht nach vorn.

Nach diesem Motto forderte das Montanparlament die sechs Regierungen auf, als weitere Sachgebiete die Energiewirtschaft, den Verkehr und die Atomkraft unter die supranationale Gewalt der Luxemburger Behörde zu stellen.

Franz Etzel meinte, das sei ein zwar nur kleiner, aber durchaus logischer Schritt und befürwortete eine entsprechende Änderung des Schumanplan-Vertrages. Der noch amtierende Präsident Jean Monnet erklärte sich sogar bereit, auf seinem Posten zu bleiben, wenn die Teilintegration auf diese Weise vorangetrieben werde.

Inzwischen nämlich hatte es sich Jean Monnet mit seinem Rücktritt wieder anders überlegt. Sein Gegner Mendès-France war in Paris gestürzt worden, und außer dem Appell des Montan-Parlaments in Straßburg lag bereits ein weiterer Integrationsvorschlag der Holländer vor, für deren kohleabhängige Exportindustrie und überproduzierende Gemüsebauern ein Vereinigtes Europa geradezu eine Lebensversicherung werden könnte.

Monnet schickte wieder einen Brief nach Paris. Dieses Mal an den neuen Ministerpräsidenten Edgar Faure, in das Pariser Hotel Matignon. Er bot jetzt seine Dienste wieder an:

"Angesichts des Auftriebs, den die europäische Politik der Regierungen erfahren hat, würde man es nicht verstehen, wenn ich mich nicht erneut bereit erklärte, unmittelbar an der Weiterentwicklung des unternommenen Werkes teilzunehmen."

Die Vertreter der für die weitere Integration auserwählten Branchen Energie, Transport und Verkehr aber erhoben in der Bundesrepublik ihre Stimme. Denn so überzeugend hatte die Montanunion auf dem Gebiet von Kohle und Stahl noch nicht funktioniert, daß nun etwa andere Industriezweige voller Ungeduld darauf warteten, auch in das Reich Monnets einverleibt zu werden. Auf dem für die Öffentlichkeit entscheidenden Wertmesser, nämlich auf dem Gebiet des Preisniveaus, hatte sich nach zweieinhalb Jahren gemeinsamen Marktes noch nichts gerührt. Die Verbraucherpreise waren nicht gesunken, sondern im Gegenteil leicht angestiegen. Automobilfabriken, wie das Wolfsburger Volkswagenwerk, kaufen ihre Stahlbleche trotz der enormen Transportkosten heute noch immer in den USA billiger ein als auf dem gemeinsamen Markt.

Generaldirektor Kost erklärte öffentlich, der Luxemburger Appetit wachse offenbar beim Essen. Der deutsche Kohlenpräsident bestärkte den Widerstand der integrationsbedrohten Branchen: "Die Auflösung der Montanunion kann aus politischen Rücksichten nicht gefordert werden. Gegen die Ausweitung der Zuständigkeit dieser Einrichtung aber muß man sich wie ein Mann erheben."

Das taten die Betroffenen auch. Die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke warnte in einer Eingabe an Dr. Adenauer, die Einbeziehung von Strom und Gas in die Montanunion könne sich nur hemmend auswirken, weil in der Energiewirtschaft die Integration bereits durch freiwillige Vereinbarungen sehr weit fortgeschritten sei. Das Memorandum bittet den Kanzler, bei allen etwaigen politischen Vorteilen zu bedenken, daß zum Beispiel der Artikel 60 des Vertrages (Verbot unterschiedlicher Preise) Westdeutschland zum Export billiger Braunkohlenenergie nach Frankreich zwingen könne. Es sei nur zu verständlich, daß die Franzosen un-

ter diesen Umständen den Stromlieferanten Deutschland jubelnd begrüßen würden, denn in Frankreich liegen die Strompreise besonders für Abnehmer der chemischen und metallurgischen Industrie weit über den deutschen.

Deutschlands Ölindustrielle äußerten sofort den Verdacht, Frankreich wolle sich durch die vorgeschlagene neue Teilintegration einen sicheren Absatzmarkt für die in seinen Raffinerien in besonders großen Mengen anfallenden Heizöle schaffen. Sie stellten die Frage, wie wohl die internationalen, besonders die amerikanischen Öltrusts auf die Zumutung reagieren würden, den wichtigen Absatzmarkt Europa einer Behörde zu unterstellen.

Generaldirektor Geyer von der Esso AG in Hamburg protestierte: "Mineralöl reist in Tausenden von Tankern über die Weltmeere und ist wohl der internationalste Stoff der modernen Wirtschaft. Seine Einbeziehung in die Montanunion würde nur eine Fessel sein. Ich glaube, daß beim Öl die Fülle der freien Unternehmer-Initiative besser ist als etwa die Erkenntnis eines Sachbearbeiters in Luxemburg."

Selbst die deutsche Chemie-Industrie, von deren Anschluß an Luxemburg noch gar nicht die Rede war, lehnte schon im voraus dankend ab, was den Vizepräsidenten Etzel zu dem Seufzer veranlaßte, die Wirtschaft fürchte sich eben immer, aus ihrem nationalen Schutz herauszukommen.

Die Abneigung gegen den Straßburger Kurs verstärkte sich in Deutschland noch, als während des Besuchs von Außenminister Pinay bei Bundeskanzler Adenauer im Mai die Franzosen ihren alten Wunsch nach dem Moselkanal erneut vorbrachten. Durch diesen Kanal würde die ostfranzösische Schwerindustrie ihre Frachtkosten für Kohle und Koks aus dem Ruhrgebiet halbieren können. Der Deutschen Bundesbahn aber entstünde dadurch ein weiterer Einnahmeverlust von jährlich 70 Millionen Mark.

Auf der letzten Jahrestagung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie in Stuttgart bekräftigten alle Redner noch einmal ihre Vertragstreue zum Schumanplan. Ebenso deutlich wurde aber dem Prinzip der supranationalen Teilintegrationen eine Absage erteilt. Bundeswirtschaftsminister Erhard rührte an eines der Kernprobleme, als er sagte:

- "Wenn wir den Weg gehen würden, neben Kohle, Eisen und Stahl nun immer weitere Teilbereiche der Volkswirtschaft aus dem nationalen Verantwortungsbereich und damit aus der nationalen Konjunkturpolitik zu entlassen, dann kämen wir in einen Zustand, in dem die nationale Verantwortung nicht mehr getragen werden kann."

Professor Erhard will damit sagen, daß man von ihm nicht verlangen kann, die westdeutsche Wirtschaft und Währung als Ganzes in Ordnung zu halten, wenn er seine Wirtschaftspolitik nur auf eine immer kleiner werdende Anzahl Branchen anwenden kann, während über den anderen Teil der Wirtschaft irgendeine supranationale Behörde bestimmt. Abgesehen davon, müßte er in diesem Falle auch eine Abteilung seines Ministeriums nach der anderen schließen. Die erneuerte Kandidatur Jean Monnets, dessen Name mit dem Prinzip der supranationalen Teilintegration gleichzusetzen ist, stand nun am 25. Mai im französischen Ministerrat zur Debatte.

Ministerpräsident Edgar Faure verlas den Brief Monnets. Finanzminister Pflimlin, der immer noch auf die Verwirklichung seiner westeuropäischen Agrarunion hofft, stimmte für Monnet. Ebenso die Minister Schuman und Teitgen. Aber die gaullistischen Minister widersprachen heftig: man könne Monnet nach seiner spektakulären Demission nicht wieder einsetzen.

Als die Sitzung beendet war, stand Frankreichs neuer Kandidat für den Präsidentenposten in Luxemburg fest: René Mayer, ein Exponent der französischen Schwerindustrie und Vertrauter des Bankhauses Rothschild, das er in 27 französischen Kapitalgesellschaften vertrat.

Damit war die Abkehr von der Monnetschen Methode der Teilintegration und wahrscheinlich auch von der supranationalen Arbeitsweise besiegelt. Denn René Mayer hatte vierzehn Tage vor seiner Nominierung einem deutschen Auditorium offenbart, man könne seiner Meinung

nach "nicht behaupten, daß das supranationale Prinzip für das Funktionieren eines gemeinsamen Marktes absolut unentbehrlich sei."

Weitere Teilintegrationen werden mittlerweile von der Mehrzahl der Schumanplan-Experten abgelehnt, und auch in Luxemburg setzt sich die Erkenntnis durch, daß ein reibungsloses Ineinandergreifen der Volkswirtschaften auf immer mehr Teilgebieten kaum gelingen kann, solange nicht Währungs-, Steuer- und Sozialpolitik der Nationalwirtschaften synchronisiert sind. Bei Teilintegrationen würden sich die Schwierigkeiten, die sich aus den Unterschieden der Wirtschafts- und Sozialsysteme ergeben, bei jeder neu einbezogenen Branche wiederholen.

Es ist unmöglich, zu echten gemeinsamen Kostengrundlagen zu kommen, wenn beispielsweise in dem einen Land der Sozialversicherungsanteil für die Arbeiter einer Fabrik vom Unternehmen gezahlt wird (sich also in der Preiskalkulation niederschlägt) und im anderen Lande vom Staat.

Oder wenn ein Land sich hinter einem Devisen-Wechselkurs abschirmt, der den echten Kaufkraftverhältnissen nicht entspricht und dadurch das Hereinfließen tatsächlich billigerer Ware verhindert. Bei Teilintegrationen wird zudem für die nationalen Regierungen immer die Versuchung groß sein, durch den Einsatz wirtschaftspolitischer Mittel, die der Verfügungsgewalt der Hohen Behörde entzogen sind, wie beispielsweise der Steuerpolitik, ihren konkurrenzbedrohten Industrien Sondervorteile zuzuschänzen.

An Stelle der supranationalen Teilintegrationen à la Schumanplan befürwortet die Mehrzahl der europäischen Wirtschaftspolitiker jetzt eine globale Angleichung der wirtschaftspolitischen Grundsätze.

Diese Grundsätze, über die sich die Regierungen verbindlich einigen müßten, sollen zu einer gegenseitigen Angleichung der Steuer-, Sozial- und vor allem der Währungspolitik und damit zu gesunden, austauschbaren Währungen mit echten Wechselkursen führen. Denn erst wenn die Währungen austauschbar (konvertierbar) sind, können die unbestrittenen Vorzüge der Arbeitsteilung auf einem gemeinsamen Markt voll wirksam werden.

Mit der Schwenkung von der supranationalen Politik auf eine enge Zusammenarbeit der weitgehend unter dem Einfluß ihrer Regierungen verbleibenden Nationalwirtschaften rückt auch der Europäische Wirtschaftsrat (OEEC), der nach dieser Methode den westeuropäischen Außenhandel bereits zu etwa 90 Prozent liberalisiert hat, wieder in den Vordergrund. Die OEEC und die Montanbehörde werden sich sehr bald zu Verhandlungen zusammensetzen.

Rechtsanwalt Franz Etzel, der noch vor kurzem in seinem Luxemburger Amtszimmer die Ansicht äußerte, die deutsche Wirtschaft würde heute noch in den alten Reglementierungen stecken, wenn Professor Erhard 1948 "erst noch dies und das" hätte machen sollen, ist wendig genug, von dem supranationalen Schnellzug in den Bummelzug nach Europa umzusteigen. Er sagt:

"Man kann sehr wohl der Meinung sein, daß zu der Teilintegration von Kohle und Stahl weitere wesentliche Teilintegrationen - von Atomenergie abgesehen - nicht hinzugefügt werden sollen, sondern daß man von diesem gut gepflegten Versuchsfeld aus in fortschreitender Entwicklung geradeaus zur Vollintegration schreiten sollte. Das Ziel bleibt auch in diesem Fall das gleiche. Der Weg wird geändert und erweitert, die Integrationspolitik wird nicht aufgegeben, es wird vielmehr eine neue Etappe auf dem Weg zur Errichtung eines politisch und wirtschaftlich vereinigten Europas in Angriff genommen."

Im Rathaus der sizilianischen Hafenstadt Messina, wo sich Anfang Juni die Außenminister der Montanunion-Staaten trafen, standen das nach vorn drängende Prinzip der wirtschaftspolitischen Angleichung der Staaten Europas und die supranationale Teilintegration Jean Monnets noch einmal zur Debatte.

Als Außenminister Pinay den neuen Kandidaten Frankreichs, René Mayer, nannte, erhob der

für die Bundesrepublik erschienene Staatssekretär Hallstein Einspruch. Er hatte an den inoffiziellen Gesprächen, in denen sich die Außenminister bereits vorher auf René Mayer geeinigt hatten, nicht teilnehmen können (die deutsche Delegation hatte eine Spritztour in die Umgebung unternommen). Walter Hallstein erklärte, er sei nicht autorisiert, der Nominierung Mayers zuzustimmen. Bundeskanzler Adenauer schlage vielmehr vor, daß Jean Monnet Präsident der Hohen Behörde in Luxemburg bleiben solle. An diesem Punkt der Debatte schickten die Delegationsführer ihre Mitarbeiter aus dem Saal. Hallstein meldete ein Staatsgespräch nach Deutschland an, und kurze Zeit darauf war die Wahl René Mayers perfekt.

Als die fünf Außenminister und der Staatssekretär zwei Tage später mit dem Fährschiff zwischen Scylla und Charybdis heimwärts reisten, trugen sie in ihren Aktenmappen ein wirtschaftspolitisches Konzept für die weitere Integration Westeuropas, das deutlich von der Methode der supranationalen Teilintegrationen abweicht und vorwiegend auf globale Angleichungsmaßnahmen zielt. Die Beschlüsse waren in einer zusätzlich anberaumten Konferenz um zwei Uhr nachts ausgehandelt worden, nachdem der französische Außenminister immer wieder abbremsend betont hatte, Frankreichs Wirtschaft sei für einen gemeinsamen europäischen Markt noch nicht stark genug.

Das Schlußkommuniqué der Außenminister spricht von einer Untersuchungskommission aus Regierungsvertretern der sechs Montanunion-Länder, die bis zum 1. Oktober dieses Jahres einer großen europäischen Konferenz Einzelvorschläge unterbreiten soll. Erst dann wird sich mithin zeigen, ob die in Messina an Jean Monnet verabreichte bittere Pille für den von ihm ersehnten politischen Bundesstaat Europa ein Anregungs- oder ein Schlafmittel ist.<<

Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft ("EURATOM")

In Rom wurden am 25. März 1957 die zeitlich unbegrenzten Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ("EWG") und die Europäische Atomgemeinschaft ("EURATOM") unterzeichnet. Die "Römischen Verträge" traten am 1.01.1958 in Kraft. Der deutsche CDU-Politiker Walter Hallstein wurde erster Präsident der EWG-Kommission in Brüssel.

Innerhalb von 12 Jahren sollten in den 6 Gründerstaaten der EWG (Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg) die Binnenzölle und Handelsschranken abgebaut und ein gemeinsamer Markt mit einheitlichen Außenzöllen entstehen, um eine gemeinsame Wirtschaftspolitik, eine Zollunion, eine harmonische Entwicklung der Gemeinschaft, Wachstum und Wohlstand sowie die Angleichung des Lebensstandards in den Mitgliedstaaten zu realisieren.

Richard Nikolaus Graf von Coudenhove-Kalergi (1894-1972, österreichisch-ungarisch-japanischer Herkunft, Begründer der Pan-Europabewegung bzw. der Europäischen Union) schrieb bereits im Jahre 1925 über die Schwächen der Demokratie und die Bildung von Pan-europa (x903/..., x056/14): >>In seinem 1925 erschienenen Buch "Praktischer Idealismus" bezeichnete Kalergi die Demokratie als "ein klägliches Zwischenspiel" zwischen zwei aristokratischen Epochen, der des Blutadels und des neuen, von jüdischem Geist geprägten Geistesadels. Die moderne Demokratie durchschaute er als praktisches Instrument der Plutokratie: "Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie (Herrschaft des Geldes bzw. der Reichen): weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. ... Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist." (S.39)

Ihm schwebte vor, den "plutokratischen Demokratismus" durch die Aristokratie eines neuen Geistesadels zu ersetzen, in der die verschiedenen Völker in einer "eurasisch-negroiden Zukunftsrasse" aufgehen sollen (S. 22, 23). ...<<

>>Europäer! Europäerinnen!

In europäischen Fabriken werden täglich Waffen geschmiedet, um europäische Männer zu zerreißen. ... Europas Politik steuert einem neuen Kriege zu. ... Eine Krise löst die andere ab.

Dieser Vernichtungskrieg, den die europäische Politik vorbereitet, wird an Schrecklichkeit den (Ersten) Weltkrieg ebenso weit hinter sich lassen, wie dieser den deutschfranzösischen (Krieg von 1870/71). ... Sein Ziel (wird) die Ausrottung der feindlichen Nation (sein). ... Das zersplitterte Europa geht somit einer dreifachen Katastrophe entgegen; dem Vernichtungskrieg, der Unterwerfung durch Rußland, dem wirtschaftlichen Ruin.

Die einzige Rettung ... ist: Paneuropa; der Zusammenschluß aller demokratischen Staaten Kontinentaleuropas zu einem Verband. Die Gefahr des europäischen Vernichtungskrieges kann nur gebannt werden, durch einen paneuropäischen Schiedsvertrag; die Gefahr der russischen Herrschaft ... nur ... durch ein paneuropäisches Defensivbündnis; die Gefahr des wirtschaftlichen Ruins ... nur durch eine paneuropäische Zollunion. Der Schiedsvertrag sichert den Frieden – das Bündnis sichert die Freiheit – die Zollunion sichert die Wirtschaft.<<

Zweckmäßige Wirtschaftspolitik ("soziale Marktwirtschaft"), Arbeitseifer und Unternehmungslust der Deutschen förderten den wirtschaftlichen Aufschwung (sog. "Wirtschaftswunder"). Die Industrieproduktion stieg von 1950-1958 um rd. 177 %. Ende 1958 besaß die Bundesrepublik Deutschland bereits wieder Devisen in Höhe von 25,2 Milliarden DM, während die gesamten Schulden nur noch 22,3 Milliarden DM betragen (x069/215).

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas schrieb später über das "deutsche Wirtschaftswunder" (x028/157): >>... Das hochgerühmte "Wirtschaftswunder", ermöglicht durch den Zustrom des Dollars (Marshall-Plan), gründete auch zum andern Teil auf die vielen ausgebildeten Arbeiter, die vorher ohne Beschäftigung gewesen waren. Zwei wichtige Ziele wurden mit einem Schlag erreicht: die schnelle wirtschaftliche Erholung und die Integration von Millionen Vertriebenen.

Wenn auch die meisten Vertriebenen aus vorwiegend landwirtschaftlichen Gebieten kamen, darf nicht übersehen werden, daß dort auch beachtliche Industrien zu Hause waren und daß viele Vertriebene entsprechendes Fachkönnen und Fachkenntnisse mitbrachten. ...<<

Der deutsche Journalist Diether Stolze (1929-1990) schrieb im Jahre 1962 über den Wirtschaftsaufschwung der fünfziger Jahre in der Bundesrepublik Deutschland (x128/220-221):

>>... Die Industriepolitik in der Bundesrepublik ist in den letzten 11 Jahren, von 1950 bis 1961, um nicht weniger als 164 % gestiegen. Mit anderen Worten: die deutsche Industrie produziert gegenwärtig mehr als zweieinhalbmal soviel Waren als vor 11 Jahren. Dabei ist 1950 ein sehr gutes Vergleichsjahr: die Produktion in der Bundesrepublik hatte damals bereits wieder den Vorkriegsstand von 1936/37 erreicht.

Noch augenfälliger sind die Exporterfolge der Bundesrepublik. Seit 1952 erzielt die deutsche Wirtschaft jedes Jahr einen Exportüberschuß, der 1961 die Rekordhöhe von 7 Milliarden Mark erreicht. Im letzten Jahr wurden in Westdeutschland erzeugte Waren im Wert von über 50 Milliarden Mark auf dem Weltmarkt abgesetzt – nur noch die Vereinigten Staaten mit ihrer dreimal größeren Bevölkerungszahl erzielten ein höheres Exportergebnis. Allein die deutsche Autoindustrie konnte für 5 Milliarden Mark Wagen im Ausland verkaufen, weit mehr als das "klassische" Autoexportland USA.

Das Volkseinkommen in der Bundesrepublik, das 1950 rund 75 Milliarden Mark betragen hatte, stieg auf 230 Milliarden Mark (im Jahr 1961).

Vielleicht am eindrucksvollsten sind die Ziffern des Wohnungsbaus, weil hier die Erinnerung an die schweren Zerstörungen noch lebendig ist. In den Jahren nach dem Krieg kamen Fach-

leute zu dem Urteil, daß der Wiederaufbau der zerstörten Häuser und Wohnungen mindestens 30 Jahre, wahrscheinlich aber 40 Jahre in Anspruch nehmen werde.

Tatsächlich dauerte er aber noch nicht einmal 10 Jahre – und obwohl wir heute noch immer über Wohnungsnot klagen, gibt es in der Bundesrepublik bereits viel mehr Wohnungen als vor dem Krieg.

In Zahlen: seit 1950 wurden mehr als 100 Milliarden Mark in den Wohnungsbau investiert, davon über 50 Milliarden Mark als Zuschüsse des Staates und der Gemeinden.

Etwa 20 Millionen Menschen konnten in Wohnungen einziehen, die in den letzten 11 Jahren errichtet wurden – mehr als ein Drittel der Bürger der Bundesrepublik wohnt also in Neubauten. In der Bundesrepublik gibt es heute über 15 Millionen Wohnungen, rund 40 % mehr als vor dem Krieg (1938: 10,5 Millionen Wohnungen).

So hat die Bundesrepublik, was die wirtschaftlichen Zahlen betrifft, Großbritannien, Frankreich, Italien und alle anderen westeuropäischen Industriestaaten hinter sich gelassen.

... Die westeuropäische Wirtschaft hatte also in den vergangenen Jahren ein Expansionstempo aufzuweisen, daß nahezu doppelt so groß war wie das der USA und noch erheblich größer als das Rußlands.

Am deutlichsten wird der wirtschaftliche Aufstieg der Bundesrepublik wohl, wenn man die Entwicklung der Industrieproduktion betrachtet. Die Expansion war zeitweise so stürmisch wie in keinem anderen Land der Welt: Innerhalb der letzten 10 Jahre erhöhte sich die industrielle Produktion der westdeutschen Industrie um nicht weniger als 150 %.

Sinnbild der industriellen Macht Deutschlands in den Jahren zwischen den Kriegen war der Konzern der IG-Farben-Industrie, neben DuPont das größte Chemieunternehmen der Welt. Auf Befehl der Alliierten wurde die IG nach dem Krieg in einige kleinere Unternehmen aufgespalten. Und die Folge dieser Entwicklung? Jede der drei großen Nachfolgegesellschaften erzielt heute einen Umsatz, der größer ist als der Gesamtumsatz des alten Konzerns. ...<<

Der deutsch-amerikanische Historiker und Autor Frank Fabian berichtete später über das "deutsche Wirtschaftswunder" (x313/386-387): >>Die Bundesrepublik Deutschland nahm nach dem Zweiten Weltkrieg einen unglaublichen wirtschaftlichen Aufschwung, den Gegner wie Freunde nur mit ungläubigen Augen verfolgen konnten.

Die Wirtschaft faßte relativ früh wieder Tritt. Deutsche Ingenieure und deutsche Wissenschaftler legten sich ins Zeug. In kürzester Zeit verfügte Deutschland schon wieder über eine der besten Infrastrukturen Europas. Das flächenmäßig kleine Land im Herzen Europas hatte in der Vergangenheit zahlreiche blitzgescheite Köpfe hervorgebracht; das gereichte Deutschland jetzt zum Vorteil. Nahezu in jedem Fachgebiet und jeder Wirtschaft fand sich nun erneut ein berühmter Name deutscher Herkunft.

Die Industrie zog an und erlangte binnen weniger Jahrzehnte wieder Weltbedeutung – denken wir nur an die Elektro-Industrie, den Maschinenbau oder an die deutschen Autos. Der Export boomte. Die Statistiken schrieben eine fast ungebrochene Erfolgsgeschichte. "Schon zwischen 1948 und 1952 stieg die deutsche Industrieproduktion um 110 Prozent und das reale Bruttoinlandsprodukt um 67 Prozent." Die Stahlproduktion, 1946 praktisch nicht existent, entwickelte sich zur größten Europas mit über 34 Millionen Tonnen im Jahre 1960.

Ähnliche märchenhafte Expansionsraten erreichten andere wichtige Industriezweige. Das Bruttoinlandsprodukt liest sich in dürren Zahlen wie folgt:

1952 = 32 Milliarden Dollar,

1962 = 89 Milliarden Dollar,

1979 = 600 Milliarden Dollar,

2000 = über 1.000 Milliarden Dollar.

Im Jahre 1960 betrug das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen in Deutschland 1.186 Dollar – in den Vereinigten Staaten zu diesem Zeitpunkt 2.491 Dollar. 1970 aber sah es bereits folgen-

dermaßen aus:

In der Bundesrepublik Deutschland verdiente man im Durchschnitt 10.837 Dollar, in den USA lediglich 9.595 Dollar. Die Deutschen hatten sogar die "erfolgreichste Nation der Welt" überholt. Nach kürzester Zeit hatte Deutschland zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht wieder eine der führenden Positionen auf dem Globus inne. "Made in Germany" wurde Inbegriff für Präzision und Langlebigkeit – ein Prädikat, mit dem allenfalls die Schweizer Uhren mithalten konnten.<<

Am 28. Januar 1963 brach die französische Regierung die Beitrittsverhandlungen wegen der Aufnahme Großbritanniens in die Europäische Gemeinschaft ab (x128/283).

Staatspräsident de Gaulle erklärte am 4. Februar 1965 während einer Pressekonferenz zur zukünftigen Europapolitik (x300/219): >>... Europa, Mutter der modernen Zivilisation, muß vom Atlantik bis zum Ural entstehen, um seine gewaltigen Hilfsmittel zu entwickeln und damit es gemeinsam mit Amerika, seiner Tochter, die Rolle spielt, die ihm zukommt, um 2 Mrd. Menschen zu dem dringend benötigten Fortschritt zu verhelfen.<<

Am 8. April 1965 wurde ein Vertrag über die Fusion der Exekutivorgane der drei Europäischen Gemeinschaften (EGKS, EWG, Euratom) unterzeichnet. Aufgrund dieses Fusionsvertrages wurden die Organe von Montanunion, EWG und Euratom zu einem gemeinsamen Rat und einer gemeinsamen Kommission der "Europäischen Gemeinschaften" zusammengeschlossen. Der Fusionsvertrag trat am 1. Juli 1967 in Kraft.

Bildung der Europäischen Gemeinschaft (EG)

Am 1. Juli 1967 entstand die Europäische Gemeinschaft (EG). Es handelte sich um den Zusammenschluß der Europäischen Vertragsgemeinschaften: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ("EWG"), Europäische Atomgemeinschaft ("EURATOM") und Montanunion (EGKS). Die Staats- und Regierungschefs der EG verhandelten am 1./2. Dezember 1969 in Den Haag über die Vollendung des Binnenmarktes, Beschleunigung der europäischen Einigung und Erweiterung der EG. Sie beschlossen, bis 1980 die Einführung einer stufenweisen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU).

Staatspräsident Georges Pompidou (1911-1974) erläuterte am 1. März 1971 während einer Pressekonferenz den Aufbau einer Konföderation von europäischen Staaten (x128/281-282): >>... Es kann nur darum gehen, auf dem, was schon vorhanden ist, eine Konföderation von Staaten aufzubauen, die entschlossen sind, ihre Politik zu harmonisieren und ihre Wirtschaft zu integrieren.

Wenn man das Problem so betrachtet, wird man feststellen, daß der Streit um die Supranationalität ein falscher Streit ist. Wenn die europäische Konföderation eines Tages eine Realität ist, wird es sicher auch eine Regierung geben müssen, deren Entscheidungen für alle dazugehörenden Staaten verbindlich sein werden.

Das Problem besteht darin zu wissen, wie, auf welche Weise und unter welcher Form man zu dieser Regierung gelangen wird. Daß man zu ihr gelangt, indem man von technischen Einrichtungen oder von Kommissionen ausgeht, ist eine durch die Tatsachen hinweggefegte Illusion.

...

Es steht für mich fest, daß es an dem Tage, an dem eine echte europäische Regierung zustande kommt, auch ein echtes europäisches Parlament vorhanden sein muß. Dies wirft zahlreiche Fragen auf, und sei es auch nur wegen der unterschiedlichen Meinungen und Gewohnheiten, die in den verschiedenen Ländern der Gemeinschaft in bezug auf die Beziehungen zwischen Regierung und Parlament bestehen.

Bis dahin jedoch erscheinen mir die Spekulationen über die europäische parlamentarische Versammlung vollkommen unnütz. Man kann eine erhebliche Erweiterung dieser Befugnisse nur denken, wenn ihnen eine wirkliche Exekutivgewalt gegenübersteht.<<

Die Regierungen von Großbritannien, Dänemark, Irland und Norwegen schlossen am 22. Januar 1972 Beitrittsverträge mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft ("EG"). Die Beitrittsverträge traten am 1. Januar 1973 in Kraft. Da sich die norwegische Bevölkerung später in einer Volksabstimmung gegen den Beitritt aussprach, wurde Norwegen kein EG-Mitglied.

Am 24. April 1972 gründeten die Regierungen der EG-Mitgliedstaaten den Europäischen Währungsverbund (erster Schritt zu einer Währungsunion).

Die Staats- und Regierungschefs der EG beschlossen am 19./20. Oktober 1972 den weiteren Ausbau der Gemeinschaft zur Europäischen Union und die Verwirklichung der WWU.

Der EG-Rat beschloß am 2. April 1973 die Errichtung eines "Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit".

Die EG unterzeichnete am 14. Mai 1973 ein Freihandelsabkommen mit Norwegen. Das Abkommen trat am 1.7.1973 in Kraft.

Die EG beschloß am 22. Juli 1975 die Errichtung eines Europäischen Rechnungshofes (Sitz: Luxemburg).

Der Europäische Rat beschloß am 6./7. Juli 1978 in Bremen ein Europäisches Währungssystem (EWS) und eine Europäische Währungseinheit (ECU).

Die Mitglieder des Europäischen Parlaments wurden seit dem 7. Juni 1979 in allgemeinen und direkten Wahlen alle fünf Jahre gewählt.

In der Bundesrepublik Deutschland wurden am 10. Juni 1979 erstmalig Abgeordnete für das Europäische Parlament gewählt. Von den 410 Abgeordneten aus 9 Ländern stellten die Deutschen 81. Das EU-Parlament konnte zwar noch keine Gesetze erlassen, sondern erfüllte nur beratende und kontrollierende Funktionen, beschloß aber bereits den ersten eigenen Haushalt.

In Straßburg fand vom 17.-20. Juli 1979 die erste Tagung des direkt gewählten Europäischen Parlaments statt. Simone Veil wurde zur ersten Präsidentin des Parlaments gewählt.

Am 1. Januar 1981 trat Griechenland als zehntes EG-Mitglied der Europäischen Gemeinschaft (EG) bei.

Die Bevölkerung Grönlands stimmte am 23. Februar 1982 in einer Volksbefragung für den EG-Austritt.

Die zehn EG-Mitgliedstaaten beschlossen am 19. Juni 1983, eine Europäische Union zu gründen.

In Maastricht schlossen die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 11. Dezember 1991 einen Vertrag über den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ausbau zur Europäischen Union (EU) mit einer einheitlichen stabilen Währung. Grundlagen der Europäischen Union (EU) waren:

1. Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion.
2. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.
3. Die polizeiliche und gerichtliche Zusammenarbeit in Strafsachen.

Der Vertrag von Maastricht sollte am 7. Februar 1992 unterzeichnet werden und am 1. November 1993 in Kraft treten. Das völkerrechtlich bindende Abkommen leitete die bisher weitreichendste Reform der EG bzw. EU ein. Großbritannien widersetzte sich damals energisch den EU-Plänen, einen föderalen europäischen Bundesstaat zu errichten.

Am 1. Januar 1993 trat in den 12 EG-Staaten der Europäische Binnenmarkt in Kraft (sog. "vier Freiheiten": freier Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital zwischen den EG-Staaten). Jeder EG-Bürger konnte sich überall im Binnenmarkt niederlassen, sofern er Arbeit oder Vermögen hatte und krankenversichert war.

Der CSU-Europaabgeordnete Otto von Habsburg (1912-2011, 1982-1999 Abgeordneter im Europäischen Parlament) schrieb am 10. Februar 1993 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (x268/204): >>>Die größte Belastung für die Arbeit als Europapolitiker sind die allzu

zahlreichen deutschen Politiker, die tief gebeugt durch die Gegend schleichen und die Welt ununterbrochen dafür um Verzeihung bitten, daß sie überhaupt leben. ...<<

Das Bundesverfassungsgericht (BVG) in Karlsruhe wies am 12. Oktober 1993 eine Klage gegen den Maastrichter Vertrag ab und bestätigte die Verfassungsmäßigkeit des Vertrages über die Europäische Union, da angeblich keine Einschränkungen der Souveränität entstehen würden. Deutschland bleibe als Nationalstaat frei in seinen Entscheidungen. Es sei aber darauf zu achten, daß Hoheitsakte der EU und weitere Integrationen von den nationalen Parlamenten sanktioniert würden.

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (42/1993) berichtete am 18. Oktober 1993 über den Vertrag von Maastricht: >>Neues vom Turmbau zu Babel

Die Richter in Karlsruhe hatten eine Aufgabe zu bewältigen, vor die wohl noch kein seriöses Verfassungsgericht der Welt gestellt war. Ernsthaft konnten sie nicht erwägen, die Verträge von Maastricht in ihrer jetzigen Form abzulehnen und Neuverhandlungen zu verlangen. So bedienten sie sich des üblichen Richtertricks. Sie gaben der Bundesregierung grünes Licht und führten in ihrer 85 Seiten starken Begründung aus, warum sie eigentlich den Klägern hätten recht geben müssen.

Hätte Deutschland als einziges Land die schludrig und inkonsequent ausgehandelten Verträge zu Fall gebracht, wäre dies einer Katastrophe gleichgekommen. Dergleichen durfte man von den Richtern nicht erwarten.

Aber wie kam es dazu, daß die Richter in eine solche Lage gerieten? Weil in der Bundesrepublik bis in die Regierungsspitze hinein nicht ernsthaft über die Probleme, die zu Maastricht führten, diskutiert worden war. Die Wähler mußten arglos gehalten werden.

So billigte die Bundesregierung in Maastricht ein Monstrum, das weder einen Bundesstaat zum Ziel hatte noch einen föderativen Staatenbund. Den Richtern fiel dazu das schöne Wort "Staatenverbund" ein, sie konnten nicht gut, wie Margaret Thatcher, die Definition "künstlich geschaffener Mega-Staat" wählen. Da sie sich selbst bisher etliche Befugnisse zuerkannt hatten, die nicht in die Rubrik höchstrichterliche Selbstbeschränkung fallen, mußte nicht nur jetzt verhandelt werden; es sind weitere Klagen zu erwarten.

Alle Welt stimmt nun darin überein, daß die Regierungen und die Euro-Bürokratie ihre Mittel ausgereizt hätten. Der Bundespräsidentenskandidat der Union, Steffen Heitmann, weist darauf hin, daß Europa nicht von oben verordnet werden könne. Künftig müßten die Regierungen vor ihren Wählern genauer begründen und rechtfertigen, warum und mit welchen Zielen sie Hoheitsrechte abgeben wollen.

Aber hier liegt ja der Hase im Pfeffer. Man hat den Deutschen eindeutig zu verstehen gegeben, daß sie es seien, deren Mark man schwächen wolle, indem man sie vergesellschaftete. Sogar Präsident Mitterrand hat sich in vornehmer Weise an diesem unlauteren Spiel beteiligt. Hätten er und seine Büchsenspanner das nicht getan, wäre Maastricht schon an dem Referendum der Franzosen gescheitert.

Le Figaro, altberühmte Tageszeitung Frankreichs, verglich Maastricht frohgemut mit dem Versailler Vertrag von 1919, der beträchtlich zum Zweiten Weltkrieg beigetragen hat. So ließ er sich vernehmen:

"Die Gegner von Maastricht fürchten auch, daß die Einheitswährung und die europäische Zentralbank die Überlegenheit der Mark und der Bundesbank festigen würden.

Aber genau das Gegenteil ist der Fall. Wenn der Vertrag angewandt wird, muß Deutschland seine Geldmacht teilen, die es heute gebraucht und mißbraucht, indem es sich die Wiedervereinigung vom Ausland bezahlen läßt."

"Deutschland wird zahlen, sagte man in den zwanziger Jahren. Heute zahlt es: Maastricht, das ist der Versailler Vertrag ohne Krieg."

Diese Argumentation war bei uns nicht werbewirksam. Auch der bayerische Ministerpräsident

Edmund Stoiber schrieb an Kohl, er halte Maastricht für einen Irrweg. Obwohl man sich im Kreise der Regierungschefs befriedigt zeigt, machen die Ministerialbeamten säuerliche Gesichter. Zu deutlich haben die Karlsruher Richter die Klippen des Vertrages aufgezeigt. ...<<

Bildung der Europäischen Union (EU)

Am 1. November 1993 trat der Maastrichter Vertrag über die Europäische Union in Kraft (Gründung der Europäischen Union bzw. EU).

Der deutsche Moralthologe Johannes Bökmann (1926-1998) berichtete im Januar 1994 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 1 – 1994 (x853/...): >>Der Todesschlaf Europas

"Europa" ist - ohne große Überlegung - positiv besetzt. Wer ist nicht dafür? Dagegen zu sein, erscheint "unmöglich". Aber was ist Europa, woher kommt es? Was ist aus ihm geworden? Was kann, was sollte es (wieder) sein oder werden?

Auf solche naheliegenden Fragen bekommt man - wenn überhaupt - die allerunterschiedlichsten Antworten. Offenbar fehlen sowohl geschichtliche Kenntnisse und von geistigen Gehalten genährtes Interesse und Erinnern wie auch konzeptionelle Vorstellungen und Bewertungsmaßstäbe. Schön frei reisen und "multikulturell" herumschnuppern und abschmecken, scheint doch ziemlich oberflächlich.

Nachdem der Kriegstreiber Roosevelt und der imperialistische Churchill sich Stalin zum Bundesgenossen nahmen, erlaubten sie ihm, sein kolossales Zwangs- und Blut-Imperium bis ins Herz Deutschlands und Europas auszudehnen, mit den hohlen Phrasen der Atlantik-Charta und der heuchlerischen Kreuzzugs-Propaganda im Rücken. Teheran, Jalta, Potsdam waren Verrat an Europa.

Der "kalte Krieg" bescherte, begünstigt durch die Interessen der Großen, befördert durch das Interesse der ehemaligen Komplizen am Niederhalten von Wahrheit, Recht und geistigem Abwehrwillen, jenen Todesschlaf Europas, der noch anhält und der in so makabrem Gegensatz steht zu den völlig geschichtsvergessen "Europa" genießenden Touristen.

Seit der 68er Kulturrevolution hat sich insbesondere die Jugend für den "Osten" - wozu für sie auch der sowjetisch besetzte Teil Deutschlands zählte - kaum interessiert - viel mehr für Rot-Vietnam, Rot-China, Persien, Guatemala, Chile, Südafrika. Auch für viele katholische Abendländer schlug das Herz im "Westen". Die später einsetzende würdelose, rechtsenthobene, Deutschland, Europa und die Völker Mittel- und Osteuropas verratende, konspirative Methoden (Wehner, Bahr, Brandt) nicht scheuende Verzichts- und sog. Entspannungspolitik tat ein übriges.

"Todesschlaf" kennzeichnet den Zustand. Man könnte auch sagen: geistige Absenz (Abwesenheit) mit gebrochenem Rückgrat (das meint u.a. den anerkannten Bruch und dann den Verzicht auf das Natur- und Völkerrecht als des Fundaments Europas). Auch ideologische Vergiftung wäre eine treffende Charakterisierung, hatte sie doch jene geistig-ethische Lähmung zur Folge, für die grenzenloser Pragmatismus (z.B. in den makabren Ost-Verträgen, auch noch im Einigungsvertrag), ein abwärts vorauseilender Gehorsam gegenüber dem Zeitgeist, sowie eine Pervertierung von Recht und Sitte zur totalen Libertinage (Gottlosigkeit) unter dem Flitterkleidchen der "Selbstverwirklichung" kennzeichnend sind. Ein mit wirren, illusionär-utopischen oder niedrigrangigen Wunsch-Träumen parasitär durchwirkter und gefährlicher Schlaf zum Tode. ...

Prof. Dr. Dr. Ivo Höllhuber (Innsbruck) schreibt:

... Zum politischen Erwachen ist nötig, die Geschichte des letzten halben Jahrhunderts, frei sowohl von politischem Chauvinismus als auch - und dies gilt vor allem für das deutsche Volk - von nationalem Masochismus, gründlich zu revidieren. Erst mit dem Falle des Dogmas

von der Alleinschuld des deutschen zur "Verbrecher-Nation" gestempelten Volkes wird auch die künstliche Sandschicht ins Wanken kommen, auf der man vergeblich versuchte, in einem künstlich geteilten Herzen Europas eine zweifelhafte "Vierte Weltmacht" zu errichten. ...<<
Der deutsche Studiendirektor Rudolf Willeke berichtete im Mai 1994 in der katholischen Monatschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 5 – 1994 (x853/...): >>Europa – "das gemeinsame Haus"?

... Um das "Gemeinsame Haus Europa" herum stehen viele bekannte und weniger bekannte Architekten, Baumeister, Maurer und Handlanger. Zusammen haben sie dieses Projekt der Moderne seit 1944 entworfen, konstruiert und aufgezogen. Jetzt sind die zukünftigen (360 oder 630 Mio.) Bewohner freundlich eingeladen, einzuziehen und sich wohnlich darin einzurichten. Aus allen Lautsprechern der Zusteigebahnhöfe schallen die Werbeslogans:

"Wer zu spät kommt", ... "wer jetzt nicht auf den anfahrenden Trans-Europa-Expresß aufspringt, sieht alsbald nur noch zwei rote Schlußleuchten", "nur ganz unverbesserliche Nationalisten wollen nicht zur Endstation Sehnsucht, wollen schon in Berlin 'aussteigen' "der Euro-TGV Brüssel-Wladiwostok, via Swerdlowsk rollt unaufhaltsam weiter - Richtung Phantasieland."

Der Euro-Bürger schwankt noch zwischen Furcht und Europhorie. Für die einen ist das "Gemeinsame Haus" das idyllische Euro-Dorf im Grünen, der Hort friedlichen Zusammenlebens, Ort gegenseitiger kultureller Bereicherung der verschieden-unterschiedlichsten Mietparteien im Hause und der unumkehrbare Fortschritt zur Großfamilie "aller Menschen guten Willens" in einem Großreich ohne Krieg für die nächsten 100 oder 1.000 Jahre.

Andere sehen in dem konstruktivistisch-gnostischen Friedensreich EU vom Atlantik bis zum Ural oder Pazifik den alles einebnenden, egalisierenden und uniformierenden Leviathan, den Prozeß der Irreversibilität, den Expresß ohne Wiederkehr in die Heimat.

Besonders verlockend erscheinen der kaum ins Gewicht fallende Preis für die Fahrkarte und die kontrafaktisch in Aussicht gestellte Wohlstandsmehrung für jeden im "Sanatorium Euro 2000" - Die Wirtschafts-Union kennt nur Chancen und Vorteile für alle, zumindest aber für die Deutschen. ...

5. Das "Haus Europa" wird im "sozialen Wohnungsbau" errichtet, sonst ziehen die "sozial Schwachen" nicht ein

Das Ziel der europäischen Sozial-Union ist es, den "sozialen Fortschritt durch Stärkung des sozialen Zusammenhalts zu fördern", die "Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten zu stärken" und "dem relativen Wohlstand der Mitgliedsstaaten Rechnung zu tragen". (EU-Vertrag Protokolle, S. 237 ff.)

Weiterhin aber auch "Hebung der Lebenshaltung" in den Mitgliedsstaaten, insgesamt also die "Verbesserung und 'Angleichung' der Lebensbedingungen". (Art. 117 EG-Vertrag)

"Angleichung" wird so verstanden, daß den unterdurchschnittlich Wohlhabenden dazugegeben, was den überdurchschnittlich Wohlhabenden weggenommen wird - ganz sozial - sozialistisch. ...

- Die "schwachen" Länder und Regionen der EU sind zufällig auch die, die dem leistungsfeindlichen Sozialismus/Kommunismus frönen, nämlich Griechenland, Portugal, Spanien, aber auch Italien und Frankreich. ...

Im 20-Jahresdurchschnitt streikten die italienischen Arbeitnehmer 26mal so viel und die spanischen Arbeitnehmer 17mal so viel wie die deutschen Kollegen.

Wer in der EU wenig leistet und oft streikt, erhält viel Strukturbeihilfen aus Brüsseler Fonds, wer in die "Hände spuckt und das Sozialprodukt hebt", erzeugt unerwünschte Wettbewerbsverzerrungen und wird Nettozahler auf dem Umverteilungskarussell. Auf diese Weise will der Minister-Rat die Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten stärken, die Angleichung der Lebensverhältnisse erreichen und die Streikfreude "vergolden".

Zu den "starken" Staaten zählen Deutschland, England, Frankreich und Italien. Diese sind Nettozahler, jene Nettoempfänger aus den Fettöpfen der EU. ...

- Nach dem Bundesbankbericht Nr. 11/93 war Deutschland 1992 mit 19,4 bis 22 Mrd. DM größter Nettozahler - Zahlmeister der EU. Großbritannien erhält auf die Euro-Fahrkarte einen Sozialrabatt von 60 % und zahlt statt 10,7 nur 4,7 Mrd. DM, Frankreich ist Nettozahler von 2,8 Mrd. und Italien von 1,0 Mrd. DM.

Deutschland zahlt also rd. 30 %, mit der Tendenz zu 38 % der EU-Ausgaben

Deutschland zahlt das 6 1/2fache von Frankreich

Deutschland zahlt (netto) 2 1/2mal mehr als Frankreich, England und Italien zusammen zahlen

Deutschland zahlt 1,5 Mrd. DM mehr, weil England 6 Mrd. DM Preisnachlaß durchsetzen konnte.

Diese Lastenverteilung soll die "Solidarität zwischen den Mitgliedern der EU stärken", die Lebensbedingungen angleichen und die Lust auf Europa verstärken.

Im gleichen Jahr erhielten

Irland rd. 4 Mrd.

Portugal 4 Mrd.

Spanien 5 Mrd.

Griechenland 7 Mrd. = insgesamt 20 Mrd. DM aus dem EU-Haushalt.

Damit sollen Verkehrswege, Rohr- und Kabelnetze in den sozialschwachen Staaten gebaut werden, um so die Produktivität und das Einkommensniveau dieser Staaten und die "Lebenshaltung" der Griechen, Südtaliener, Spanier und Portugiesen zu "heben".

Dafür werden in den nächsten 6 Jahren 800 Mrd. DM benötigt - davon 33 % von Deutschland aufzubringen.

Deutschland "exportierte" also allein in 1992 zwischen 38.000 und 44.000 Arbeitsplätze ans Mittelmeer, wenn man unterstellt, daß ein deutscher Arbeitsplatz 1/2 Mio. DM kostet.

- Schließlich drängt sich die Frage auf, warum Deutschland den vier "schwachen" Ländern die 19-22 Mrd. DM nicht direkt überweist, erst Brüssel dazwischenschaltet. Das könnte erstens die Solidarität der vier Beschenkten mit dem Schenker erhöhen, das könnte zweitens einige von den 25.000 Umverteilungsplanstellen in der Brüsseler Beamtenhierarchie einsparen, und das könnte schließlich die Empfängerländer daran gemahnen, daß auch bei der Flüchtlings-, Asyl- und Einwanderungspolitik (Art. K 1 EU-Vertrag) Solidarität, Zusammenarbeit und gerechte Lastenverteilung zur "Erreichung der gemeinsamen Ziele der Union" gefordert sind. Auf diesem Gebiet besteht zwar kein Demokratie-, wohl aber ein Gerechtigkeitsdefizit und großes Sozialdefizit.

Deutschland hat bis 1992 insgesamt 177 Mrd. DM in die Euro-Fonds eingezahlt und wird bis 1999 weitere 200 Mrd. einzahlen müssen, rd. 100 Mrd. DM mehr als ihm im Versailler "Vertrag" aufoktroziert wurden. B. Bandulet: "Maastricht, das ist Versailler Vertrag ohne Krieg". In den Augen prominenter französischer Politiker (Ph. Seguin, M. Rocard) ist die Europäische Union ein Instrument, um Deutschland zu fesseln. ...

Für Europa darf es keine "neuen Gräben", keine Grenzen geben, jeder europäische Staat kann beantragen, Mitglied der Union zu werden" (Art. 0 MV). Bei den "Beitrittsprämien", die in Aussicht stehen, ist es gar nicht verwunderlich, daß Norwegen, Schweden und Finnland, Litauen, Estland und Lettland, Polen, Ungarn, Tschechien und Ukraine, Österreich, Türkei und Malta ihre Beitrittsbereitschaft bekunden oder den Antrag schon gestellt haben, wie die Schweiz. Zwei wahrscheinlichen Nettozahlern (Österreich und Schweden) stehen mindestens zehn Nettoempfänger gegenüber, die alle gleiches Stimmgewicht, aber höchst unterschiedliche Zahllasten erhalten, zweimal zu Lasten der Deutschen.

Die Umverteilung von West nach Ost geht jetzt richtig los. ...

Nettozahlungen an die EU (in Mrd. DM)

1976 (3,3)
1978 (2,3)
1981 (6,4)
1983 (6,0)
1986 (8,2)
1988 (13,0)
1991 (19,0)

Die deutsche Bruttozahlung hat sich von 1978 bis 1991 verdreifacht, von 1983 bis 1991 verdoppelt und von 1988 bis 1991 um 30 % erhöht.

Demgegenüber hat sich die deutsche Nettozahlung an die EU von 1978 (2,3 Mrd. DM) bis 1991 (19,0 Mrd. DM) verachtfacht (!) von 1983 (6,0 Mrd. DM) bis 1991 (19,0 Mrd. DM) mehr als verdreifacht von 1988 (13,0 Mrd. DM) bis 1991 (19,0 Mrd. DM) um 50 % erhöht.

Haushaltsausgaben der EU (in Mrd. DM)

1981: 44,7
1983: 55,4 = 23 % + in 2 Jahren
1985: 62,7 = 13 % + in 2 Jahren
1987: 73,1 = 16 % + in 2 Jahren
1989: 85,6 = 17 % + in 2 Jahren
1991: 113,3 = 32 % + in 2 Jahren
1992: 128,8 = 6 % + in 2 Jahren

...

Die Haushaltsausgaben der EU haben sich von 1983 bis 1991 verdoppelt, von 1988 bis 1991 sind sie um 43 % gestiegen. Das Haushaltsvolumen der EU von 1981 bis 1994 expandierte exzessiv um 300 %, die deutsche Nettozahlung 78/91 explodierte um 800 %.

Das ist ungerecht und Ausbeutung der Deutschen, weil deutsche Politiker in Brüssel Euro-Interessen gegen deutsche Interessen durchsetzen, ganz im Gegensatz zu französischen, englischen, spanischen, griechischen Politikern. ...

6. Europa wird eine "irreversible" Wirtschafts-Einheit und eine "unkündbare" Währungsgemeinschaft sein

... Die "Unwiderruflichkeit" der Währungs-Union wurde auf "deutschen Antrag" hin in den Maastrichter Vertrag aufgenommen (Fr. Mitterand). Die Währungs-Union der 11 Mitgliedsstaaten begann am 1.1.1994 mit der Gründung des Europäischen Währungsinstituts (EWI), Sitz Frankfurt/M. Dieses Institut soll die Voraussetzungen für die Währungs-Union schaffen und ab sofort die "Koordinierung der Geldpolitiken" der Mitgliedsstaaten verstärken, verschiedenste Konsultationen durchführen, die technische Einführung der Euro-Währung (ECU) vorbereiten und die Währungsreserven der nationalen Notenbanken schrittweise übernehmen und verwalten. Damit erhält Brüssel direkten und unkontrollierbaren Zugriff auf deutsche und andere nationale Währungsreserven.

- Aber nicht nur die Währungsreserven (120 bis 200 Mrd.) sondern auch die Schuldengebirge der 12/16 Mitgliedsstaaten werden internationalisiert. Die Mitgift der Deutschen 200 Mrd. Reserven und 2.000 bis 3.600 Mrd. Schulden, von der Mitgift Griechenlands, Belgiens, Italiens gar nicht zu reden.

Im "Zentralbankrat" der EZB hat Deutschland eine oder zwei Stimmen von 12, 16 oder 24-formal ganz demokratisch: one man, one vote. ...

Auf dem Internationalsozialismus lassen sich keine "gemeinsamen Häuser" errichten, weil bald alle durchschnittlich arm sind und nichts mehr umzuverteilen ist. ...

Die Architekten und Baumeister des "Gemeinsamen Hauses" sind sich darin einig, daß alle Länder des Kontinents vom Atlantik bis zum Ural oder Pazifik, vom Nordpol bis zum Äqua-

tor unter einem Staat, unter einer Regierung, einer Verfassung, einem Recht zusammengefaßt werden sollen. ...<<

Mit einer Mehrheit von 52,2 % Nein-Stimmen lehnte die norwegische Bevölkerung am 28. November 1994 den Beitritt zur Europäischen Union (EU) ab (x175/877).

Ungarn und Polen beantragten im Jahre 1994 den Beitritt zur Europäischen Union.

Finnland, Österreich und Schweden traten am 1. Januar 1995 der EU bei. Die Europäische Union umfaßte jetzt 15 Mitglieder.

Der Europäische Rat bestätigte am 15./16. Dezember 1995 in Madrid die Einführung der einheitlichen Währung "Euro" zum 1. Januar 1999.

Rumänien, die Slowakei, Lettland, Estland, Litauen und Bulgarien beantragten im Jahre 1995 den Beitritt zur Europäischen Union.

Die tschechische Republik beantragte am 19. Januar 1996 den Beitritt zur Europäischen Union.

EU-Osterweiterung

Hartmut Hausmann berichtete im Jahre 1996 über die außerordentlich teure EU-Osterweiterung (x303/217): >>... Was gesamtpolitisch und unter dem Sicherheitsaspekt gewollt und sinnvoll erscheint, wird die Union ... vor riesige Probleme stellen.

Alle mittel- und osteuropäischen Staaten weisen ein Bruttosozialprodukt von weniger als 35 Prozent gemessen am EU-Durchschnitt auf. Damit gehören sie zu den ärmsten Regionen der Gemeinschaft und fallen unter die Ziel-1-Regionen der Strukturförderung. ...

Nach den im Europäischen Parlament angestellten Berechnungen (wird) allein für die Länder Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn ein jährlicher Bedarf von 20,5 Milliarden ECU (benötigt), was einem Viertel des EU-Haushalts entspräche.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die EU-Osterweiterung (x268/204-205): >>Obwohl sich bei Meinungsumfragen unter den Bürgern der 15 Mitgliedsländer der EU keine Mehrheit für die geplante Osterweiterung fand, wurde 2003 die Aufnahme von nicht weniger als zehn EU-Kandidaten beschlossen. Das relative Gewicht der deutschen Stimmen im Ministerrat ist damit abermals gesunken. Nur ein schwacher Trost ist dabei, daß jetzt Beschlüsse im Ministerrat anfechtbar sind, wenn die tragende Mehrheit nicht für Staaten steht, die mindestens 62 Prozent der EU-Bevölkerung umfassen.

Was die Kosten der Erweiterung angeht, so ist zu bedenken, daß der Lebensstandard der Kandidatenländer bei nur 20 Prozent des EU-Durchschnitts liegt. Nach Berechnung der EU-Kommission wird das Durchschnittseinkommen in der Gemeinschaft durch die Aufnahme von 10 Bewerberstaaten um 13 Prozent sinken.

Aufgrund eines Gutachtens des Münchener Europainstituts, das die Zeitschrift "Capital" in Auftrag gegeben hatte, befürchtet der CSU-Europaabgeordnete Ingo Friedrich, einer der Vizepräsidenten der Straßburger Deputiertenkammer, daß für die auf 14 Jahre geschätzte Aufnahmephase Gesamtkosten von mindestens 822 Milliarden Mark anfallen würden, wobei Deutschland aufgrund des bisherigen Verteilerschlüssels mehr als die Hälfte aufbringen müßte. Es würden Deutschland - so Friedrich - dramatische Probleme erwachsen.

Auch Bundesfinanzminister Eichel rechnet mit einer Verdoppelung des deutschen Nettobeitrags bis 2007. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. Juli 1997: >>**Deutschland will weniger an EU zahlen**

In immer schärferer Tonart klagen führende deutsche Politiker über die hohen Zahlungen an die Europäische Union. Die Bundesregierung will eine gerechtere Lastenverteilung in der EU durchsetzen.

Es könne nicht angehen, daß Deutschland "über die Hälfte der gesamten Nettozahlungen der

EU trage, aber nur 25 Prozent am Bruttosozialprodukt der Gemeinschaft beteiligt sei, sagte Außenminister Klaus Kinkel (FDP) jetzt der "Welt am Sonntag". ...

Die EU-Kommission hatte bei der Vorlage ihrer "Agenda 2.000" eine Neuregelung der Beiträge abgelehnt. Der Nettobeitrag ergibt sich aus den eingezahlten Beiträgen abzüglich des Geldes, das aus EU-Kassen nach Deutschland zurückfließt.

Nach einem Papier der Finanzminister hat Deutschland von 1991 bis 1994 mit 85,7 Milliarden Mark zwei Drittel aller Nettozahlungen getragen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 27. September 1997: >>**Deutsche zahlen halbe Milliarde**

... Wenn Polen, Ungarn und die Tschechische Republik in die NATO eintreten, kommen auf Deutschland in den nächsten 10 Jahren mindestens eine halbe Milliarde Mark an Kosten zu. Diesen Betrag, berechnet vom NATO-Stab in Brüssel, hat das Bundesfinanzministerium in einem vertrauten Schreiben an den Haushaltsausschuß des Bundestages genannt.

In amerikanischen Studien werden Summen genannt, die um das 10fache höher sind. ... Sind diese Berechnungen korrekt, dann müßte Deutschland jedes Jahr die halbe Milliarde aufbringen, die der NATO-Stab jetzt für 10 Jahre angesetzt hat. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 6. November 1998: >>**Polen glauben an Kurswechsel der Bonner Europapolitik**

... Bundeskanzler Gerhard Schröder ist zu einem Arbeitsbesuch nach Warschau gekommen, wenige Tage nach Außenminister Fischer. ...

Der Kanzler distanzierte sich noch einmal von den Forderungen des Bundes der Vertriebenen, Entschädigungen für Vertriebene zu einer Vorbedingung des polnischen Beitritts zu machen: "Ich habe zu diesen Forderungen kein Verhältnis und gedenke auch nicht, eines herzustellen. Ich halte das für falsch. Diese Regierung wird keine Bedingungen für den EU-Beitritt aufstellen oder akzeptieren."

Seine Antwort nach Entschädigungen für polnische Zwangsarbeiter ist nicht so eindeutig: Es gebe bereits eine Stiftung, die "einen Teil dieser Ansprüche befriedigt", sagte er. ...<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas erklärte später (am 22.08.2004) während einer Rede ("Tag der Danziger") in Lübeck über ähnliche Äußerungen des deutschen Bundeskanzlers Gerhard Schröder (x851/...): >>... Als Völkerrechtler muß ich betonen, daß jeder Staat eine Verpflichtung zum diplomatischen Schutz der eigenen Bürger hat. Dies ist Völkergewohnheitsrecht. Wenn ein Staat Privateigentum von Bürgern anderer Staaten konfisziert, besteht eine Völkerrechtsverletzung, die das Recht auf Wiedergutmachung mit sich bringt. Es ist halt die Aufgabe des Staates, dieses Recht auf Wiedergutmachung zu behaupten. Tut der Staat dies nicht, so soll und muß der Staat selber seine Bürger entschädigen.

Als Völkerrechtler muß ich aber auch auf das Prinzip der Gleichheit hinweisen. Wenn alle Opfer - Juden, Polen, Tschechen - eine Wiedergutmachung bekommen – nur die Deutschen nicht - dann liegt eine Diskriminierung vor, und dies stellt eine Verletzung der EU-Menschenrechtskonvention und des UNO-Paktes über bürgerliche und politische Rechte dar. Dies ist eine Frage, die nach Prüfung durch das Bundesverfassungsgericht, Gegenstand eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg, sowie auch vor dem UNO Menschenrechtsausschuß in Genf sein könnte.

Als Amerikaner kann ich absolut nicht begreifen, warum Bundeskanzler Schröder derart diskriminierende Worte in Warschau ausgesprochen hat. Denn sämtliche deutschen Regierungen haben bisher die korrekte völkerrechtliche Haltung vertreten, nämlich daß die Vertreibung ein Unrecht war, und daß die Konfiskationen von Privateigentum ebenfalls völkerrechtswidrig waren. Mit seinen Worten hat Bundeskanzler Schröder die Vertriebenen im Stich gelassen. Ich kann mir keinen amerikanischen Präsidenten ... (vorstellen), der auf die Rechte der ameri-

kanischen Bürger so verzichten würde, wie Herr Schröder es getan hat.

Professor Dieter Blumenwitz der Universität Würzburg kommentierte neulich, daß wenn der Eigentumsbesitz eines deutschen Bürgers von einem ausländischen Staat bedroht sei, müsse die Bundesregierung ihm diplomatischen Schutz gewähren. ...

"Zwei andere Fragen von fundamentaler Bedeutung werden durch die Kanzler Äußerungen aufgeworfen:

Erstens, wenn die Vertreibung von 14 Millionen Deutschen, wobei zwei Millionen ihr Leben verloren haben, kein Verbrechen gegen die Menschheit darstellt, was war sie dann?

Zweitens, wenn anderen Opfern Rückkehrrecht und Restitution gewährt wird, nach welchem Recht und nach welcher Moral kann man die Deutschen anders behandeln?

Beide Fragen sind vom Prinzip der Gleichheit und vom Prinzip der gemeinsamen menschlichen Würde untrennbar. Man kann den Deutschen Vertriebenen eine Wiedergutmachung nicht verweigern, ohne dabei eine völkerrechtswidrige Diskriminierung zu begehen." ...<<

Am 1. Januar 1999 trat die dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion in Kraft. Der Euro wurde zur Währung der elf Teilnehmerländer und neben dem Dollar zu einer neuen globalen Währung. Der Euro wurde zunächst nur im bargeldlosen Zahlungsverkehr eingeführt. Banknoten und Münzen kamen erst am 1. Januar 2002 in Umlauf. Die EZB übernahm die Verantwortung für die europäische Geldpolitik. Um die Stabilität der neuen gemeinsamen Währung zu sichern, wurde im Maastrichter Vertrag festgelegt, daß das gesamtstaatliche Defizit jedes Mitgliedstaates drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts und der staatliche Schuldenstand 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht überschreiten sollte.

Das "Jahrbuch Nr. 1 Aktuell" des "Harenberg Lexikon-Verlags" berichtete im Jahre 1999 über die Europäische Union (x096/214-216):

>>... EU-Haushalt/Deutsche Beiträge: ... In den Jahren 1992 bis 1998 betrug die deutschen Nettozahlungen an die EU (deutsche Zahlungen an EU abzüglich EU-Zahlungen an Deutschland):

1991 = 19,0 Mrd. DM

1992 = 22,1 Mrd. DM

1993 = 23,7 Mrd. DM

1994 = 27,6 Mrd. DM

1995 = 26,1 Mrd. DM

1996 = 22,5 Mrd. DM

1997 = 22,5 Mrd. DM

1998 = 24,1 Mrd. DM

(187,6 Mrd. DM)

EU-Haushalt/Betrag: 1998 gingen der EU ca. 4 Mrd. EUR (ungefähr 5 % des EU-Haushalts) durch Betrug, Korruption und Schlamperei verloren. Durch Schwarzarbeit, Schwarzhandel und mangelhafte Eintreibung von Steuermitteln, die der EU zustehen, wurden weitere Mindereinnahmen von ca. 22 Milliarden Euro erzielt. ...

Euro: Am 1.1.1999 wurde in elf Ländern der EU (Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Spanien) der Euro als gemeinsame Währung eingeführt. Er kann bis 2002 nur im bargeldlosen Zahlungsverkehr benutzt werden. Die auf nationale Währung lautenden Scheine und Münzen bleiben bis 2002 im Umlauf. ...

Am 31.12.1998 wurde festgelegt, welchen Wert ein Euro in der jeweiligen Landeswährung hat. So entspricht ein Euro genau 1,95583 DM. ...

Der Euro sank seit seiner Einführung bis Mitte 1999 von 1,1789 US-Dollar auf unter 1,04 US-Dollar. Gründe waren das fehlende Vertrauen der Finanzmärkte in die stabilitätsorientierte und wachstumsfördernde Politik der elf EU-Staaten. ...

Die Kosten der Euro-Umstellung belaufen sich für die europäischen Unternehmen auf 77 Mrd. Euro, rund 70 % mehr als 1997 geschätzt. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. Januar 2000: >>**Eine Europa-Verbindung in ganz neuem Licht**

Selbst Francois Mitterands Widerstand gegen die deutsche Vereinigung konnte seine Freundschaft zu Helmut Kohl nicht trüben. Die beiden Politiker, die 14 beziehungsweise 16 Jahre an der Spitze ihres jeweiligen Landes standen, verband eine enge Beziehung. Ging die Freundschaft so weit, daß der damalige französische Staatspräsident Kohl 1994 seine Wiederwahl zum Kanzler sichern wollte? Entsprechende Berichte der ARD und France 2 machen in Frankreich Schlagzeilen. Offiziell allerdings heißt es in Paris:

Kein Kommentar.

Den beiden Fernsehanstalten zufolge soll Mitterand persönlich angeordnet haben, der CDU über den Ölkonzern Elf Aquitaine Geld zukommen zu lassen - die Rede ist von 30 Millionen Mark. Ein Vertrauter des 1996 gestorbenen ehemaligen Präsidenten wird mit den Worten zitiert, es habe sich dabei ausdrücklich um CDU-Wahlkampfhilfe gehandelt, "für Europa".

Tatsächlich zogen Kohl und Mitterand vor allem, wenn es um europäische Fragen ging, an einem Strang. Sie bildeten den sogenannten "deutsch-französischen Motor" innerhalb der EU und lancierten die Einführung einer gemeinsamen Währung, die schließlich 1991 im Maastricht-Vertrag beschlossen wurde. ...

Aus Pariser Justizkreisen verlautete, bislang gebe es keinerlei Hinweise auf verdeckte Wahlkampfhilfe für die CDU via Elf-Aquitaine. Der frühere staatliche Ölkonzern ist in diverse Korruptionsskandale verwickelt; es wurden bereits mehrere Ermittlungsverfahren eingeleitet. Die beiden für das Elf-Dossier zuständigen Untersuchungsrichterinnen Eva Joly und Laurence Vichnievsky beschäftigen sich seit 1997 auch mit dem Leuna-Geschäft – in diesem Zusammenhang soll das Geld an die CDU weitergeleitet worden sein. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. Mai 2000: >>**Fischer denkt an Europäische Föderation ...**

Bundesaußenminister Joschka Fischer (Grüne) hat sich für den schrittweisen Ausbau der Europäischen Union zu einer Föderation ausgesprochen. Besonders engagierte Staaten könnten zunächst ein Kerneuropa bilden, sagte Fischer am Freitag in Berlin.

Frankreichs Regierung hat diesen Vorschlag begrüßt. "Die Ideen des deutschen Außenministers sind sinnvoll, Frankreich ist bereit, sie aktiv mitzutragen", erklärte das Außenministerium in Paris. ...

Fischer bekannte sich zur EU-Osterweiterung, die in den nächsten 10 Jahren größtenteils zu Wege gebracht werden müsse. Mit einer Erweiterung von 15 auf 30 Mitglieder müßten die Strukturen aber verändert werden, damit die Gemeinschaft handlungsfähig bleibe. ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 27. Mai 2000 (x887/...): >>**"Gebt uns die Mark wieder!"**

Der Euro ist Globalisierer-Spielball und Instrument zur Umverteilung

"Gebt uns unsere D-Mark wieder!" - Dieser Ruf ertönt nicht in der Bundesrepublik, wo man sich offenbar längst schon an den Morgenthau-Plan gewöhnt hat. Jawohl, an den Morgenthau-Plan, denn gemeint ist natürlich nicht jenes vergleichsweise primitive Abmontieren der Industrie und Rückverwandeln in ein Agrarland, wie das einst ausgeheckt war. Sondern es geht um das weitaus raffiniertere Konzept der ewigen Schuldknechtschaft in ihren vielfältigen und gut getarnten Ausprägungen! Eine davon ist etwa das "Kyoto-Protokoll", bei dem der deutschen (und österreichischen) Wirtschaft unverhältnismäßig hohe CO₂-Reduktionen - sprich: Wettbewerbsnachteile - aufgebremst wurden. Eine andere ist eben der Opfertod der D-Mark.

"Gebt uns unsere D-Mark wieder!" - Dieser Ruf ertönt nicht einmal in Österreich, wo man jahrzehntelang einen festen Wechselkurs zwischen D-Mark und Schilling pflegte, indem man

die Entscheidungen der Deutschen Bundesbank "autonom nachvollzog", - statt lieber gleich die D-Mark einzuführen und sich auf diese Weise unzählige Milliarden für den Betrieb der "Österreichischen Nationalbank" zu ersparen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 4. September 2000: >>**Verheugen verärgert EU-Spitze**

EU-Kommissar Günter Verheugen hat mit der Forderung nach einer Volksabstimmung über die EU-Osterweiterung Irritationen ausgelöst. Die EU-Kommission und Bundesregierung distanzieren sich von Verheugens Äußerungen. ...

Auch Bundesaußenminister Joschka Fischer versicherte in Evian, daß die Vorstellungen Verheugens von der Bundesregierung nicht geteilt werden: "Das ist nicht unsere Position, sondern Verheugens private Meinung." Fischer wies auf die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen in Deutschland hin, die ohne eine Verfassungsänderung keine Volksbefragung zulassen.

In der "Süddeutschen Zeitung" hatte Verheugen auch scharfe Kritik am Verfahren der Euro-Einführung geübt: Ich war schon damals für eine Volksabstimmung. Sie hätte die Eliten gezwungen aus ihrem Elfenbeinturm herauszukommen und im Dialog mit den Menschen für den Euro zu werben." ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 29. September 2000: >>**Mehrheit der Dänen sagt "Nej" zum Euro**

In Dänemark zeichnete sich am Donnerstagabend eine klare Mehrheit gegen die Einführung des Euros ab. ... Die Wahlbeteiligung betrug rund 80 %.

Die Abstimmung wurde vor allem in Schweden und Großbritannien genau verfolgt, da auch dort Referenden zum Euro anstehen. ...

In Berlin hatte Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) die Dänen aufgefordert, für den Euro zu stimmen. Eichel sagte auf die Frage, was eine Ablehnung der Dänen bedeuten würde: "Europa geht weiter." Die europäische Einigung sei ein unumkehrbarer politischer Prozeß.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. Oktober 2000: >>**"In fünf Jahren hat die EU zehn neue Mitglieder"**

Bundesaußenminister Joschka Fischer hat erstmals öffentlich ein Datum und eine Größenordnung für die geplante Osterweiterung der EU genannt. Spätestens in fünf Jahren werde die Europäische Union zehn neue Mitglieder haben. Dabei müsse Polen eines der ersten Länder sein, das in die erweiterte Europäische Union integriert wird, sagte Fischer am Mittwoch bei einer Halbzeitbilanz über die Außenpolitik der rot-grünen Regierung. Derzeit sind 15 Länder in der Europäischen Union. ...

Neben der europäischen Integration, die er als wesentliche Aufgabe für die deutsche Außenpolitik der kommenden Jahre bezeichnete, rückte Fischer die Menschenrechtsfrage in den Mittelpunkt seiner Zukunftspläne. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die finanziellen Hilfen der internationalen Gemeinschaft für den EU-Beitritt Polens (x309/158-159): >>

Von der internationalen Gemeinschaft erhielt Polen für Investitionen und Wirtschaftsaufbau Milliardenkredite, die aber überwiegend für Konsumzwecke zweckentfremdet wurden. Ohne die ursprünglich erwartete gesteigerte Produktion war das Land zur Verzinsung und Rückzahlung der Kredite nicht fähig. Nach diversen Schuldenerlassen, Umschuldungen und Moratorien wurden Polen auf Deutsches Drängen Schulden von insgesamt 19,7 Milliarden US-Dollar erlassen. Als großer Gläubiger trug die Bundesrepublik die schwerste Last. Trotz dieses Entgegenkommens betrugen die polnischen Schulden um die Jahrtausendwende schon wieder weit über 40 Milliarden US-Dollar.

Bei den EU-Beitrittsverhandlungen mit Polen klagten die Brüsseler Verhandlungsführer, Bundeskanzler Schröder erschwere ihre Arbeit, indem er den Polen eine Vorzugsbehandlung in Aussicht stellte und sie so zu immer massiveren Forderungen ermunterte.

Durch die Osterweiterung stieg der deutsche EU-Nettobeitrag auf über acht Milliarden Euro pro Jahr mit Tendenz in Richtung zehn Milliarden. Warschau hingegen konnte einen Nettogewinn von 4,33 Milliarden Euro verbuchen, im Jahr 2010 dürfte er schon bei mindestens 6 Milliarden Euro liegen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 11. November 2000: >>**Viel Betrug in Europa**

Betrug und Mißmanagement haben die EU im Jahr 1999 Hunderte Millionen Euro gekostet. Rund 6.000 Fälle von Unregelmäßigkeiten wurden der Sondereinheit für Betrugsbekämpfung gemeldet. 18 % aller Unregelmäßigkeiten hätten sich als Betrug entpuppt, sagte EU-Haushaltskommissarin Michaela Schreyer. Allein die Betrugsfälle könnten den 85 Milliarden Euro umfassenden EU-Haushalt 1999 um mehr als 223 Millionen Euro geschädigt haben. Mehr als 500 Millionen Euro seien durch den Schmuggel verloren gegangen.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. November 2000: >>**EU hilft mit Milliarden**

Die Europäische Union hat eine Milliardenhilfe für den Balkan beschlossen und will den seit dem Zerfall des alten Jugoslawiens weitgehend isolierten Ländern langfristig eine Perspektive für die Mitgliedschaft anbieten. Das beschlossen die EU-Außenminister auf einer Ratstagung in Brüssel. Der Aufbau in der Region soll bis 2006 mit 4,6 Millionen Euro unterstützt werden. ...<<

Am 1. Januar 2002 wurde das Euro-Bargeld in den zwölf Mitgliedstaaten der EU-Währungsunion eingeführt.

Der Euro wurde am 28. Februar 2002 zum alleinigen gesetzlichen Zahlungsmittel in den Mitgliedstaaten der Währungsunion. Die Euro-Einführung war damit erfolgreich abgeschlossen.

"SPIEGEL ONLINE" berichtete am 18. März 2002: >>**Eiserne Lady übt herbe EU-Kritik**

Europakritik aus London ist nicht selten. Jetzt hat die ehemalige Premierministerin Margaret Thatcher zum Rundumschlag ausgeholt. Ginge es nach ihr, würde Großbritannien die EU wahrscheinlich verlassen.

Reformunfähig sei die Europäische Union und "vermutlich die größte Torheit der Moderne", so Margaret Thatcher in ihrem Buch "Statecraft", das die Londoner "Times" zur Zeit als Serie veröffentlicht. Die als "Eiserne Lady" in die Geschichte eingegangene Politikerin empfiehlt einer zukünftigen konservativen Regierung, sich aus wichtigen EU-Verträgen zurückzuziehen. Aus der Agrar- und Fischereipolitik, aber auch aus der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sollte Großbritannien aussteigen. Die britische Handelspolitik sollte ihr Land nach Meinung Thatchers wieder selbst in die Hand nehmen.

Sie schlägt weiter vor, daß Großbritannien der Nordamerikanischen Freihandelszone (Nafta) beitreten sollte. Das wiederum ließe sich nur schwer mit einer EU-Mitgliedschaft vereinen. Thatcher schreibt es nicht ausdrücklich, aber das würde vermutlich bedeuten, daß Großbritannien aus der EU austritt. "Es wird oft gesagt, es sei undenkbar, daß Großbritannien die Europäische Union verläßt", schreibt die Frau, die von 1979 bis 1990 ihr Land regierte. Doch man solle diesen Gedanken nicht ausweichen. ...<<

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 30. Januar 2003: >>**Europa - Amerika: Warme Brüder und EU-nuchen**

Alle reden vom Anti-Amerikanismus der Europäer. Aber was ist eigentlich mit dem Anti-Europäismus der Amerikaner? Beobachtungen im transatlantischen Streit der Vorurteile

Von T. Garton Ash

Zur Einstimmung zwei Beispiele: "Auf die Liste der politischen Gebilde, die ausersehen sind, im Urinal der Geschichte runtergespült zu werden, müssen wir auch die Europäische Union und Frankreichs Fünfte Republik setzen. Die Frage ist nur, wie unerquicklich ihre Auflösung werden wird" (Mark Steyn, *Jewish World Review*, 1.5.2002). Oder: "Wollen Sie wissen, was

ich wirklich über die Europäer denke? Ich denke, sie haben sich in jeder wichtigeren internationalen Frage der letzten 20 Jahre geirrt" (Martin Walker, *UPI*, 13.11.2002).

Ob in Boston, New York, Washington, in Kansas oder im Bibelgürtel: Wenn von Europa und den Europäern die Rede ist, kommt Gereiztheit auf. Sie übertrifft die letzte Verstimmung in den frühen achtziger Jahren bei weitem. Um "die Europäer" oder auch "die Euros", "die Euro-iden", die "Eurowürstchen" anzuprangern, taucht man die Schreibfedern in Säure. Richard Perle, Vorsitzender des Defense Policy Board und ein führender Theoretiker der Bush-Regierung, bemängelt, Europa habe seinen "moralischen Kompaß" verloren.

Europäer gelten als Weichlinge, schwach, querulantisch, heuchlerisch, zerstritten, zuweilen antisemitisch. Zu oft erweisen sie sich als antiamerikanische Beschwichtiger. Sie sind halt "Eurowürstchen". Sie haben ihre Werte in multilateralen, transnationalen, säkularen und postmodernen Spielereien verloren. Statt für Verteidigung geben sie ihre Euros für Wein, Urlaub und aufgeblähte Wohlfahrtsstaaten aus. Und dann johlen sie von den Zuschauerrängen, während die USA das schwierige und schmutzige Geschäft erledigen, in der Welt für Sicherheit zu sorgen - auch für die Europäer. Die Amerikaner dagegen sind starke, prinzipiengeleitete Verteidiger der Freiheit, aufrecht im Dienst für das Vaterland, den letzten wahrhaft souveränen Nationalstaat der Welt.

Die Achse der Beschwichtigung

Die sexuelle Konnotation dieser Stereotypen wäre eine Untersuchung wert. Sehen antiamerikanische Europäer "die Amerikaner" als tyrannische Cowboys, so sehen antieuropäische Amerikaner "die Europäer" als warme Brüder. Der Amerikaner ist ein viriles, heterosexuelles Mannsbild, der Europäer ist weiblich, impotent oder kastriert. Vor allem militärisch kriegen die Europäer keinen hoch.

Das Wort "Eunuchen" findet auch in der Form "EU-nuchen" Verwendung. Die sexuelle Metaphorik schleicht sich sogar in durchdachtere Darstellungen der europäisch-amerikanischen Meinungsverschiedenheiten ein. Unter dem Titel *Macht und Schwäche* schrieb Robert Kagan einmal in der *Policy Review*: "Amerikaner sind vom Mars, Europäer von der Venus." Er zitierte damit den Bestseller, der das Verhältnis der Geschlechter auf die Formel gebracht hatte, Männer seien vom Mars, Frauen von der Venus.

Die schlimmsten Beschimpfungen sind für die Franzosen reserviert. Der alte englische Zeitvertreib des Franzosenschmähens drang in die amerikanische Populärkultur ein. Unter amerikanischen Jugendlichen grassiert ein seltsames Vorurteil: Die Franzosen waschen sich nicht. "Ich fühlte mich ganz schön schmutzig", erzählte eine Studentin von ihrer Frankreich-Reise. "Trotzdem warst du immer noch sauberer als die französischen Typen", fügte ein anderer hinzu. Der Herausgeber von *National Review Online* und selbst ernannte konservative "Frosch-Verächter" Jonah Goldberg hat die Bezeichnung der "Käse fressenden Äffchen mit Totstellreflex" populär gemacht, die schon in einer Folge der *Simpsons* auftauchte.

Der amerikanische Antieuropäismus ist jedoch nicht mit dem europäischen "Antiamerikanismus" identisch. Man muß zwischen einer legitimen und informierten Kritik an der EU und einer tiefer sitzenden, eingefleischten Feindseligkeit gegenüber Europa unterscheiden. So wie amerikanische Journalisten zwischen legitimer, informierter europäischer Kritik an der Bush-Regierung und Antiamerikanismus oder auch zwischen legitimer europäischer Kritik an Schavons Regierungspolitik und Antisemitismus unterscheiden sollten - was sie aber oft nicht tun. Die Frage lautet jedenfalls: Wo verläuft die Grenze?

Wir müssen uns vor allem Sinn für Humor bewahren. Ein Grund, warum die Europäer gern über George W. Bush lachen, sind seine lustigen Äußerungen (oder angeblichen Äußerungen). Zum Beispiel: "Das Problem mit den Franzosen ist doch, daß sie kein Wort für *Entrepreneur* (Unternehmer) haben." Die Amerikaner wiederum lachen auch deshalb gern über die Franzosen, weil es in einer langen angelsächsischen Tradition des Spottens steht, die bis Shakespeare

zurückreicht. Doch auch das ist nicht ohne. Konservative beleidigen manchmal humorvoll, halb ernst oder ziemlich ernst.

Wenn man protestiert, antworten sie: "Das war natürlich nur ein Scherz!" Humor arbeitet mit der Übertreibung und spielt mit Stereotypen. Doch würde man lachen, wenn ein europäischer Journalist "die Juden" als "Matzen fressende Äffchen mit Totstellreflex" bezeichnete? Der Kontext ist selbstverständlich ein anderer: Einen Völkermord an den Franzosen hat es in den USA nicht gegeben. Das Gedankenexperiment gibt dennoch zu denken.

Der Antieuropäismus bildet keine Parallele zum Antiamerikanismus. Das Leitmotiv des Antiamerikanismus ist mit Neid durchsetzter Groll; die des Antieuropäismus mit Verachtung durchsetzte Gereiztheit. Antiamerikanismus ist für einzelne Länder geradezu eine Obsession - besonders für Frankreich. Der Antieuropäismus ist weit davon entfernt, eine amerikanische Obsession zu sein. Tatsächlich ist die am weitesten verbreitete amerikanische Haltung gegenüber Europa eine leichte, wohlwollende Gleichgültigkeit, untermischt von beeindruckender Unwissenheit.

Europa ist selbst denjenigen, die den Kontinent gut kennen, seit dem Ende des Kalten Kriegs gleichgültiger geworden. Europa wird weder als starker Verbündeter noch, wie China, als ein ernst zu nehmender Konkurrent angesehen. "Europa ist ein Altersheim" oder, wie der Experte der Konservativen, Tucker Carlson, in einer politischen Talkshow auf CNN meinte: "Wen schert es, was die Europäer denken? Die EU vertut ihre Zeit damit, dafür zu sorgen, daß britische Wurst in Kilo und nicht in Pfund verkauft wird. Der ganze Kontinent ist für amerikanische Interessen zunehmend irrelevant."

Amerikanische Kritiker Europas stehen Europa jedoch keineswegs gleichgültig gegenüber. Sie kennen Europa - anscheinend hat die Hälfte von ihnen in Oxford oder Paris studiert - und beeilen sich stets, ihre europäischen Freunde zu erwähnen. Wie die europäischen Kritiker der USA immer heftig bestreiten, daß sie antiamerikanisch eingestellt seien ("Verstehen Sie mich nicht falsch, ich liebe das Land und die Leute"), bestehen auch die Amerikaner ausnahmslos darauf, daß sie überhaupt nicht antieuropäisch seien.

Antiamerikanismus und Antieuropäismus sind Pole des politischen Spektrums. Der europäische Antiamerikanismus findet sich hauptsächlich auf der Linken, der amerikanische Antieuropäismus auf der Rechten. Die meisten amerikanischen Europa-Kritiker sind Neokonservative und benutzen gegen Europa dieselbe Kampfrhetorik wie gegen Liberale. William Kristol, einer dieser Neokonservativen, macht "eine Achse der Beschwichtigung" aus, "die sich von Riad bis Brüssel und hin zum Foggy Bottom (Außenministerium) erstreckt".

Es gibt zwei Gruppierungen, die um Präsident Bushs Gehör in der Irak-Frage konkurrieren: die "Cheney-Rumsfeld-Gruppe" und die "Powell-Blair-Gruppe", die eine radikal, die andere etwas gemäßiger. Für atlantisch orientierte Europäer ist das aber kein Trost, denn selbst unter den liberalen Europa-Kennern des Außenministeriums herrscht herbe Enttäuschung über Europa. Ihr Schlüsselerlebnis war Europas entsetzliche Unfähigkeit, den Genozid an einer viertel Million bosnischer Muslime auf dem Balkan zu verhindern. Europa kann nicht einmal seine Außen- und Sicherheitspolitik koordinieren, so daß selbst ein Streit zwischen Spanien und Marokko um eine unbewohnte Insel von Colin Powell geschlichtet werden mußte.

Kein Respekt vor den Griechen

Es gab immer eine starke Strömung des Antieuropäismus in den USA. "Amerika wurde als Gegenmittel zu Europa geschaffen", stellt Michael Kelly, der ehemalige Herausgeber des *Atlantic Monthly*, fest. Für Millionen Amerikaner war Europa im 19. und 20. Jahrhundert der Ort, dem man entfloh. Trotzdem war Europa auch Gegenstand dauernder Faszination. Vor allem zwei europäischen Ländern wollte man nacheifern und sie übertreffen - England und Frankreich. "Jedermann hat zwei Länder", sagte Thomas Jefferson, "sein eigenes und Frankreich." Wann sind die USA von dieser sympathischen Überzeugung abgekommen?

Fünfzig Jahre lang, von 1941 bis 1991, führten Amerikaner und Westeuropäer Krieg gegen einen gemeinsamen Feind: zuerst gegen den Nationalsozialismus, dann gegen den Sowjetkommunismus. Das war die Glanzzeit des geopolitischen "Westens". Während des Kalten Kriegs kam es allerdings auch zu transatlantischen Spannungen. Einige der heutigen Stereotypen bildeten sich in den Kontroversen der achtziger Jahre um die Aufstellung von Cruise-Missiles und Pershings - und um die amerikanische Außenpolitik in Zentralamerika und Israel.

Der Australier Owen Harries sah vor fast zehn Jahren in einem Artikel in *Foreign Affairs* etwas vorher, dessen Zeugen wir womöglich jetzt sind: den Niedergang "des Westens", jenes Westens als einer verlässlichen geopolitischen Achse, die mit dem Verschwinden eines gemeinsamen Feindes zerbricht. Europa war die Hauptbühne des Zweiten Weltkriegs und des Kalten Kriegs, es ist nicht der Mittelpunkt des "Kriegs gegen den Terrorismus".

Die Machtlücke ist größer geworden. Die USA sind nicht nur die einzige Supermacht der Welt. Sie sind eine Hypermacht, deren Militärausgaben bald das Volumen der 15 nach ihr mächtigsten Staaten insgesamt erreicht haben werden. Die EU hat ihre vergleichbare ökonomische Stärke nicht annäherungsweise in militärische Stärke oder außenpolitischen Einfluß umgesetzt.

Folgt man Robert Kagan, dann bewegt sich Europa in eine kantianische Welt der "Gesetze und Regeln und transnationalen Verhandlungen" hinein, wohingegen die USA in einer hobbeschen Welt verharren, in der internationale (auch liberale) Ziele nach wie vor durch militärische Stärke errungen werden. Stimmt das?

Kagan rückt Europa in allzu günstiges Licht. Seine Formel hebt etwas in den Rang einer überlegten, geschlossenen Konzeption, was in Wirklichkeit Folge konfusen Herumexperimentierens und nationaler Unterschiede ist. Weitere Frage: Möchten Europäer und Amerikaner, daß Kagans These zutrifft? Die Antwort scheint "ja" zu lauten, denn nicht wenige amerikanische Ideologen liebäugeln damit, während nicht wenige europäische Ideologen gern von sich glauben machen, sie seien immer schon "Kantianer" gewesen. Die Rezeption von Kagans These ist also Teil ihrer eigenen Geschichte.

Da die EU vor ihrer Erweiterung nach einer klareren Identität sucht, ist die Versuchung groß, sich im Kontrast zu definieren: Europa klärt sein Selbstbild, indem es auflistet, worin es sich von Amerika unterscheidet. Den Amerikanern gefällt es aber nicht, als das "Andere" bestimmt zu werden (wem gefällt das schon?). Frankreich und die USA sind die Nationen, die sich beide als Träger einer Mission in Sachen Universalismus und Zivilisation betrachten. Es gibt eine nicht unbedingt französische, aber europäische Version dieser Mission, ein "EU-topia" der transnationalen, im Recht begründeten Integration, und die kollidiert derzeit äußerst heftig mit der neuesten Version einer amerikanischen Mission.

Jede Seite glaubt, ihr Modell sei besser. Dies gilt nicht nur für die konkurrierenden Modelle der internationalen Politik, sondern auch für die Modelle des demokratischen Kapitalismus: Es betrifft die unterschiedlichen Anteile von freiem Markt und Wohlfahrtsstaat, von individueller Freiheit und sozialer Solidarität. Das amerikanische Mißtrauen gegenüber Europa war im 19. und 20. Jahrhundert noch mit Bewunderung und Faszination gemischt. Es gab einen kulturellen amerikanischen Minderwertigkeitskomplex. Diesen Minderwertigkeitskomplex gibt es kaum noch. Er hat sich seit dem Ende des Kalten Kriegs verflüchtigt. Das neue Rom verspürt keine Ehrfurcht mehr vor den alten Griechen.

Die Differenz wurde nach dem Fall der Berliner Mauer acht Jahre lang durch den Ehren-Europäer im Weißen Haus, durch Bill Clinton, verdeckt. 2001 indessen zog George W. Bush, das Geschenk für jeden anti-amerikanischen Karikaturisten, mit einer unilateralen Agenda in das Weiße Haus ein, bereit, gleich mehrere internationale Abkommen über Bord zu werfen. Nach dem 11. September definierte er seine Präsidentschaft als eine Präsidentschaft in

Kriegszeiten. Der "Krieg gegen den Terrorismus" verstärkte die Tendenz in der republikanischen Elite, an eine, wie Robert Kaplan sagt, "Kriegerpolitik" zu glauben, mit einem kräftigen Schuß fundamentalistischen Christentums - etwas, das dem säkularisierten Europa abgeht.

Nahostkonflikt als Wurzel

Die amerikanische Frage an die Europäer lautet also: "Seid ihr mit uns in den Schützengräben oder nicht?" Zuerst war die Antwort ein lautes Ja. Jeder kennt die Überschrift von *Le Monde*, *Wir alle sind Amerikaner*. Doch eineinhalb Jahre später ist Tony Blair das einzige europäische Staatsoberhaupt, von dem die Amerikaner glauben, er liege mit ihnen im Graben. In Washington haben viele den Eindruck, daß die Franzosen zu ihren alten antiamerikanischen Einstellungen zurückgekehrt sind und daß der deutsche Kanzler Gerhard Schröder seine Wiederwahl im September 2002 nur durch zynische Ausnutzung antiamerikanischer Reflexe gewann.

Wann und wo haben sich europäische und amerikanische Ansichten endgültig voneinander entfernt? Mit der Eskalation des israelisch-palästinensischen Konflikts im Nahen Osten. Der Nahe Osten ist Quelle wie Katalysator für das, was eine Abwärtsspirale des europäischen Antiamerikanismus und des beginnenden amerikanischen Antieuropäismus zu werden droht. Der Antisemitismus in Europa und seine offensichtliche Verbindung mit der Kritik an Scharons Regierungspolitik ist von konservativen Kolumnenschreibern und Politikern in den USA mit ätzenden Kommentaren gewürdigt worden.

Einige dieser Kritiker sind selbst nicht bloß stark pro-israelisch, sondern auch "natürliche Likud-Anhänger", wie ein liberaler jüdischer Journalist das nannte. Pro-palästinensische Europäer, die aufgebracht sind, daß ihre Kritik an Scharon als Antisemitismus etikettiert wird, sprechen von einer mächtigen "jüdischen Lobby" in den USA. Das wiederum bestätigt den schlimmsten Verdacht amerikanischer Likud-Anhänger, was den europäischen Antisemitismus betrifft. Und so geht es immer weiter.

Neben dem Gewirr der Vorurteile gibt es natürlich auch reale europäisch-amerikanische Unterschiede in der Sicht auf den Nahen Osten. Europäische Ideologen denken oft, eine Verhandlungslösung des israelisch-palästinensischen Konflikts trüge mehr zu einem langfristigen Sieg über den Terrorismus bei als ein Krieg gegen den Irak. Wichtiger ist hier aber, daß der Kalte Krieg Amerika und Europa zusammengeführt hatte, sie der "Krieg gegen den Terrorismus" im Nahen Osten jedoch auseinander bringt. Nüchtern betrachtet, ist diese Uneinigkeit dumm. Europa mit seiner wachsenden islamischen Bevölkerung hat ein vitaleres Interesse an einem friedlichen, wohlhabenden und demokratischen Nahen Osten, als es die USA haben. Augenblicklich scheint es, als würde ein neuer Golfkrieg die Kluft zwischen Europa und Amerika noch vergrößern.

Und selbst wenn es zu keinem Krieg kommen sollte, kann der Nahe Osten weiterhin den Strudel bilden, in dem ein wirklicher oder angeblicher europäischer Antiamerikanismus einen wirklichen oder angeblichen amerikanischen Antieuropäismus anheizt, der wiederum weiteren Antiamerikanismus hervorruft - und beide von Vorwürfen eines europäischen Antisemitismus verschärft werden.

Eine Änderung ließe sich durch Anstrengungen auf beiden Seiten des Atlantiks - oder durch einen Regierungswechsel in Washington im Jahr 2005 oder 2009 herbeiführen. Zuvor kann jedoch großer Schaden angerichtet werden, und die derzeitige transatlantische Entfremdung ist auch Ausdruck der erwähnten tiefer reichenden historischen Trends. Der amerikanische Antieuropäismus existiert, und seine Boten sind vielleicht die Schwalben eines langen, schlechten Sommers.

Der englische Historiker Timothy Garton Ash lehrt in Oxford und wurde bei uns durch seine Bücher über das Ende des Ostblocks bekannt.<<

Erstellung einer europäischen Verfassung und sonstige Ereignisse

Am 1. März 2003 fand in Brüssel die offizielle Eröffnungssitzung des Konvents für die Erstellung einer europäischen Verfassung statt.

In Athen unterzeichneten am 16. April 2003 die 15 Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union und der zehn Beitrittsländer (Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern) die Beitrittsverträge.

Der deutsche Volkswirt und CDU-Politiker Wilfried Böhm schrieb am 15. November 2003 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>>Undank ist der Deutschen Lohn

Erstmals werden in der Bundesrepublik Deutschland die Renten gekürzt. Deutschlands Städte protestieren gegen ihre Finanznot und fürchten den Kollaps der Kommunen. Die Krankenkassen sind im Defizit. Das Geld für die Bildung als der wichtigsten Zukunftsinvestition fehlt. Die erwarteten Steuern bleiben aus. Die eurobedingten Preissteigerungen haben zu einer zusätzlichen Kaufzurückhaltung geführt, die jedermann beim Einkauf des alltäglichen Grundbedarfs und bei jedem Restaurantbesuch spürt, auch wenn Statistiker versuchen, diese Entwicklung schönzurechnen.

So oder so wird eine Steuerreform mit dem Ziel des Abbaus der Arbeitslosigkeit nur auf Pump möglich sein und so zu einer Schraube ohne Ende. Sparen an allen Ecken und Enden wirkt sich als Sozialabbau aus. Eine Inflation an Kommissionen aller Art aus tatsächlichen und vermeintlichen Fachleuten beweist die Ratlosigkeit der Regierung und der Parlamente.

Jedenfalls ist Deutschland nicht mehr in der Lage, den sogenannten Stabilitätspakt zu erfüllen, der einst vom Euro-Kanzler Helmut Kohl und seinem Finanzminister Theo Waigel erfunden wurde, um die Deutschen darüber hinweg zu täuschen, daß ihre geliebte D-Mark auf dem Altar "Europas" geopfert wurde und eine Einheitswährung den Wettbewerb der europäischen Währungen untereinander ablöste. ...

Im Jahr 2007 soll eine neue EU-Finanzplanung beginnen, die Verhandlungen der EU-Regierungen darüber sollen Anfang 2005 abgeschlossen sein. Bis dahin jedenfalls wird alles weiter laufen wie gehabt: Deutschland ist und bleibt der bei weitem größte Nettozahler der EU - und wer glaubt schon, daß es anders werden wird, besonders nach der Ost-Erweiterung, die Deutschland teuer zu stehen kommen wird!

Der famose Konvent mit seinem Vertrag für eine Europäische Verfassung sieht vor, daß auch über die Finanzplanung einstimmig beschlossen werden muß. Wenn dann 25 Regierungen an einem Tisch sitzen, wird jeder, der noch einen Wunsch hat, so lange blockieren, bis er zufrieden ist.

Der Heidelberger Professor Franz-Ullrich Willeke hat unlängst nach einer Auswertung der Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank darauf hingewiesen, daß Deutschland seit der Wiedervereinigung von 1990 bis 2002 an die EU Nettobeträge in einem Gesamtwert von 278,9 Milliarden DM, das sind 142,6 Milliarden Euro, entrichtet hat!

Mit anderen Worten: Deutschland hat in dieser Zeit rund 279 Milliarden Mark mehr an die EU gezahlt, als es von ihr zurückbekam! Statt Deutschland wegen seiner enormen innerdeutschen Aufwendungen zur Überwindung der vom Sozialismus angerichteten Schäden zu entlasten, stiegen seine Nettozahlungen an die EU weiter an. ...<<

Am 13. Dezember 2003 scheiterten in Brüssel die Verhandlungen über die europäische Verfassung.

Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Slowenien, Ungarn, der griechische Teil Zyperns und Malta traten am 1. Mai 2004 der Europäischen Union bei.

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die hohen Zuschüsse für die osteuropäischen Beitrittsstaaten und die Steuerpolitik dieser Länder (x281/327-328):

>>... Europa ist aus Sicht der Investoren eine große Steueroase.

Der Wettbewerb der Finanzpolitiker trägt mittlerweile alle Züge einer Selbstzerstörung. Sie

überbieten sich bei den Ansiedlungshilfen, unterbieten einander bei den Steuersätzen und versprechen investitionswilligen Firmen sogar, ihnen die Finanzaufsicht in den ersten Jahren vom Hals zu halten. Ausgerechnet bei der Geldbeschaffung leistet sich Europa eine Kleinstaaterei, die verblüffend ist.

Der Binnenmarkt kam, die Einheitswährung trat in Kraft, die Normierung von Produkttypen und Haftungsrechten ist weit fortgeschritten, nur die Steuergesetzgebung blieb in nationaler Hand. Die Steuerhoheit gilt als das zentrale Recht der Nation, weshalb sich die Finanzminister daran klammern.

Sie wollen nicht begreifen, daß die Globalisierung ihnen einen bösen Streich gespielt hat. Die nationalen Regierungen haben ihre Steuerhoheit genau dadurch verloren, daß sie sich daran klammerten. Sie wollten frei entscheiden und können genau das nicht mehr tun. Die europäischen Staaten sind heute frei nur noch nach unten; sie dürfen die Steuern senken, einfrieren oder abschaffen. Der umgekehrte Weg ist ihnen versperrt. Nur der Souveränitätsverzicht würde sie in die Lage versetzen, neue Souveränität zu erzeugen.

Das freilich ist leichter gesagt als getan. Osteuropa spielt in der Steuerpolitik eine unrühmliche Rolle. Alle Beitrittsstaaten aus dem Beritt des ehemaligen Sowjetimperiums erhalten hohe Zuschüsse aus Brüssel, die ihren nationalen Haushalten Luft zum Atmen verschaffen. Die Polen bekommen doppelt so viel, wie sie einzahlen. Lettland erhält das Vierfache seines Einsatzes zurück. Das jetzige Europa ist für sie eine Spielbank mit Gewinngarantie.

Dieses Geld ermuntert die Regierungen, es gegen ihre Spender einzusetzen. Da die Staatsfinanzierung in Polen, Ungarn und andernorts auch dank der Brüsseler Zuwendungen schöne Extraeinnahmen verzeichnet, ging man daran, die Unternehmenssteuern zu senken.

So sollen Unternehmer angelockt und abgeworben werden, vor allem solche, die bisher in Westeuropa ihre Heimat hatten. Mittlerweile zählen die Unternehmenssteuern in Polen, Ungarn und Lettland zu den niedrigsten der Welt. Die Firmen müssen nur zwischen 15 und 20 Prozent des Gewinns an den Fiskus überweisen, derweil in Deutschland durchschnittlich 38,3 Prozent des Gewinns dem Staat zustehen. ...<<

Im Rahmen einer Regierungskonferenz einigten sich die EU-Mitgliedsländer am 18. Juni 2004 in Brüssel auf den Vertragstext der Europäischen Verfassung, die von den Mitgliedsländern gemeinsam erarbeitet wurde. Diese Europäische Verfassung sah in ihrer Präambel keinen Gottesbezug vor, sondern bezog sich nur auf das "kulturelle, religiöse und humanistische Erbe Europas".

Die Staats- und Regierungschefs unterzeichneten am 29. Oktober 2004 in Rom die Europäische Verfassung.

Am 29. Mai 2005 lehnten die Franzosen (55 %) die Europäische Verfassung während einer Volksabstimmung ab.

Die Niederländer stimmen am 1. Juni 2005 ebenfalls mehrheitlich (61,5 %) gegen die Europäische Verfassung. Nach den gescheiterten Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden geriet der Ratifizierungsprozeß in den anderen EU-Mitgliedstaaten ins Stocken. Die Europäische Union überlegte danach, wie sie die Europäische Verfassung retten konnte, die von allen EU-Mitgliedstaaten verabschiedet werden mußte.

Der Europäische Rat beschloß am 3. Oktober 2005 die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei.

Der evangelische Theologe und Publizist Dr. Lothar Gassmann berichtete im Jahre 2005 in seinem Buch "Europa - das wiedererstehende Römische Reich?" (x880/...): >>Europa, Vatikan und die Neue Weltordnung ...

Welche Ziele vertritt die Freimaurerei?

Es ist ein seit langem erklärtes Ziel der freimaurerischen Doktrin, insbesondere der Illuminaten, eine "Weltbruderschaft" zu errichten, in der alle Unterschiede zwischen Menschen - vor

allem politischer und religiöser Art - beseitigt sind und es keinen Absolutheitsanspruch irgendeiner Religion auf "Wahrheit" mehr gibt. Laut Auskunft des "Internationalen Freimaurerlexikons" gehört es zu den Grundgesetzen der Freimaurer, sich "bloß zu der Religion zu verpflichten, in welcher alle Menschen übereinstimmen und jedem seine besondere Meinung zu lassen." Der Satz von der "Religion ... in der alle Menschen übereinstimmen ... ist das Fundament der Freimaurerei geworden."

Mutig und treffend stellt hierzu der katholische Freimaurer-Experte Manfred Adler fest: ..."Tatsächlich ist es der geheime und offene Traum der maurerischen Weltpolitik, eine universale Weltregierung in einem universalen Welt-Einheits-Staat zu errichten. Nicht zuletzt um dieses Endziels willen waren einflußreiche kosmopolitische Maurerbrüder maßgeblich an der Gründung der 'Organisation der Vereinten Nationen' beteiligt, die ihr 'Hauptquartier' in New York haben und 1945 an Stelle des Völkerbundes traten, der sich 1920 in Genf konstituiert hatte." ...

Welches sind die weltanschaulichen Grundlagen und Ziele der Europäischen Union?

... In Artikel 2 der EU-Charta werden die Werte der Union beschrieben: ...

Es fällt auf, daß in dieser Präambel sowie in der Beschreibung der Werte und Ziele jeder Bezug auf Gott und die christlichen Wurzeln des Abendlandes fehlt. An der Stelle Gottes wird in der Präambel "die zentrale Stellung des Menschen" betont. Dementsprechend finden sich dann die "Werte" eines atheistischen Humanismus, vor allem der Gedanke des Pluralismus und der Toleranz. Pluralismus und Toleranz schließen aber gerade feste Werte aus, wie sie uns etwa in den Zehn Geboten der Bibel vermittelt werden.

Pluralismus und Toleranz - das bedeutet praktisch: Duldung unterschiedlichster Meinungen und Wertvorstellungen, auch wenn sie in Widerspruch zu Gottes Willen und Geboten stehen. Diese gottlose Basis des neuen Europa zeigt sich besonders folgenreich in Artikel 21 der EU-Charta über "Nichtdiskriminierung", wo es heißt:

"Diskriminierungen insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung sind verboten."

Unter "Diskriminierung" wird die Herabsetzung eines Menschen - etwa aus den genannten Gründen - verstanden. Die entscheidende Frage freilich ist: Wann beginnt der "Straftatbestand" Diskriminierung? ...<<

Bulgarien und Rumänien traten am 1. Januar 2007 der Europäischen Union bei.

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 24. März 2007 über die Römischen Verträge (x887/...): >>Europa ist mehr als nur Kohle und Stahl

Europas Einigung hatte nach dem Zweiten Weltkrieg auf den Gebieten Kohle und Stahl angefangen. 1951 hatten die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien und die drei Benelux-Staaten mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl ... einen Anfang gemacht.

Der Versuch, die europäische Einigung auf den militärischen Bereich mit der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft auszudehnen, scheiterte 1954 an der französischen Nationalversammlung.

Obwohl die Bundesrepublik in dieser Gemeinschaft eindeutig diskriminiert werden sollte, waren in Frankreich die Vorbehalte dagegen, auf dem sensiblen Gebiet der Verteidigung Kompetenzen an einen Zusammenschluß mit den Deutschen abzugeben, für viele zu groß. So wurde versucht, die Einigung zuerst einmal auf andere, zivile Gebiete auszudehnen.

... Neben einer europäischen Atomgemeinschaft wurde ein gemeinsamer Binnenmarkt als Ziel formuliert, und es wurden auch schon erste konkrete Schritte zur Verwirklichung dieser Pläne

vereinbart.

... Atomminister Franz Josef Strauß hingegen wollte die Atomkraft lieber in Zusammenarbeit mit den USA als mit Frankreich nutzen. Der frankophile Bundeskanzler Konrad Adenauer hatte jedoch in der bundesdeutschen Kanzlerdemokratie die Richtlinienkompetenz und nutzte sie.

Frankreich wiederum fürchtete wegen seiner Wettbewerbsschwäche die Konkurrenz der fünf anderen europäischen Staaten im gemeinsamen Binnenmarkt. Den Franzosen wurde ihre Zustimmung damit versüßt, daß ihnen die Subventionierung ihrer Landwirtschaft mit deutschen Steuermitteln in Aussicht gestellt wurde. Das ist die Geburtsstunde der gemeinsamen Agrarpolitik, die als Umverteilungsmaschinerie die Aufgabe hat, Steuergelder ohne Gegenleistung aus stärker industrialisierten Mitgliedsstaaten wie der Bundesrepublik in schwächer industrialisierte zu pumpen.

Ein weiterer, politischer Vorteil des Europas der Sechs kam bei der Grande Nation dazu. Altbundespräsident Richard von Weizsäcker formulierte es vorletzten Freitag gegenüber dem Deutschlandfunk wie folgt: "Frankreich hatte ein großes Interesse daran, gleich nach dem Kriege gemeinsam mit der Bundesrepublik Deutschland und vier anderen Partnern schnell eine europäische Gemeinschaft aufzubauen und auf diese Weise auch wieder unter französischer Führung eine Stimme zur Geltung zu bringen in einem weltpolitischen Sinn." ...<<

Am 13. Dezember 2007 unterzeichneten die 27 EU-Staaten den Vertrag von Lissabon. Dieser Vertrag sollte die EU angeblich transparenter, demokratischer und effizienter gestalten.

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb im Jahre 2007 über die angestrebte Abschaffung der europäischen Nationalstaaten (x281/320-323): >>... Früher wurde der Nationalstaat gefürchtet, weil er als Quelle großer Grausamkeit aufgefallen war. Er war waffenklirrend, kraftstrotzend und anmaßend, zwischen sich und dem Nachbarn zog er eine Grenze aus Haß, die lange Zeit unüberwindbar schien.

Heute wird der Nationalstaat von denen, die ihn gestern fürchteten, als Schwächling bezeichnet. Er sei zu klein geraten, um in der globalen Welt als Problemlöser bestehen zu können, sagen sie. Der Berserker von gestern gilt nun als antiquiert, besitzt angeblich nur noch als Folkloreverein eine Existenzberechtigung.

Wer so redet, vergißt, daß der Nationalstaat noch immer und womöglich für lange Zeit die einzig legitimierte Macht verkörpert. Wer ihn beiseite schiebt, hat nichts zu gewinnen. Er schafft genau das, was er vorgibt, beseitigen zu wollen: Unsicherheit und Instabilität.

Denn mit denselben Argumenten können wir auch das Wohnen in den eigenen vier Wänden aufgeben und mit den vielen Nachbarn der Stadt in der nächstgelegenen Kongreßhalle zusammenziehen. Keine Familie kann glücklich werden nur mit sich allein, so könnte man den Menschen den Umzug in die Gemeinschaftsunterkunft schmackhaft machen. Das moderne Zusammenleben sei nun mal größer und komplexer als das alte Idyll, das doch in Wahrheit keines war.

Fanden nicht in der Kleinfamilie die grausamsten Dinge statt, die Mißhandlung von Frauen, Kindern und Alten, würden wir listig fragen? War dieses vermeintliche Idyll nicht in Wahrheit eine kulturelle Begrenzung, die fast zwangsläufig zur Engstirnigkeit führte, würden wir ihnen einzureden versuchen.

Mit solchen Propagandareden wurden im deutschen Osten erst das Gesellschaftsleben und dann die Landwirte zwangskollektiviert. Im Westen wurden nach ähnlichem Muster in den Wohngemeinschaften die Türen ausgehängt und in den Dörfern die Zwergschulen geplant. Die einen wollten die kleine Parzelle, die anderen die kleine Privatheit überwinden, was sich in beiden Fällen als Irrtum erwies.

Wir sollten deshalb nicht beleidigt sein, sondern daraus die richtigen Schlüsse ziehen, zum Beispiel den, daß der Mensch nur begrenzt als Herdentier taugt. Er legt Wert auf sein Selbst-

bestimmungsrecht, die Unverletzlichkeit seiner Wohnung ist ihm heilig und auch die Souveränität seines Staates möchte er erhalten. ...

Natürlich ist der Nationalstaat nicht hermetisch abgeriegelt von der Welt. Es gibt Zugluft an allen Ecken. Krankheitsviren nehmen keine Rücksicht auf Paßkontrolle und Einfuhrbestimmungen, Drogen und Armutsfüchtlinge strömen genauso herein wie das internationale Spekulationskapital. Der Nationalstaat ist kein Bunker und kein Erdloch, sondern ein Haus mit vielen Eingängen. Er ist daher auch der Ausgangspunkt aller Überlegungen, nicht ihr Endpunkt. Wir mögen ihn, aber wir verehren ihn nicht. Er ist keine Gottheit, die neben sich keine anderen duldet.

Europa braucht selbstbewußte Nationen, die Europa als Chance und nicht als Anmaßung verstehen. Im Moment haben wir beides – zu wenig Europa und zu wenig Nationalstaat. Der eine fühlt sich für die Herausforderung durch die Globalisierung nicht mehr und der andere noch nicht zuständig. Die Nation macht sich kleiner, als sie ist derweil die Brüsseler eine Stärke zur Schau stellen, die sie in Wahrheit nicht besitzen. So treffen die Veränderungen der Globalisierung auf einen Kontinent, dem das politische Kraftzentrum fehlt. Es besteht die Idee als Möglichkeit, aber nicht im wahren Leben der Völker.

Notwendig wäre die Europäisierung des Nationalstaates ...

Europa ist eben nicht der Ersatz des Nationalstaates, sondern sein Partner, zuweilen auch sein Erfüllungsgehilfe. Wer die Dinge besser regeln kann als der andere, bekommt das Recht zum Handeln übertragen. Die Politiker durchstreifen ohnehin nicht selbst die Großstädte auf Verbrecherjagd, sie verhaften nicht und klagen nicht an, und auch das Verurteilen und Wegsperrn übernehmen andere. So wie der Nationalstaat hoheitliche Aufgaben an Polizei, Staatsanwaltschaft und Richter überträgt, sollte er auch Europa für sich zu nutzen wissen.

Die Nation bleibt die einzige Quelle von Staatlichkeit, aber nicht ihr alleiniger Vollstrecker. Es kommt nicht zur Abtretung von Hoheitsrechten, wohl aber zu ihrer Übertragung. Die Nation verliert ihre Exklusivität, um im Gegenzug an Durchschlagskraft zu gewinnen. Die europaweite Verbrecher- und Terroristenjagd ist nun mal deutlich effizienter als die kriminalistische Kleinstaaterei, wo der eine den anderen in den Abendnachrichten mit den Grausamkeiten des Tages überrascht.

Ausgerechnet eine europäische Wirtschaftspolitik ist bisher über das Skizzenhafte nicht hinausgekommen. Dabei wäre die Bündelung der ökonomischen Interessen das Einzige, was im Weltkrieg um Wohlstand schnellen Erfolg verspricht.

Eine Forschungspolitik, die weltweite Spitzenleistungen hervorbringt, ist heute nur europäisch vorstellbar. Der Rückfall in nationale Industriepolitik kann nur auf europäischer Ebene verhindert werden.

Gegenüber dem mächtigen Rivalen in Übersee hat Europa nur eine Stimme oder gar keine. In der Welthandelsorganisation sitzen die nationalen Minister ohnehin nur noch als Zaungäste dabei.

Gesucht werden also Politiker, die bereit sind, über das Nationale hinauszugehen, ohne es zu verraten. Fragen von historischer Dimension warten auf ihre Beantwortung: Wie kann eine wirksame Außenvertretung funktionieren, die mehr zu bieten hat als der Grüßaugust, den man heute als Kommissar für die Außenpolitik bezeichnet?

Wie vertreibt man die grauen Gesellen des europäischen Bürokratismus, die bisher als Kräfte der wirtschaftlichen Entschleunigung wirkten?

Was wäre zu tun, um die industriellen Kapazitäten Europas zu konzentrieren, damit sie international mithalten können?

Wie lassen sich gemeinsam die ins Rutschen geratenen Grundlagen der europäischen Staatsfinanzierung neu befestigen?

Welches Regime an den Außengrenzen der EU ist notwendig, um den Mitgliedernationen,

ihren Firmen und deren Belegschaften jenen Schutz zu bieten, den sie zu Recht erwarten?
...<<

Bei dem Referendum vom 12. Juni 2008 stimmten 53,4 % der irischen Wähler gegen den Vertrag von Lissabon.

Ungeachtet der irischen Ablehnung des Lissabon-Vertrages beschloß der Europäische Rat am 18./19. Juni 2008, den Ratifizierungsprozeß fortzusetzen.

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 6. Dezember 2008 (x887/...): >>Deutsches Geld ja, deutsche Sprache nein

Deutsch wird in der EU immer noch zurückgesetzt - Bundesregierung verlangt stärkere Präsenz

Es erscheint absurd, aber Deutschland zahlt nun bereits über lange Jahre hinweg riesige Summen in den gemeinsamen europäischen Topf ein, während die Sprache der Deutschen im Brüsseler Europa nur eine untergeordnete Rolle spielt. Die letzten Wochen haben erneut bewiesen, daß alle Anstrengungen vom Bundestag und den verschiedenen Landtagen, diesem Mißstand entgegenzuwirken, in der Realität nichts oder so gut wie nichts erbracht haben. Der seit Jahren andauernde Trend einer systematischen Benachteiligung der deutschen Sprache hält weiter an.

Das Geld ihres Hauptnettozahlers Deutschland schluckt die Brüsseler Kasse der Europäischen Union (EU) allerdings gern. Im Jahr 2007 übertrafen die deutschen Einzahlungen mit 7,4 Milliarden Euro die Summen, die an deutsche Empfänger zurückgeflossen sind. ...

Nimmt man zum Beispiel die Jahre von 1995 bis 2003 - wie es der Heidelberger Finanzwissenschaftler Franz-Ulrich Willeke getan hat, den die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" als "einen der besten Kenner der europäischen Finanzen" einstuft -, dann hat Deutschland als Nettozahler in diesem Zeitraum 76,7 Milliarden Euro nach Brüssel gezahlt, gefolgt von Großbritannien mit 16 Milliarden Euro, den Niederlanden mit 14,3 Milliarden und Frankreich mit 11,1 Milliarden Euro. Als Nettoempfänger hielten im genannten Zeitraum die Hand auf: Spanien mit 64,5 Milliarden Euro, Griechenland mit 36,2 Milliarden Euro und Portugal mit 24,1 Milliarden Euro.

Willeke machte zugleich deutlich, daß für eine "angemessene Netto-Zahlung" als Indikator nicht die Einwohnerzahlen von 80 oder 40 Millionen, sondern das Pro-Kopf-Einkommen genommen werden müßte.

Dabei zeigt sich, daß für den genannten Zeitraum von 1995 bis 2003 Deutschland weit hinter anderen liegt: zum Beispiel mit 25.616 Euro hinter Frankreich (26.616 Euro), Belgien (26.470 Euro) und Großbritannien 27.179 Euro).

Die Berechnungen Willekes zeigen, daß die tatsächlichen Zahlungen Deutschlands weit über ein angemessenes Maß hinausgehen. Sein Fazit: Die Deutschen wurden in den untersuchten Jahren relativ am stärksten zur Zahlung herangezogen.

Im November haben nun die Bundesregierung und mehrere Bundesländer, ermahnt und gestützt von Bundestag und Landtagen, mit Nachdruck eine Gleichstellung des Deutschen mit den beiden anderen Arbeitssprachen Englisch und Französisch in der Praxis des europäischen Alltags verlangt. Längst wird die deutsche Sprache, die zu den 23 Amtssprachen zählt und formell eine der drei "Arbeitssprachen" ist, bei der Übersetzung wichtiger Arbeitsdokumente schlicht übergangen.

So liegen manche Rechtstexte, die der Bundestag ratifizieren muß, nur auf Englisch oder Französisch vor, wirtschaftlich bedeutsame Ausschreibungen der Brüsseler Behörden sind erst "nach verdächtig langer Zeit" in deutscher Übersetzung vorhanden, Internetseiten der Ratspräsidenschaften ebenfalls. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 27. Februar 2010 (x887/...): >>In einem offenen Brief an die Griechen appelliert "Stern-Autor" Walter Willen-

weber an das Gerechtigkeitsempfinden der Hellenen:

"Liebe Rentner Griechenlands, wenn bei uns jemand sein ganzes Leben lang gearbeitet hat, bekommt er nicht mal 40 Prozent seines durchschnittlichen Einkommens als Rente. Damit sind wir auf dem viertletzten Platz der OECD-Länder. Und wer ist auf Platz eins?"

Richtig: Ihr. Über 95 Prozent Eures durchschnittlichen Einkommens gönnt Ihr Euch als Rente ... Von dem Geld, mit dem wir Euch 30 Jahre gesponsert haben, gönnt Ihr Euch eine komfortablere Altersversorgung, als wir uns leisten können. Findet Ihr das gerecht?"<<

Der SPD-Politiker Günter Verheugen (1999-2010 EU-Kommissar) erklärte im Jahre 2010 in der ZDF-Talkshow "Maybrit Illner" (x353/77): >>... Wir sollten bitte nicht vergessen - dieses ganze Projekt "Europäische Einheit" ist wegen Deutschland notwendig geworden. Es ging immer dabei (sic!), Deutschland einzubinden, damit es nicht zur Gefahr wird für andere. Das dürfen wir in diesem Land nicht vergessen. Wenn Sie glauben, daß das 65 Jahre nach Kriegsende keine Rolle mehr spielt, dann sind Sie vollkommen schief gewickelt. Ich kann Ihnen nach 10 Jahren Brüssel sagen: das spielt jeden Tag noch, jeden Tag noch eine Rolle.<<

Der deutsche Journalist Bruno Bandulet berichtete im Mai 2011 über die EU (x869/...): >>Der Zahlmeister

Warum die EU schon vor dem Euro ein teurer Spaß war

Ein teurer Spaß: Professor Willeke rechnet vor, was die EU den Zahlmeister Deutschland bislang gekostet hat.

Im Mai war es ein Jahr her, daß der Deutsche Bundestag die Verfassung brach, die erste Griechenland-Hilfe und das Euro-Rettungspaket billigte, dem Steuerzahler Lasten in unbekannter Höhe aufbürdete und damit die Umwandlung der Euro-Zone in eine Transferunion in Gang setzte.

Damit ist gemeint, daß die Bundesregierung Kredite garantieren und Geld an andere Regierungen überweisen wird, um das gescheiterte Euro-Experiment zu verlängern. Dies nicht etwa aus Haushaltsüberschüssen, die bekanntlich auch in Deutschland nicht existieren, sondern finanziert durch die Aufnahme neuer Schulden, die auf den schon bestehenden Schuldenberg getürmt werden. In der Euro-Zone verschulden sich die Schuldner, damit die noch schlimmer Verschuldeten nicht pleite gehen. Am Ende sind wir alle Griechen. Dabei wird verdrängt, daß die EU schon lange vor der Einführung der Einheitswährung als Transferunion funktionierte. Deutschland spielt seit Jahrzehnten den Big Spender! ...

Im Prinzip handelt es sich bei der EU der aktuell 27 Mitglieder um eine Zweiklassengesellschaft: auf der einen Seite die Nettozahler, auf der anderen die Nettoempfänger. Es findet ein Wohlstandstransfer statt. Was die einen bekommen, fehlt den anderen. ...

Auf diese Weise mußten die Deutschen im Zeitraum 1976 bis 2008 insgesamt 170 Milliarden Euro (in D-Mark fast das Doppelte) für eine angeblich gute Sache opfern, die von den Politikern europäische Solidarität genannt wird. Da D-Mark und Euro im Laufe der Zeit arg inflationiert wurden, weil es sich um ungedeckte Papierwährungen handelte, ist der Betrag natürlich erheblich höher, wenn man ihn kaufkraftbereinigt. Professor Willeke unterstellt eine Inflationierung von 50 % und kommt so auf 255 Milliarden seit 1976 - in Preisen des Jahres 2010. ...

Interessant ist nun, was in den Jahren unmittelbar nach der Wiedervereinigung passierte. Eigentlich wäre eine Entlastung Deutschlands zu erwarten gewesen, denn nach 1990 hatte die Bundesrepublik schließlich auch die riesigen Kosten der Einheit zu tragen. Es kam anders: ausgerechnet ab 1991 stiegen die deutschen Nettobeiträge permanent an.

Von 1991 bis 1994 finanzierte Deutschland 73,7 % der gesamten Umverteilung innerhalb der EU! Das war das Dreifache dessen, was die drei anderen großen Mitgliedsländer zusammen netto aufbrachten. Die Erklärung kann nur darin liegen, daß Helmut Kohl die europäischen Freunde, die Deutschland so sehr liebten, daß sie gerne zwei davon behalten hätten, ruhigstel-

len wollte.

Damals, Anfang der 90er Jahre, zählte die EU noch zwölf Mitglieder. Jetzt, nach der Osterweiterung, sind es 27. Und mit der Vergrößerung hat sich der deutsche Anteil an den Nettobeiträgen immerhin auf ein Drittel reduziert, liegt aber immer noch weit über dem französischen oder dem britischen.

Die Preisfrage: Was haben die PIGS-Staaten nur mit den vielen Milliarden gemacht?

Mit den PIGS sind Portugal, Irland, Griechenland und Spanien gemeint - exakt die Staaten, die unter den Euro-Rettungsschirm flüchten mußten oder (wie Spanien) als Kandidaten gehandelt werden. Das böse Akronym PIGS wurde von den Zynikern an den Finanzplätzen London und New York erfunden.

Pervers ist nun folgendes: Nachdem die PIGS von 1976 bis 2008 (netto) 287 Milliarden Euro geschenkt bekamen und damit in heutigen Preisen 430,5 Milliarden (mehr als die Hälfte davon aus Deutschland) und nachdem ihnen der Euro jahrelang beispiellos tiefe Zinsen bescherte und dadurch die Bedienung der alten Staatsschulden massiv verbilligte, hatten sie die einmalige Chance, ihre Finanzen zu sanieren. Sie haben davon keinen Gebrauch gemacht. Sie haben schlecht gewirtschaftet. Sie haben die staatliche oder die private Verschuldung oder beide hochgefahren. Mit dem Ergebnis, daß sie jetzt zusätzlich zu den regulären Haushaltshilfen auch noch die Kredite des Rettungsschirms benötigen. Auf die Transferunion I folgte 2010 die Transferunion II.

Da stellt sich die Frage nach dem Sinn des Ganzen. Wo sind die Milliarden geblieben? Wo sind sie versickert? Niemand weiß das genau. Zumindest blieb davon der größte Schilderwald aller Zeiten. Schilder mit dem Sternenkranz auf blauem Grund, die irgendeine Baumaßnahme verkünden - immer mit dem Zusatz "kofinanziert durch die EU".

Wir sahen die Schilder an einem grotesk überdimensionierten Rathaus in einem Dorf auf den Azoren. Wir sahen sie in einer gottverlassenen Ecke der großartigen Extremadura (autonome Gemeinschaft Spaniens), wo aus unerfindlichen Gründen ein Bach begradigt und mit einem Holzgeländer ausgestattet wurde. Wir sahen sie an den leeren Autobahnen Portugals, die durch leere Gebiete führen und die in einem Zustand sind, von dem deutsche Autofahrer nur träumen können. Und ein Bekannter, selbst in der Branche tätig, erzählte mir von EU-finanzierten Geisterbahnhöfen mit ebenfalls leeren Bahnsteigen in Griechenland und von Elektroloks, die mit Hilfe der Nettozahler für eine nicht-elektrifizierte Strecke angekauft wurden und seitdem in vandalisiertem Zustand vor sich hin rosten. Profitiert hat die neureiche Klasse der EU-Absahner. Die Länder selbst hängen am Dauertropf.

Märchenstunde: Warum es nicht stimmt, daß die deutschen Exporterfolge dem Euro zu verdanken sind.

... Sicherlich sind Frankreich, die Niederlande und Österreich, um nur einige zu nennen, überaus wichtige Handelspartner. Aber das war auch der Fall vor der Euro-Einführung. Es ergibt sich ganz selbstverständlich aus der Nachbarschaft. Selbst im Vergleich mit der Zeit vor 1914 hat sich an der Struktur des deutschen Außenhandels nichts Wesentliches geändert. In Wahrheit ist der Unterschied ein ganz anderer: Vor 1999 kamen die Exportüberschüsse Deutschland zugute, seit 1999 verschwinden sie im schwarzen Loch des Euro-Systems.<<

Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 25 berichtete am 20. Juni 2011: >>Jean Monnet als Sondergesandter des amerikanischen Präsidenten Roosevelt

Im ersten Teil unserer Darstellung zu Jean Monnet (Zeit-Fragen Nr. 38 vom 27.9.2010 unter dem Titel "Moloch EU und Strippenzieher Jean Monnet") haben wir gezeigt, wie Monnet, einer der sogenannten "Gründerväter Europas", sich als internationaler Kognakhändler und Bankier in den Jahren vor, während und nach dem Ersten Weltkrieg im angloamerikanischen Finanz- und Politikmilieu vernetzte. Im folgenden Teil werden wir Monnets diverse Aktivitäten bis 1945 beschreiben.

Durch diese Aktivitäten zieht sich wie ein roter Faden das Bemühen, die Souveränität der europäischen Nationalstaaten anzutasten und aufzubrechen, mit dem Ziel der Herstellung eines großräumigen Marktes, sprich Absatzmarktes im Interesse der US-amerikanischen Wirtschaft. In diesem Zusammenhang muß man auch seine Aktivitäten im Kontext der französischen Politik sehen.

Im folgenden wird viel von Frankreich die Rede sein, dem ganz eindeutig - und das wird im dritten Teil unserer Untersuchung u.a. Thema sein - eine ganz bestimmte Rolle bei der Gründung der "Vereinigten Staaten Europas von Amerikas Gnaden" zugeordnet war.

Eine wohl sehr treffende Beschreibung Monnets und der Art, wie er sich bewegte, gibt die Journalistin und erste Alterspräsidentin des Europäischen Parlaments Louise Weiss (1893-1983), die Monnet recht gut kannte, in ihren Mémoires d'une Européenne: "Geniales Leuchten in den dunkelbraunen Augen des kleinen Jean Monnet, wenn er geheimnisvoll, lebendig und charmant seine Einflußnetze knüpfte, die dem Völkerbund von Anfang an eine beträchtliche Macht sicherten.

Seine Verhandlungen während des Kriegs hatten ihm alle Türen geöffnet und auch die Tresore der Finanzbastionen der City, der Wall Street, ja sogar der chinesischen Häfen. Die Eigentümer der Zeitungen kannten ihn, aber er schlich und glitt wie eine Natter zwischen den Federn ihrer Redakteure einher. Öffentlichen Verhandlungen, die ihn gefangengenommen hätten, zog er die freien Suggestionen seiner speziellen Vorstellungen vor. Er hatte so seine Art. Er war ein Eingeweihter. Diese Art faszinierte bald die ganze Welt."

Internationale Hochfinanz

Sehr früh also war Monnet ein einflußreicher Mann geworden, der eine erstaunlich breite Klaviatur besaß, insbesondere für die damalige Zeit. Er ging bei den wichtigsten politischen Führern der Londoner und New Yorker Finanzelite und den hohen Beamten des amerikanischen Außenministeriums ein und aus. 1923 hatte er den Völkerbund verlassen. Seit er 1926 Vizepräsident der neu eröffneten Europa-Abteilung der sehr mächtigen amerikanischen Investment Bank Blair & Co. geworden war, nahm er auch an Finanzoperationen von sehr hohem Niveau teil. Er organisierte die Vergabe von amerikanischen Krediten zur Stabilisierung des Franc im Jahr 1926, der des Zloty, der polnischen Währung, und im Jahr 1928 der des Leu, der rumänischen Währung.

Kurz darauf übte er seine Tätigkeit als Finanzberater in China an der Seite von Chiang Kai-shek aus, organisierte Anleihen für die chinesische Regierung und gründete auf Vermittlung von John Foster Dulles, dem späteren US-Außenminister, die Bank Monnet, Murnane & Co., um den Geldfluß nach China zu sichern. Diese Bank wird später auch einträgliche Geschäfte mit Hitler-Deutschland abschließen. Monnet fungierte als außerordentlich geschickter und erfolgreicher Verbindungsmann zwischen den Interessen der US-amerikanischen Finanz-, Geschäfts- und Politikwelt einerseits und den entsprechenden Kreisen der restlichen Welt, insbesondere Europas.

Geschäfte und Souveränitäten

So war es nicht überraschend, daß der damalige französische Premierminister Daladier (1884-1970) ihn 1938, als England noch seine Appeasement-Politik betrieb, beauftragte, in größter Diskretion für die französische Armee Flugzeuge in Amerika zu besorgen, um die desolate Situation der französischen Luftwaffe zu verbessern. Bei der Ausführung dieses Auftrages lernte er durch Vermittlung von US-Botschafter W. Bullitt den amerikanischen Präsidenten (1933-1945) Roosevelt kennen.

Die Schwierigkeiten bei diesem Projekt bestanden darin, daß Frankreich einerseits Probleme bei der Bezahlung hatte, der amerikanische Finanzminister (1934-1945) Henry Morgenthau aber die Finanzierung gesichert sehen wollte. Außerdem mußten Wege gefunden werden, das Neutralitätsgesetz zu umgehen oder außer Kraft zu setzen. Nachdem dieses im November

1939 gelockert worden war, kamen der britische Regierungsberater in Industrieangelegenheiten und Kabinettschef Chamberlains, Horace Wilson, der schon eine Schlüsselrolle in Chamberlains Appeasement-Politik gespielt hatte, und Monnet überein, die französischen und britischen Waffenkäufe zu vereinen.

Monnet, der sich schon während des Ersten Weltkriegs in London mit Waffenkäufen beschäftigt hatte, fand nun die gleichen Bedingungen vor, wie er sie schon damals gekannt hatte und übernahm auch die gleichen Funktionen. Er hatte sehr schnell verstanden, daß die Amerikaner seit dem Ersten Weltkrieg eine größere Rolle in der Welt spielten und sich darauf eingestellt.

Fusionierung der Souveränitäten

Die Idee einer engen britisch-französischen Union kam aus dem Chatham House, das von 1925 bis 1956 von dem Geschichtsphilosophen Arnold Toynbee geleitet wurde. Seit 1938 hatte man in Verbindung mit dem "Zentrum für außenpolitische Studien in Paris die Idee einer Annäherung der beiden Staaten in vielen kleinen Zirkeln unter Ausschluß der Öffentlichkeit diskutiert. Aber als Toynbee 1940 nach Paris fuhr, bekam das Projekt Publizität und Aktualität. Es wurde sozusagen lanciert: Bei seiner Rückkehr ließ Toynbee in London ein Memorandum verfassen, den ... Gründungsakt einer dauerhaften Vereinigung Frankreichs und Englands.

Dieser Plan diente auf der einen Seite dazu, Frankreich durch militärische, wirtschaftliche und politische Kooperation mit England gegen einen Angriff Hitler-Deutschlands zu stützen. Auf der anderen Seite war damit die Absicht verbunden, eine Fusion der Souveränitäten beider Länder herbeizuführen. Monnet schlug in Zusammenarbeit mit seinem Freund Vansittart dieses Projekt einer totalen Fusion der Souveränitäten vor. Die Idee war nicht ganz neu. Monnets Freund Bullitt hatte schon 1936 von "these dingy little states" in Europa gesprochen, die es eigentlich nicht wert seien als Staaten bezeichnet zu werden.

Das Projekt war jetzt also lanciert. In England redeten insbesondere die Minister davon. In Frankreich führten es eher Intellektuelle und Pressekreise in die Diskussion ein. Bei seiner Realisierung spielte Jean Monnet eine Schlüsselrolle. 1939 begab er sich nach London und sandte parallel an den englischen Premierminister Churchill (1940 bis 1945 und 1951 bis 1955) und an den französischen Ministerpräsidenten Reynaud (Mai 1940 bis Juni 1940) eine Note, in der er seiner Befürchtung Ausdruck verlieh, daß Hitler England und Frankreich auseinanderdividieren könnte. Deswegen müßten die Verbindungen unauflöslich gemacht werden:

Die Kräfte der beiden Staaten müßten wie eine einzige Kraft eingesetzt werden. Um seiner Argumentation noch weiteres Gewicht zu geben, fügte er - ein für ihn typisches Vorgehen - hinzu: Die fast unbegrenzte Produktionskraft der Amerikaner würde sich ihnen nur dann zur Verfügung stellen, wenn sie selbst eindeutig die Bereitschaft bekundeten, gemeinsam zu kämpfen. Ansonsten könne man die Hilfe der Amerikaner vergessen. Damit wurde Monnet im September 1939 ein "alliiertes Funktionär" der britischen und französischen Regierung, der über den nationalen Interessen stand.

Auf der falschen Seite?

Als Frankreich dann in der "drole de guerre", dem "seltsamen Krieg", vom 10.5. bis 22.6.1940 Hitler-Deutschland unterlag, stellte sich für die französischen Eliten die Frage der Kapitulation und des Waffenstillstands oder des Weiterkämpfens von den französischen Kolonien aus. Durch eine gezielte Propaganda wurden die Namen von General Weygand und Marschall Pétain, beide Sympathisanten Hitler-Deutschlands und fanatische Antikommunisten, als Retter Frankreichs verbreitet.

Der aus dem Ersten Weltkrieg in gewissen Kreisen mit großem Ansehen verbundene Name des Marschall Pétain, dem sogenannten "Sieger von Verdun", verleitete viele Politiker dazu, ihm in den Waffenstillstand zu folgen. Pétain unterschrieb diesen als letzter Ministerpräsident

der Dritten Republik, um danach Staatschef des neu geschaffenen Etat Français zu werden, der mit Hilfe eines Ermächtigungsgesetzes ... die Republik abschaffte und ein mit Hitler kollaborierendes autoritäres Regime, das nach dem Regierungssitz benannte Vichy-Régime installierte.

Charles de Gaulle, der in jungen Jahren als Berufssoldat auch ein Bewunderer Pétains gewesen war, vollzog diesen Schritt nicht mit. Er verurteilte den Waffenstillstand mit Nazi-Deutschland und begab sich mit einigen Mitstreitern nach London. Von dort aus forderte er mit der Erlaubnis Churchills am 18. Juni in seinem berühmten Appel du 18 Juin über die BBC das französische Volk auf, den Waffenstillstand nicht zu akzeptieren und den Kampf an der Seite Englands und Amerikas weiterzuführen.

Nur einige wenige waren bei ihm, mit denen er dann eine Widerstandsorganisation, das Comité National Français (CNF) aufbaute. Hier in London begegneten sich Jean Monnet und de Gaulle.

Wie ist es nun zu erklären, daß Monnet, der offiziell ein erklärter Gegner Vichy-Frankreichs war, de Gaulle keineswegs unterstützte, als dieser 1940 in London begann, den Widerstand gegen die deutsche Besatzung Frankreichs zu organisieren?

Monnet fuhr in die USA, um dort im Auftrag Churchills Waffen für England zu kaufen. Er blieb dort und wurde in den harten Kern des Beziehungsnetzes im engsten Kreis um Präsident Roosevelt integriert (Dean Acheson, Staatssekretär im Außenministerium; Felix Frankfurter, Richter am obersten amerikanischen Gerichtshof; Francis Biddle, Justizminister; Phil Graham, Medienzar).

Während dieser Zeit verkehrte er auch in Exilkreisen, die gegen de Gaulle bei der amerikanischen Regierung intrigierten. Monnets diverse Argumente, de Gaulle sei ein Diktator, faschistisch, psychotisch, sei Hitler ähnlich, habe keine Legitimation, die Franzosen zu vertreten usw. wurden beliebig benutzt, um ihn zu desavouieren und als Kopf einer Nachkriegsregierung unmöglich zu machen.

De Gaulles Position paßte ihnen nicht, weil er mit all ihm zur Verfügung stehender Kraft die Souveränität Frankreichs wiederherstellen wollte. Über die Landung der US-amerikanischen Flotte in Algerien wurde de Gaulle in London weder informiert, geschweige denn darin einbezogen.

Die amerikanische Regierung glaubte, in General Giraud einen passenden Mann gefunden zu haben, den sie für ihre Zwecke benutzen konnte. Er wurde im Dezember 1942 zum Hochkommissar für Französisch Nord- und Westafrika gemacht. Es mußte ihm nur noch schnell ein demokratisches Mäntelchen umgehängt werden, damit er für die Weltöffentlichkeit präsentabel wurde. Diese Aufgabe übernahm Monnet in seiner Funktion als Sondergesandter des amerikanischen Präsidenten Roosevelt. Einen französischen Auftrag hatte er nicht.

Die Tatsache, daß Giraud in Algerien die rassistischen bzw. faschistischen, an Hitler-Deutschland angelehnten Vichy-Gesetze gegen Juden und Résistance-Kämpfer anwandte, wurde in diesem Zusammenhang von den Machhabern als quantité négligeable angesehen. Eine Tatsache, die um so schwerer wiegt, als ohne die aktive Unterstützung von etwa 400 Widerstands-Kämpfern die Landung der alliierten Streitkräfte im November 1942 wesentlich schwieriger gewesen wäre, da die Vichy-Verwaltung erheblichen Widerstand leistete.

Diese Tatsachen zeigen deutlich, daß de Gaulle nicht der "Mann Amerikas" war und die Vorwürfe ihm gegenüber als Propagandalügen angesehen werden müssen.

Aktiv im Dienste Roosevelts

In Algier befolgte Monnet als direkter Sondergesandter Roosevelts dessen Aufträge. Dabei halfen ihm große Summen amerikanischer Gelder, ermöglicht durch den Lend-Lease-Act. Insgesamt erhielt Frankreich auf diesem Wege während des Krieges 4 Milliarden Dollar. Monnet organisierte damit u.a. die Versorgung der "Forces françaises libres". Dabei arbeitete

er eng mit dem jungen Finanzberater Christian Valensi zusammen, der wie Monnet über ein bedeutendes Beziehungsnetz auf beiden Seiten des Atlantiks verfügte und auch nach Kriegsende maßgeblich beteiligt war an der Beschaffung amerikanischer Kredite zusätzlich zu Geldern aus dem Marshall-Plan.

Gleichzeitig boykottierte Monnet das nationale Befreiungskomitee in London unter Führung de Gaulles, der von der Gesamtheit der französischen Résistance anerkannt und mit deren Leitung beauftragt worden war. Als jedoch immer deutlicher wurde, daß es an de Gaulle kein Vorbeikommen gab, bezog man ihn mit ein, in der Hoffnung, ihn in einem großen Komitee "ertränken" zu können, d.h. kaltzustellen.

Hier in Algier wurden die konkreten Pläne für den Wiederaufbau Frankreichs und Europas nach dem Krieg entworfen und die zukünftigen "Regierungsmannschaften" aufgestellt. Monnet wirkte dabei entscheidend mit. Er selbst war im provisorischen Kabinett oder "großen Komitee" als Minister für Waffenbeschaffung, Versorgung und Wiederaufbau vorgesehen. Er brachte seine in den USA entwickelten Vorstellungen vom wirtschaftlichen Aufbau Frankreichs und Europas ein und traf bei all den Männern, mit denen er seit den Zeiten im Völkerbund Kontakte geknüpft hatte, auf offene Ohren.

Gleichzeitig versuchten Eisenhower und Roosevelt über General Giraud direkt Einfluß auf die Politik des Komitees zu nehmen, indem sie die Einstellung der amerikanischen Waffenlieferungen in Aussicht stellten für den Fall, daß Giraud seine Stellung in dem Komitee, die durchaus umstritten war bei den Franzosen, nicht behalten würde.

Monnet hatte in seinen "amerikanischen Jahren" auf Grund seiner engen Beziehungen zur dortigen Machtelite deren Vorstellungen vom Nachkriegseuropa aufgenommen. So war er eng mit dem späteren Außenminister John Foster Dulles befreundet, der 1941 in einem Artikel vorschlug, Europa nach dem Krieg zentralistisch zu reorganisieren, und behauptete, es sei verrückt, den einzelnen europäischen Staaten wieder die volle Souveränität zuzugestehen.

Das amerikanische Magazin "Fortune" und der Journalist John Davenport, zu denen Monnet sehr enge Beziehungen unterhielt, war das Sprachrohr der Hochfinanz und der amerikanischen Kartelle.

1943 wurde dort die Gründung einer europäischen Transportgemeinschaft vorgeschlagen, die über den Staaten stehen sollte, sowie eine europäische Währungsunion, die von einer europäischen Bank dirigiert werden sollte. Europa sollte sich eng an Amerika und England anlehnen. Monnet nahm die amerikanische Botschaft auf: Schnell handeln, um Westeuropa zu einen und einen großen Markt schaffen mit oder ohne gemeinsame Behörde, schließlich Frankreich dazu anstiften, eine europäische Föderation zu schaffen, um Deutschland einzubinden.

1943 entwirft er eine Denkschrift für das CFLN, in der er die Gründung einer Wirtschaftsgemeinschaft vorschlägt, die von einer französischen Initiative ausgehen soll, "um eine demokratische Ordnung in Europa zu schaffen. **Europa kann zu einem Staat werden, der Frieden und Glück bringt", indem er sich über die nationalen Souveränitäten erhebt.**

Die Rolle Frankreichs ist damit festgelegt: Speerspitze der europäischen Einigung mit Monnet als treibender Kraft ohne jede parlamentarische Legitimation.

Diese in den USA entwickelten Vorstellungen und Pläne für das Nachkriegs-Europa geben eine erste Antwort auf die Frage, warum die USA de Gaulle ausbooten wollten. Seine Psychiatisierung und Abstempelung als Faschist waren Mittel zu dem Zweck, den Kopf der Bewegung, die für die Souveränität Frankreichs eintrat, auszuschalten. Wenn man de Gaulle selbst liest und die Untersuchungen zu den Hintergründen der amerikanischen Außenpolitik des 20. Jahrhunderts, wie wir sie in unserem ersten Artikel angedeutet haben, einbezieht, so kommt man der Wahrheit ein weiteres Stück näher.

De Gaulle und Roosevelt - Pläne für die Welt nach dem Krieg

De Gaulle beschreibt in seinen Memoiren seine Unterhaltung mit Roosevelt im Juli 1944 in

Washington. Im Laufe dieser Unterhaltung legte Roosevelt seine Strategieüberlegungen für die "Welt" nach dem Zweiten Weltkrieg dar. Roosevelts Vision erschien de Gaulle mehr als beunruhigend für Europa und insbesondere Frankreich. De Gaulle führt wörtlich aus: "(Roosevelt) gedenkt nun ein internationales System zu schaffen, das auf ständige Intervention hinausläuft. Er denkt an ein Viererdirektorium: Amerika, Sowjetrußland, China und Großbritannien sollen die Weltprobleme regeln.

Ein Parlament der Vereinten Nationen soll der Macht dieser "vier Großen" einen demokratischen Anstrich geben. Aber wenn man (das heißt die USA) die Welt nicht auf Gnade und Ungnade den drei anderen ausliefern will, muß solch eine Organisation, meint Roosevelt, die Anlage amerikanischer Stützpunkte in allen Teilen der Erde und zum Teil auch auf französischem Gebiet einschließen.

Roosevelt glaubt, auf diese Weise die Sowjets in eine Gemeinschaft hineinbringen zu können, die ihre Ambitionen in Schach halten wird und in der Amerika seine Klientel um sich scharen kann. Von den "vier Großen" ist, wie er weis, das China Chiang Kai-schek von seiner Hilfe abhängig, während die Engländer, sofern sie nicht ihre Dominien verlieren wollen, sich seiner Politik beugen müssen. In bezug auf die mittleren und kleineren Länder wird er in der Lage sein, auf sie dank amerikanischer Hilfeleistungen einzuwirken.

Schließlich werden das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die amerikanische Auslandshilfe, das Vorhandensein amerikanischer Stützpunkte in Afrika, Asien und Australien dem Entstehen neuer souveräner Staaten förderlich, die die Zahl derer vermehren werden, die den Vereinigten Staaten verpflichtet sind. In solcher Perspektive können die eigentlichen Probleme Europas ... nur von nebensächlicher Bedeutung sein".

De Gaulle erkannte in dieser Konzeption einen ausgesprochenen "Willen zur Macht" und den Willen, Europa zu dominieren. Er wies darauf hin, daß dieser Plan den Westen in Gefahr bringen würde. "Werde man nicht, wenn man Westeuropa als zweitrangig behandle, gerade der Sache schaden, der man zu dienen glaubt: der Sache der Zivilisation?" ...

"Der Westen ist es, sage ich zu Präsident Roosevelt, den man wieder aufbauen muß. Wenn das geschehen ist, wird ihn sich die übrige Welt wohl oder übel zum Vorbild nehmen. Wenn es nicht geschieht, wird es der Barbarei gelingen, alles hinwegzufegen. Westeuropa ist trotz seiner Zerrissenheit für den Westen von wesentlicher Bedeutung. Nichts kann den Wert, die Kraft, die Ausstrahlung der alten Völker ersetzen."

Roosevelt sprach dann von seiner großen Enttäuschung über das französische Volk, das sich einfach so von den Nazis hatte überrennen lassen. De Gaulle, der sehr höflich war, entgegnete ihm nichts. Aber er dachte: Wenn Amerika Frankreich sowohl nach dem Ersten Weltkrieg geholfen hätte, wie auch zu Beginn des Zweiten, oder wenn man ihn, General de Gaulle, unterstützt hätte anstelle des Vichy-Regimes, dann wäre es vielleicht anders gekommen.

Es wird damit deutlich, daß de Gaulle die angebliche Enttäuschung Roosevelts als unehrlich empfand. Er verließ Roosevelt mit der Überzeugung, daß in den Beziehungen der Staaten untereinander die Logik und das Gefühl nicht schwer wögen im Vergleich zu den Realitäten der Macht. Allein was man sich nehme und was man zu halten wisse habe Bedeutung. Frankreich könne nur auf sich selber zählen, wenn es wieder seinen Platz unter den Nationen erlangen wolle.<<

Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 42 berichtete am 17. Oktober 2011:

>>Die EU ist sehr wohl eine Fehlkonstruktion

von Tito Tettamanti

Die EU ist nicht nur wenig demokratisch, ihre Mängel werden auch durch immer neue Zentralisierung übertüncht. Das verhöhnt die Diversität Europas.

Der Baumeister der Europäischen Union (EU), Jean Monnet (1888-1979), war ein begabter Technokrat und ein tüchtiger Geschäftsmann, vor allem aber war er Franzose. Wenn ihm et-

was am Herzen lag, dann der Glanz und die Macht seines Heimatlandes. 1870/71 hatten die deutschen Truppen Frankreich geschlagen. Und so wäre es auch geschehen im Ersten und Zweiten Weltkrieg, hätten die Alliierten nicht interveniert.

Monnet war schon während des Ersten Weltkrieges zum Schluß gekommen, daß Frankreich nur im Zusammenschluß mit anderen Staaten seine Bedeutung bewahren konnte. 1919 setzte Frankreich mit dem Versailler Vertrag aber noch einmal auf die nationale Karte. Nach dem Zweiten Weltkrieg schlug Monnets Stunde. Die Engländer hielten sich vorerst zwar vornehm zurück, weil sie sich nicht zwischen Amerika und Kontinentaleuropa entscheiden konnten. Die Deutschen jedoch ergriffen die Gelegenheit, wieder salonfähig zu werden. Ein solch größerer Verbund, dachte Monnet, würde Frankreichs prekäre Stellung nach dem Krieg nachhaltig stärken.

Als Sohn einer aufklärerischen Kultur glaubte Monnet, daß diese von ihm konzipierte Konstruktion es einer fähigen und kompetenten Bürokratie (nach dem Vorbild der französischen) erlauben würde, durch entsprechende Pläne (wiederum die Aufklärung) die Realität in die gewünschte Richtung zu formen. Der wahre Geniestreich Monnets bestand aber darin, auf einen Gesamtplan zu verzichten und von Utopisten wie Graf Coudenhove-Kalergi und Altiero Spinelli Abstand zu nehmen. Statt dessen setzte Monnet zur europäischen Vergemeinschaftung auf kleine Schritte, die nie das eigentliche ferne Ziel der vollständigen Integration verrieten. Diese scheinbar harmlosen Schritte erzwangen immer neue Integrationsmaßnahmen, so daß ein schier unaufhaltsamer Prozeß in Gang gesetzt wurde.

Eine Konstruktion von oben herab

Das Ergebnis war eine von oben geschaffene und ungenügend demokratisch abgestützte Struktur. Wir blicken auf eine schwerfällige Kommission mit heute 27(!) Kommissaren, ernannt und nicht gewählt; auf 37 Generaldirektoren mit fast unbegrenzten Kompetenzen, auf einen Ministerrat, die Vertretung der Regierungen der Mitgliedstaaten, in der Frankreich und Deutschland dominieren; auf ein Parlament mit 785 Mitgliedern und mit wenigen Befugnissen, das eher Demokratie vorspielt, als sie wirklich auszuüben; auf den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg und den Europäischen Rechnungshof, der in den letzten 14 Jahren nie imstande war, die Rechnung der EU abzunehmen und die korrekte Verwendung der Mittel zu attestieren. Wenn man sich vor diesem Hintergrund noch die rund 120.000 Seiten des "Acquis communautaire" vor Augen hält, dann erscheint die Macht der Bürokratie besorgniserregend.

Man sieht die Fehlkonstruktion aber auch am Wirrwarr der Kompetenzen, an der Verwischung der Verantwortlichkeiten.

Zum Beispiel gibt es in der EU drei Präsidenten in Konkurrenzstellung: den Premierminister oder Präsidenten jenes Mitgliedlandes, das die sechsmonatige Präsidentschaft der EU innehat. Den Präsidenten der Kommission (heute Barroso) sowie den Präsidenten der EU, eine mit dem Vertrag von Lissabon neu geschaffene Position (Van Rompuy).

In seinem Buch "Wer regiert die Welt?" (Frankfurt 2011) schildert Ian Morris, wie es dazu kam, daß die vergleichsweise kleinen Staaten Europas in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrtausends das mächtige bürokratische chinesische Reich zu übertreffen vermochten. Warum? Weil in Europa stets Wettbewerb herrschte, oft Streitigkeiten, oft auch Krieg, aber immer Vielfalt. Diese Konkurrenz der Systeme hat es den Europäern erlaubt, die Welt zu erobern.

Die EU ist ein Konglomerat, das der eher ambivalent zu beurteilenden Tradition des französischen Zentralismus entspricht und damit die Diversität Europas demütigt. Zu Recht hat der deutsche Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger in einem seiner neuesten Werke die EU als "sanftes Monster Brüssel" bezeichnet (Berlin 2011).

Das klassische Beispiel einer Fehlkonstruktion ist der Euro. Hunderte von Ökonomen hatten von seiner Bildung abgeraten und vorhergesagt, daß eine einzige Währung für so unterschied-

liche Volkswirtschaften in eine Krise führen würde. Die Einführung des Euro folgte durchaus der Tradition der "Monnet-Methode": Man sprach von Währungsunion, aber im Hinterkopf zielte man darauf ab, die Voraussetzungen zu schaffen, um die politische Union unerlässlich zu machen. Man war sich in Brüssel nur allzu bewußt, daß der Euro früher oder später Spannungen erzeugen mußte.

Diese absehbare Krise sollte genutzt werden, um nachher mehr "Europa" zu verlangen, weitere Vorschriften zu erlassen und stärker zu zentralisieren. Genau das beobachten wir heute. Schon spricht man von einem europäischen Finanzminister und einem gemeinsamen Wirtschaftsministerium.

Der späte Fluch der bösen Tat

Als es um die Implementierung des Euro ging, erhielten die Eurokraten Schützenhilfe einzelner Staaten. Es störte Paris, daß die D-Mark faktisch die Leitwährung Europas war, es war Paris zuwider, immer wieder Opfer zu erbringen, um den Wert des Franc gegenüber der D-Mark zu verteidigen. Weil Deutschland die Wiedervereinigung anstrebte, gab es den Wünschen der Franzosen nach. Der Euro wurde geschaffen. Das Resultat ist bekannt. Dank tiefen Zinsen verschuldete sich Europas Süden dermaßen, daß nun der Zusammenbruch des Euro droht. Jetzt wird dafür die Rechnung präsentiert, die offizielle Reaktion aber - wie es zu erwarten war - lautet: noch mehr Brüssel.

Jeder hat das Recht auf eine eigene Meinung. Wer sich aber für liberal und demokratisch hält, kann zu keinem anderen Schluß kommen, als daß die heutige EU eine Fehlkonstruktion ist. Schlimmer: eine gefährliche Konstruktion.

Tito Tettamanti ist Financier und besitzt namhafte Beteiligungen an in- und ausländischen Firmen. Der Tessiner Alt-Regierungsrat (CVP) war Investor bei Verlagsgeschäften, zuletzt bei der Basler Zeitung Medien AG.

Quelle: Neue Zürcher Zeitung vom 12.10.2011 <<

Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 43 berichtete am 24. Oktober 2011:

>>Das Geld regiert die Welt - oder es dient ihr

Autoren Philippe Mastronardi und Peter Ulrich

Die Staaten haben die Finanzmärkte in die Freiheit entlassen, ohne ihnen Verantwortung zu überbinden. Nun herrscht das Geldsystem über das politische System. Unter dem heutigen Finanzmarktregime wird sich das nicht ändern. Erst wenn sich Geld nur noch im Rhythmus der wirtschaftlichen Realentwicklung vermehren läßt, können spekulative Finanzblasen verhindert werden und stabile Verhältnisse einkehren.

Es mußte soweit kommen, daß Rating-Agenturen ihr Urteil über die Weltmacht USA sowie über verschiedene hoch verschuldete Euro-Länder fällten, bis uns die Einsicht dämmerte, wie verkehrt unsere gegenwärtige Wirtschaftswelt ist. Da entscheiden tatsächlich private Firmen über die Vertrauenswürdigkeit ganzer Staaten und begründen ihr Urteil im Fall der USA etwa damit, es genüge nicht, die Sozialprogramme nur an den Rändern zu beschneiden; sie müßten grundsätzlich reformiert werden.

Je nach Belieben könnte die Begründung auch ganz anders lauten, da die urteilende "Instanz" frei von jeder öffentlichen Rechenschaftspflicht walten kann. Die betroffenen Regierungen wehren sich zwar jedes Mal verbal gegen die Verurteilung, finden aber auf den Finanzmärkten kein Gehör. Die Herrschaft des Ratings kennt keine demokratischen oder rechtsstaatlichen Prozeduren der Gewaltenteilung - sie steht also offenbar über ihnen und ist nicht verhandelbar. Die Wahrheit wird von privat ernannten Experten verfügt. Diese folgen der Logik des Finanzmarktes, nicht der öffentlichen Vernunft.

Daß die Finanzmärkte zunehmend die Realwirtschaft steuern, ist spätestens mit der Finanzmarktkrise von 2008 unübersehbar geworden. Heute wird darüber hinaus klar, wie weitgehend sie auch die Politik der Staaten beherrschen. Eine neue Weltordnung hat sich durchgesetzt:

Die höchste Macht kommt den Prozessen an den Finanzmärkten zu, gefolgt von den Entwicklungen in der Realwirtschaft und schließlich den politischen Prozessen in und zwischen den Staaten.

Die Staaten konkurrieren im internationalen Standortwettbewerb um die günstigsten - sprich: privatwirtschaftlich gewinnbringendsten - Investitionsbedingungen. So ist aus der notwendigen staatlichen Ordnung des Wettbewerbs ein fast regelloser Wettbewerb zwischen den staatlichen Rahmenordnungen geworden. Nun bestimmen die Kapitalverwertungsinteressen von Anlegern, Unternehmern und Managern weitgehend darüber, was ordnungspolitisch "möglich" und "notwendig" ist.

Und da die "Finanzindustrie", die genaugenommen gar nichts produziert, diesen Kapitalverwertungsinteressen naturgemäß am nächsten steht, dominiert sie gegenüber der Realwirtschaft. Diese ist zur Finanzierung ihrer Geschäftsprozesse von einer funktionierenden Geld- und Kreditversorgung und kostengünstigen Finanzdienstleistungen abhängig. Aber diese ursprünglichen Aufgaben im Dienste der Volkswirtschaft stehen längst nicht mehr im Zentrum der Finanzwirtschaft, vielmehr versteht sie sich in erster Linie als privatwirtschaftliche Branche, die mit ihren "Finanzprodukten" möglichst ohne den Umweg über die Realwirtschaft "Geld macht".

Aus genau diesem privatistischen Verständnis heraus ist die Finanzwirtschaft von den meisten Staaten in den vergangenen 30 Jahren weitgehend dereguliert worden, so daß sie kaum noch Beschränkungen unterliegt. Die Macht des Geldes untersteht keiner normativen Verfassung mehr. Als Rechtfertigung für die Entfesselung der Finanzmärkte diente regelmäßig das Argument, daß damit der gesamten Volkswirtschaft neue Dynamik verliehen würde.

Bewirkt wurde - von gewaltigen Einkommens- und Vermögensumverteilungen von den Besitzlosen zu den Besitzenden ganz abgesehen - vor allem eine grundsätzliche Instabilität, die in Krisensituationen politisch kaum mehr beherrschbar ist. Denn die Finanzmarktakteure können jederzeit gegen mißliebige Regulierungsansätze mit der Abwanderung an weniger regulierte Standorte oder mit der Verweigerung benötigter Finanzierungen drohen und damit die nationalen Regierungen erpressen.

Aus durchaus verständlicher Angst vor der Reaktion der Rating-Agenturen und der Finanzmärkte wagt die verantwortliche Politik beispielsweise noch immer nicht den Schritt zu einem geordneten Schuldenschnitt im Falle Griechenlands. So zieht die Finanzwirtschaft alle andern Mächte zur Verantwortung, ist aber ihrerseits nahezu keiner (Gegen-)Macht mehr verantwortlich. Der Satz, wonach das Geld die Welt regiere, gilt radikaler als je zuvor: Neben den einzelnen Kapitaleignern meint er nun auch das globalisierte Finanzsystem als Ganzes. Die persönliche Macht der Geldbesitzer wird durch die systemische Macht einer maßlos kapitalistischen Ordnung überlagert.

Dementsprechend hilflos wirken unter diesen Bedingungen die Bemühungen der Regierungen zur Krisenbewältigung. Die Forderungen der Finanzwelt sollen im je nationalen Kampf um Sparmaßnahmen vorwiegend auf dem Rücken von Arbeitenden und Steuerzahlern befriedigt werden, ohne daß sie auf ihre Legitimität hinterfragt werden. Das läuft allzuoft auf Raubbau am gesellschaftlichen Kitt der Solidarität hinaus und zerstört damit den demokratisch grundlegenden Zusammenhalt der Bürgerschaft.

Vom sonst weitgehend akzeptierten Verursacherprinzip ist auf Grund der skizzierten verkehrten Machtverhältnisse kaum die Rede, wenn es die Finanzbranche betrifft. Ganz im Gegenteil hat das alte Diktum von der Privatisierung der Gewinne und der Sozialisierung der Verluste eine vor der Finanzkrise so kaum gemeinte Bedeutung erhalten.

Nichts anderes sind die meisten Maßnahmen zur Stützung der systemrelevanten Banken - man denke an die Übernahme ihrer "Schrottpapiere" durch die Zentralbanken, die sogenannten "Rettungsschirme" und "Quantitative easing-Programme" (Vergrößerung der Geldmenge mit-

tels Ankauf von Staatsanleihen, Devisen usw.). Wenn auch nicht allein deshalb, so doch zu einem wesentlichen Teil ist deswegen die öffentliche Schuldenlast vieler Staaten sprunghaft angestiegen. So ist aus der Finanzmarktkrise eine nur mehr schwer einzudämmende internationale Schuldenkrise geworden.

An der Wurzel angepackt hat die internationale Politik das Übel bisher nicht. Man begnügt sich mit immer weiteren, zum Teil konzeptlos anmutenden Symptomtherapien. Systeminterne Retuschen verschaffen aber höchstens einen Zeitgewinn und verschieben den gefürchteten Zusammenbruch des Systems auf einen späteren Zeitpunkt, in dem er vermutlich noch heftigere Wirkungen zeitigen wird. Gewiß sind viele Staaten teilweise selbst dafür verantwortlich, daß sie sich in so hohem Masse verschuldet haben:

Sie haben opportunistisch versucht, im Standortwettbewerb von der Dynamik der Finanzwelt zu profitieren. Damit haben sie sich von dieser abhängig gemacht, statt ordnungspolitisch vorbeugend für kontrollierbare Verhältnisse mit begrenzten Risiken zu sorgen. Aus diesem Teufelskreis gilt es auszubrechen.

Diese knappe Analyse zeigt bereits, daß eine tiefer greifende Systemreform nötig ist. Es braucht eine globale Finanzmarktverfassung, welche die aufgeblähten Finanzmärkte wirksam an die Entwicklung der Realwirtschaft zurückbindet und die Staaten nicht weiter Spielball der finanziellen Spekulation sein läßt.

Wie kann das Geld vom Herrn zum Diener der Welt gemacht werden? Die Staaten müssen die Geld- und Kreditversorgung als volkswirtschaftliche Infrastruktur begreifen und ernst nehmen. Nötig ist eine grundsätzliche Reform der Finanzmarktverfassung, die auf folgenden konzeptionellen Grundlagen beruht:

1. Die Versorgung der Wirtschaft mit Geld und Kredit ist eine öffentliche Aufgabe: Der Finanzmarkt ist kein gewöhnlicher Markt, in dem die Privatautonomie jedes einzelnen Teilnehmers das höchste Gut ist, sondern ein öffentlicher Raum, in welchem eine grundlegende volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Aufgabe zu erfüllen ist. Die Finanzbranche hat einen Service public zu erbringen.

Die moderne Wirtschaft kann nur auf der Grundlage einer Staatsverantwortung für die Versorgung mit Geld und Kredit funktionieren. Was ökonomisch als Markt betrachtet wird, gehört aus ordnungspolitischer Sicht zu den grundlegenden Rahmenbedingungen einer leistungsfähigen Volkswirtschaft und muß deshalb rechtlich und politisch als Staatsaufgabe gestaltet werden. Wieviel von dieser Staatsaufgabe mit marktnahen Mitteln und durch private Akteure wahrgenommen werden kann, soll demokratisch entschieden werden.

2. Das herkömmliche Aufsichtsmodell - das Konzept staatlicher Kontrolle über den Markt - ist abzulösen: Nach dem Paradigma des "freien Marktes" wurde bis anhin der Finanzmarkt auf der Grundlage eines Aufsichtsmodells geregelt: Im Grundsatz galt für alle Akteure die Wirtschaftsfreiheit. Der Staat übte lediglich eine polizeiliche Aufsicht aus, um Mißbräuche oder schädliche Auswirkungen zu verhüten oder zu beheben. Dabei folgte er der Problementwicklung immer nur reaktiv und korrektiv, ohne die tiefer liegenden Ursachen und ihre Dynamik je in den Griff zu bekommen.

Finanzmarktkrisen waren nach diesem Modell hinzunehmen, weil sie den Preis der Wirtschaftsfreiheit bildeten. Sie konnten lediglich Anlaß dazu sein, die Aufsicht zu verschärfen und die Rahmenbedingungen zu stärken. Jetzt erleben wir, daß dieses Modell versagt.

3. Die zukünftige Finanzmarktverfassung hat sich am Gewährleistungsmodell zu orientieren: Wenn die Versorgung der Wirtschaft mit Geld und Kredit eine Staatsaufgabe ist, ist sie von vornherein als öffentliche Infrastrukturleistung zu gestalten, ähnlich wie beispielsweise das Rechts-, das Bildungs-, das Verkehrs- und das Energieversorgungssystem. An die Stelle des Aufsichtsmodells tritt damit das Gewährleistungsmodell: Der Staat gewährleistet die Versorgung der Wirtschaft mit Geld und Kredit unter Beiziehung Privater.

Was bedeutet dieses Gewährleistungsmodell? Es umfaßt drei Teilverantwortungen, die zwischen Staat und Privaten aufgeteilt werden können: Der Staat hat einen funktionierenden Finanzmarkt zu gewährleisten, welcher die Versorgung der Wirtschaft mit Geld und Kredit sicherstellt (Gewährleistungsverantwortung). Er kann damit private Dienstleister beauftragen, welche die öffentliche Aufgabe nach den staatlichen Vorgaben und Zielen zu erfüllen haben (Erfüllungsverantwortung). Versagen die Privaten in ihrer Leistungspflicht oder überschreiten sie die Grenzen ihres Mandats, kann der Staat die Aufgabe wieder an sich ziehen oder Dritten übertragen (Auffangverantwortung).

Staatsaufgabe bedeutet also nicht Verstaatlichung! Gemäß dem modernen Konzept der Public Governance können öffentliche Aufgaben in unterschiedlichster Weise durch ein Zusammenspiel des Staates mit Privaten erfüllt werden.

Umfassend ist nur die Staatsverantwortung für die Erbringung einer gemeinwohldienlichen Leistung. Inwieweit der Staat diese Leistung selbst erbringt, ist Sache der konkreten Ausgestaltung. Diese ist demokratisch zu bestimmen.

Im Bereich des Finanzmarktes wird eine Aufgabenteilung zwischen einer autonomen staatlichen Instanz (der Zentralbank, in der Schweiz "Nationalbank" genannt) und der privaten Finanzbranche zu suchen sein. Die Erfahrung zeigt freilich, daß der Zentralbank wesentlich mehr Kompetenzen zugesprochen werden müssen als bis anhin.

4. Im Finanzbereich ist der Vorrang der Demokratie vor der Wirtschaftsmacht durchzusetzen: Die Staaten müssen den Banken die private Geldschöpfung wieder entziehen. Denn heute entsteht neues Geld zum größten Teil durch Kreditschöpfung, indem sich jemand bei einer Bank verschuldet. Auf Grund der geringen Eigenmittelanforderungen können die Geschäftsbanken auf diesem Weg riesige Volumen an sogenanntem Buchgeld schaffen, das großenteils spekulativen Zwecken auf den Finanzmärkten dient.

Deshalb haben die Zentralbanken die Kontrolle über die Geldmenge verloren. In Zukunft soll auch Buchgeld - wie die Münzen und Banknoten - gesetzliches Zahlungsmittel sein, das nur von der Zentralbank geschöpft werden kann (sogenannte Vollgeldreform). So wird das gesetzliche Geldmonopol wiederhergestellt. Die Zentralbank (Nationalbank) gibt so viel Geld in Umlauf, wie es die Entwicklung der Volkswirtschaft erfordert.

Damit sorgt sie dafür, daß die Geldmenge das Volumen der Realwirtschaft abbildet. Den Banken verbleibt die Verteilung und Verwaltung des Geldes: der Zahlungsverkehr, die Kreditvergabe (soweit sie vom Vollgeld abgedeckt ist) sowie Finanzdienstleistungen für die Realwirtschaft und die Vermögensverwaltung für Private.

Die Zentralbanken bestimmen auch die Grenzen der zulässigen Wirtschaftstätigkeit der Finanzbranche. Sie unterstellen bestimmte Tätigkeiten einer Bewilligungspflicht und verhindern volkswirtschaftlich schädliche Finanzprodukte. Sie verbieten zum Beispiel Wetten auf die Zahlungsunfähigkeit von Staaten.

Zu diesem Zweck werden auf nationaler Ebene verfassungsrechtliche Regelungen nötig, die klarstellen, welche Entscheide demokratisch zu treffen sind, welche an die Zentralbank delegiert werden sollen und welche der Finanzbranche anvertraut werden dürfen.

Das Geld kann zum Diener der Welt gemacht werden, sobald wir erkennen, daß es uns zu versklaven droht. Geld macht frei, aber nur, wenn wir es unserer demokratischen Verantwortung unterstellen.

Die beiden Autoren sind emeritierte Lehrstuhlinhaber an der Universität St. Gallen: Philippe Mastrorandi für öffentliches Recht, Peter Ulrich für Wirtschaftsethik. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 29. Oktober 2011 (x887/...): >>**Brüsseler Scheindemokratie**

"Mehr Europa"? - Bundesbürger sind im EU-Parlament stark unterrepräsentiert

Die endlosen Streitereien über die sogenannten Rettungsschirme haben schwere Konstrukti-

onsfehler von Euro-Zone und EU aufgedeckt. Im Gestrüpp der Zuständigkeiten und Hoheitsrechte sind kaum noch tragfähige Einigungen zu erzielen. Als Lösung fordern immer mehr Verantwortliche, auch die deutsche Kanzlerin Angela Merkel: "Wir brauchen mehr Europa!" Sprich: eine noch weitergehende "Integration" auf Kosten der nationalen Selbständigkeit.

Unklar bleibt jedoch, was darunter genau zu verstehen ist. Würde beispielsweise eine "Fiskalunion" eingeführt, wo die Steuern aller EU-Bürger zusammenfließen, würde die Mehrheit der schwachen Länder letztlich über das Steuergeld der starken verfügen, weil die Zahlerländer deutlich in der Minderheit sind. Die Deutschen zählen mit Sicherheit zu den Hauptverlierern. Zudem sind die europäischen Instanzen wie EU-Kommission, EU-Ratspräsident oder die Leitungsgremien der Rettungsschirme alles andere als demokratisch gewählt. So entstünde also zudem ein verfassungsrechtliches Problem.

Dem wollen die Befürworter von "Mehr Europa" mit einer Stärkung des EU-Parlaments begegnen. Doch auch hier steht es schlecht um grundlegende demokratische Prinzipien. So kommen in Deutschland mit seinen 99 Sitzen bei gut 81 Millionen Einwohnern mehr als 800.000 Bewohner auf einen Platz im Parlament. Malta verfügt hingegen mit seinen nur 418.000 Einwohnern über sechs Sitze, das heißt: Die Stimme eines einzigen Maltesers hat ein stärkeres Gewicht im EU-Parlament als die von mehr als elf Deutschen. Und ab 2014 soll Deutschland auch noch drei Sitze einbüßen, während alle anderen Staaten ihre Parlamentsstärke behalten.

Würden die Deutschen mit Maltesern oder Luxemburgern (sechs Sitze bei 511.000 Einwohnern) gleichgestellt, müßte Deutschland mehr als 1.000 Abgeordnete ins EU-Parlament entsenden. Sollte hingegen die Repräsentanz Luxemburgs und Maltas auf deutsches Niveau reduziert werden, müßten sich die beiden Zwergstaaten einen einzigen Parlamentarier teilen. Damit könnte eine gerechte Vertretung der Wähler im Parlament hergestellt werden. Die Widerstände gegen eine solche Reform würden indes vermutlich schnell enthüllen, wie ernst es den Politikern der EU wirklich ist mit dem Aufbau eines "demokratischen Europas der Bürger".<<

Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) schrieb am 18. November 2011 in der "New York Times" über die europäische Einigung (x347/338): >>Wir können eine politische Union nur durch eine Krise erreichen. ... Was wir mit der Fiskalunion bezwecken, ist ein kurzfristiger Schritt für die Währung. Längerfristig benötigen wir die politische Union. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 19. Mai 2012 (x887/...): >>**Eingelullt und passiv geworden**

Schuldenkrise als Folge des Wohlfahrtsstaates und schwacher Persönlichkeiten

Der Titel beinhaltet den Tenor des Buches "Die Pleite-Republik. Wie der Schuldenstaat uns entmündigt und wie wir uns befreien können": Die gegenwärtige Euro-Krise bringt zum Vorschein, daß der westliche Wohlfahrtsstaat schon lange über seine Verhältnisse lebt, daß er dabei gleichzeitig unsere individuelle Freiheit immer mehr eingeschränkt hat, weshalb ein Umdenken notwendig ist, um nicht die Fähigkeit zum Streben nach Glück, diese Überzeugung der europäischen Aufklärung, zu verlieren. Denn "das Pathos dieses Rationalismus läßt sich nicht so leicht entmachten und entmündigen".

Der Autor verschweigt nicht, daß solches Pathos eine einheitliche Persönlichkeitsstruktur voraussetzt, an der es nach den Erkenntnissen moderner Dichter, Denker und Wissenschaftler aber mittlerweile mangelt. Da liegt ein unaufgelöster Widerspruch. Vielleicht kann uns der Wohlfahrtsstaat auch deswegen so leicht entmündigen, weil unsere moderne Persönlichkeit in sich zerfallen ist.

Der erwähnte Tenor wird nun in den einzelnen Kapiteln näher untermauert. Die Einführung des Euro ist zwar nicht kausal für den hier und da in seiner Zone drohenden Staatsbankrott verantwortlich, hat ihn aber begünstigt, sofern die Wohlfahrtsstaaten seiner Zone mit erleich-

terten Kreditmöglichkeiten ihre "Partys feiern" konnten, wie der Autor sich ausdrückt. Dies und daß die Maastrichter Kriterien Makulatur sind, nachdem gerade Deutschland und Frankreich zu Beginn der 2.000er Jahre mit deren Mißachtung angefangen hatten, kann man, wie manche andere zwar skandalöse, aber unbestreitbare Einzelheit (etwa die rechtswidrige Übergehung der "no-bail-out-Klausel") und begründete Bankschelte, auch anderswo schon länger lesen.

Auffallender ist schon die Auffassung, daß die Mehrheitsdemokratie schon ganz prinzipiell zur Aufblähung des Wohlfahrtsstaates und damit zur Pervertierung der ursprünglichen sozialstaatlichen Aufgabe der Absicherung gegen Risiken neige, mit den Ergebnissen, die uns die gegenwärtige Krise beschert. Denn die Politiker, die nach kurzer Zeit wiedergewählt werden wollen, dienen sich ihren Wählern durch finanzielle Wohltaten an, die sie unter dem Deckmantel (der Autor ist ein leidenschaftlicher Liberaler, ohne deshalb FDP-Propaganda zu verbreiten) der sozialen Gerechtigkeit und Gleichheit auf den Weg bringen.

Zu diesem Zweck muß der Staat sich als finanzieller Umverteiler in großem Ausmaß engagieren, aber auch umfangreiche Schulden machen, die herzloserweise auf die nachfolgenden Generationen abgewälzt werden. Welchen konkreten Sinn diese Wohltaten haben, bleibt oft genug dahingestellt, da sie stets mit den Phrasen von Gerechtigkeit und Gleichheit begründet werden. Ein gutes Beispiel ist das Betreuungsgeld, dessen familienfreundliche Etikettierung nicht darüber hinwegtäuscht, daß die Geburtenraten deswegen so gut wie gar nicht steigen, weil das In-die-Welt-Setzen von Kindern nun einmal nicht "ökonomisiert" werden kann.

Angesichts dessen kann man unsere Form der Mehrheitsdemokratie als die zwar historisch siegreiche Staatsform, aber nicht unbedingt als die bewährteste betrachten. Denn sie hat zu dem vernichtenden Befund beigetragen (zitiert nach dem Nobelpreisträger 1995 für Ökonomie, Robert E. Lucas): "Der europäische Wohlfahrtsstaat ist inzwischen so teuer, daß die Brücke zwischen Arbeitserfolg und dem, was man davon haben will, dem Lebensstandard, nachhaltig zerstört ist." ...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 8. Dezember 2011: >>EU am Scheideweg

Die öffentliche und die verborgene Seite der Krise

... Grundzüge einer Fiskalunion schaffen

"Nach meiner festen Überzeugung wird das 21. Jahrhundert ein sehr viel zukunftsweisender Ansatz als der Rückfall in die Regelungsmonopolstellung des klassischen Nationalstaates vergangener Jahrhunderte", referierte Schäuble vor den Bankern.

"Ich möchte Ihnen ganz klar sagen, daß ich ziemlich überzeugt bin, daß wir in einer Zeit von weniger als 24 Monaten in der Lage sind und in der Lage sein werden, das europäische Regelwerk so zu verändern. Wir brauchen nur das Protokoll Nr. 14 im Lissabonvertrag so aufzubauen, daß wir daraus die Grundzüge einer Fiskalunion schaffen (...)"

So einfach ist das, wenn es nach Wolfgang Schäuble geht, mit diesem neuen Europa, das künftig die Wirtschafts- und Finanzpolitik für die Staaten der Euro-Zone übernehmen soll.

Und wer das so formuliert wie der Finanzminister, der vermittelt den Eindruck, als handele es sich bei dem, was Kanzlerin Merkel und Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy planen, um eine ganz normale, fast schon alltägliche Änderung politischer Abläufe.

Ein Wandel historischen Ausmaßes

Dabei geht es um einen historischen Wandel, dessen Ausmaß vielen Bürgern wohl noch gar nicht bewußt ist.

"Die planen die Wiedereinsetzung eines Wiener Kongresses in Brüssel", ereiferte sich der SPD-Europaparlamentarier Martin Schulz auf dem SPD-Parteitag in Berlin, ohne auf Interesse zu stoßen.

"Alle halbe Jahre kommen 17 Regierungschefs hier zusammen, tagen hinter verschlossenen Türen, teilen anschließend ihren erstaunten Untertanen mit, worauf sie sich meistens nicht

verständlich haben, und das nennen sie Wirtschaftsregierung. Ich meine, wir leben nicht in Zeiten des Feudalismus", schimpfte er.

Der von Schulz angestellte Vergleich ist nicht falsch. Tatsächlich wird Europa neu geordnet, und zwar nicht nur finanzpolitisch, sondern machtpolitisch und geographisch.

Wie beim Wiener Kongreß 1814/1815

Nichts anderes geschah 1814/1815 im Wiener Palais am Ballhausplatz. Und noch eine Parallele drängt sich auf: Damals wie heute mißachteten die Herrschenden die Freiheits- und Selbstbestimmungsbedürfnisse der Menschen.

In diesem neuen Europa soll der Euro-Raum näher zusammenrücken, die Briten könnten an Einfluß und Bedeutung verlieren. Mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) wird ein weiteres Herrschaftsinstrument geschaffen.

Aber beseitigt das die Ursachen der Krise? Wer dieser Tage etwa 200 Experten im Berliner Hotel "Adlon" am Brandenburger Tor zugehört hat, der mag das kaum glauben. Unter dem Motto "Auslaufmodell Euro - Lösungswege für Europa" diskutierten unter anderen die Professoren Marcus Kerber von der TU Berlin, Thorsten Polleit von der Frankfurt School of Finance and Management, Eberhard Hamer als Vorsitzender der Deutschen Mittelstandsstiftung e.V. und Wilhelm Hankel miteinander.

Anders als in der Politik ging die Debatte soweit, daß sogar das Geldsystem als solches in Frage gestellt wurde. Einig waren sich einige Teilnehmer darüber, den Banken das Recht der Geldschöpfung zu nehmen. Wer es nicht weiß: Bei jeder Kreditvergabe schaffen die Banken neues Geld, da ihr Kreditvolumen das der Einlagen bei Weitem übersteigt.

Wem steht das Recht der Geldschöpfung zu?

Das Recht der Geldschöpfung solle allein der Zentralbank zustehen. Debattiert wurde auch über umlaufgesichertes Geld oder Schwundgeld, das permanent im Wert sinkt. All diese Themen spielen in der politischen Debatte keine Rolle.

In der Summe stehen diese Eindrücke, angefangen von Schäubles Rede vor den Bankern über den Vergleich mit dem Wiener Kongreß bis hin zu den Überlegungen zum Geld im "Adlon" in einem seltsamen Kontrast zu den täglichen Nachrichten aus Politik und Wirtschaft.

Sie offenbaren etwas, das vordergründig nicht in Erscheinung tritt. Fast scheint es zwei Wirklichkeiten zu geben. Die eine wird als Projektion von Gipfelbildern und Fensterreden wahrgenommen. Die andere bleibt meist verborgen.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 29. Mai 2012: >>**Joschka Fischer: Deutsche sollen zahlen**

Joschka Fischer hat die Deutschen aufgefordert, für die Schulden der anderen Euro-Staaten aufzukommen. In einem Aufsatz für den amerikanischen Thinktank projectsyndicate.com schrieb der frühere Außenminister, Deutschlands "Macht und Wohlstand" sollten zur Rettung der EU eingesetzt werden.

Laut Fischer hätten die Deutschen sich im 20. Jahrhundert zweimal selbst vernichtet. "Es wäre sowohl tragisch als auch ironisch, wenn das wiedervereinigte Deutschland, obwohl friedlich und mit den besten Absichten, die europäische Ordnung ein drittes Mal ruinieren würde", so der grüne Spitzenpolitiker.

Als Konsequenz solle Deutschland seine Mittel einsetzen, um die Schuldner der Euro-Zone freizukaufen. Die Bundesrepublik müsse einer Fiskalunion zustimmen. Unbegrenzt solle die Europäische Zentralbank künftig die Staatsanleihen der Schuldnerstaaten ankaufen. Zudem sollten Schulden durch die Ausgabe von Eurobonds "europäisiert" werden. Schließlich sollten neue Wachstumspakete aufgelegt werden, um den Wiederaufbau zu unterstützen. Andernfalls drohe der Zerfall des Euro und der totale Niedergang des Kontinents.

Merkel löscht Feuer mit Benzin

Den Argumenten der Gegner dieser Schuldenpolitik hielt Fischer entgegen, daß die deutsche

Wirtschaft heute nur durch die schuldenfinanzierten Pakete von China und Amerika so gut dastehe. Er übte harsche Kritik an Angela Merkel wegen der "dogmatischen Sparpolitik". Die Kanzlerin versuche das Feuer mit Benzin zu löschen.

Projectsyndicate ist eine private Denkschule, die Artikel von Publizisten durch ein Netz von Zeitungen verbreitet. Sie wird indirekt von dem amerikanischen Multimilliardär George Soros unterstützt.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 12. September 2012: >>**Bundesverfassungsgericht billigt ESM-Vertrag unter Auflagen**

Das Bundesverfassungsgericht hat die Eilanträge gegen den ESM-Vertrag zurückgewiesen. Die Karlsruher Richter billigten damit den permanenten Euro-Rettungsschirm, allerdings unter Auflagen. So muß die Bundesregierung sicherstellen, daß die Haftung Deutschlands auf 190 Milliarden Euro begrenzt ist. Weitere Einzahlungen in den ESM dürften nur mit Zustimmung des Bundestags erfolgen.

Geklagt hatten unter anderem der CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler, die Professoren Karl Albrecht Schachtschneide, Wilhelm Nölling, Wilhelm Hankel und Bruno Bandulet, die Linksfraktion im Bundestag sowie das von Ex-Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin (SPD) unterstützte Bündnis "Europa braucht mehr Demokratie".

Abgelehnt wurde auch der Eilantrag Gauweilers, dem Bundespräsidenten so lange zu untersagen, das Gesetz zum ESM-Vertrag zu unterzeichnen, bis die Europäische Zentralbank ihre Ankündigung, unbegrenzt Staatsanleihen von angeschlagenen Euro-Staaten aufzukaufen, zurückgenommen habe. Gauweiler habe hierfür keine ausreichende Begründung geliefert, sagte der Präsident des Gerichts, Andreas Voßkuhle.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 21. September 2012: >>**Alle sind glücklich**

Euro-Rettung: Nach der ESM-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts herrscht über die Parteigrenzen hinweg Erleichterung.

Es ist das Kunststück gelungen, alle Beteiligten in jedweder Weise glücklich zu machen", wunderte sich Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) in seiner bekannt ironischen Art über die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum ESM und die Reaktionen im Berliner Reichstag darauf. In der Tat ließen einige Stellungnahmen zum Gerichtsbeschluß, der die deutsche Haftung auf zunächst 190 Milliarden Euro begrenzt, erstaunen: "ESM sind die Zähne gezogen. Haftungssumme, Immunität und Dauerhaftigkeit waren unsere Hauptkritikpunkte", verbreitete der FDP-Bundestagsabgeordnete Frank Schäffler per Twitter. Schäffler ist einer der namhaften Kritiker der Euro-Rettungspolitik.

Aber auch Kritiker aus dem Lager der Union rühmten den Urteilsspruch: "Noch nie hat das Bundesverfassungsgericht die Ratifikation eines völkerrechtlichen Vertrages davon abhängig gemacht, daß der Bundespräsident bei der Ratifikation völkerrechtliche Vorbehalte erklärt", freute sich CSU-Eurorebell Peter Gauweiler - ignorierend, daß die regelmäßig Verträge brechenden europäischen Regierungen die Fußnoten aus deutschen Juristenstuben von vornherein ignorieren dürften.

Daß Reaktionen auf Karlsruher Urteile an den Zug der Lemminge erinnern, ist gerade bei Entscheidungen mit finanzpolitischem Hintergrund nicht neu. So rühmten stets alle Beteiligten die Entscheidungen zum Länderfinanzausgleich, um einige Zeit später festzustellen, daß Urteile keine Politik ersetzen, weil diese längst andere Wege geht. So auch hier. Schäffler rühmt zu der vom Gericht skizzierten Haftungsbegrenzung: "Zwar sind 190 Milliarden weg, doch der Schaden wird begrenzt."

Die Argumentation blendet aber die Haftung Deutschlands an anderer Stelle aus. So haftet Berlin für den ersten Schirm EFSF mit 253 Milliarden, für den inzwischen vergessenen kleinen EU-Schirm EFSM mit zwölf Milliarden, für das erste Griechenland-Rettungspaket mit 17

Milliarden, für den IWF-Beitrag zu Rettungspaketen mit 15 Milliarden und für die Staatsanleihenkäufe der Europäischen Zentralbank (EZB) mit 57 Milliarden. Sollte ein europäischer Einlagensicherungsfonds zur Rettung spanischer, italienischer und griechischer Sparguthaben mit einem geschätzten Volumen von 197 Milliarden kommen, würde Deutschland mit 55 Milliarden in die Haftung genommen.

Die größte Lawine könnte sich bei der Deutschen Bundesbank lösen: Sie hat 751,4 Milliarden Target-2-Ausleihungen an Euro-Südländer in der Bilanz. Wenn diese Bürgschaften fällig würden, würde Deutschland in einen Zustand geraten, der früher Zinsknechtschaft genannt wurde.

Vor diesem Hintergrund wundert nicht, daß selbst die linksliberale Süddeutsche Zeitung inzwischen ins Lager der Kritiker wechselte und "Ein Gericht gibt auf" titelte. Ganz anders der FDP-Vorsitzende Philipp Rösler, dessen Partei mit ihrer Zustimmung zur Rettungspolitik ihre letzte Chance, ernst genommen zu werden, verpaßte: Es sei ein guter Tag für Deutschland, und "es war immer das Ziel der FDP, die Haftung zu begrenzen".

Die "überparteiliche Erleichterung" (Frankfurter Allgemeine Zeitung) über das Urteil nahm teilweise groteske Züge an. Als SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier die "Klarheit" lobte, daß das Gericht der großen Mehrheit des Parlaments gefolgt sei, bekam er Beifall von vier der fünf Fraktionen. Von der Bundestagstribüne aus beobachtete dpa-Korrespondentin Kristina Dunz eine Szene kurz nach der Urteilsverkündung, als Kanzlerin Merkel auf Steinmeier, SPD-Chef Sigmar Gabriel und den SPD-Parlamentsgeschäftsführer Thomas Oppermann zuzuging. Sie schilderte: "Alle vier lachen, der Händedruck dauert lang. Man meint, sie beglückwünschen sich. Karlsruhe hat ein Urteil in ihrem Sinne gefällt. Für sie ist es ein gutes Urteil. Großer Druck fällt ab."

Der Bericht hätte auch im Neuen Deutschland stehen können - vor einigen Jahrzehnten, als sich in der Volkskammer ebenfalls stets alle einig waren. Selbst Linksfraktionschef Gregor Gysi sah das Urteil positiv: "Wir haben die Haftung für die deutsche Bevölkerung begrenzt und wir haben für mehr Demokratie gesorgt." Daher könnten die anderen Fraktionen für die Klage der Linken eigentlich dankbar sein, scherzte er noch.

Während Merkel von einem guten Tag für Deutschland und Europa sprach, erkannte Klaus-Peter Willsch (CDU) ein schlechtes Urteil für Deutschland. Aber auch Schäffler war klar, daß das Rettungsspiel jetzt auf einem anderen Platz ausgetragen wird: "Deshalb nehmen die Rettungseuropäer billigend in Kauf, daß die EZB die Druckerpresse anwirft."

Berliner Politiker versuchten sich bereits mit Einladungen an Europas neuen Platzhirsch, den EZB-Chef Mario Draghi, zu übertreffen. Nachdem Lammert Europhoriker in seiner Fraktion nur mit Mühe davon abhalten konnte, Draghi (wie zuletzt dem Papst) Rederecht im Plenum einzuräumen, soll der EZB-Chef, dessen Politik zur "Zerrüttung der Währung bei gleichzeitiger Enteignung der Sparer führen" wird (Schäffler), jetzt im Europa-Ausschuß und im Haushaltsausschuß auftreten.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 4. Februar 2013 (x892/...): >>EU-Beamte verdienen mehr als Merkel

Nach einem Bericht der FAZ von heute verdienen Tausende von EU-Beamten mehr als Bundeskanzlerin Merkel oder andere europäische Regierungschefs. Der Bundestagsabgeordnete und Kritiker der Eurorettungspolitik Frank Schäffler (FDP) hatte in einer Anfrage im Deutschen Bundestag nach den Gehältern der EU-Beamten gefragt und nun von der Bundesregierung diese Antwort erhalten. Schon Beamte der mittleren Führungsebene bekommen unter bestimmten Umständen netto mehr als unsere Kanzlerin.

Frau Merkel bekommt als Bundeskanzlerin ein Grundgehalt von 16.800 Euro im Monat und zahlt davon 5.600 Euro Steuern. Das sind netto 11.200 Euro plus einer Aufwandsentschädigung von 1.000 Euro.

Ein EU-Beamter der mittleren Führungsebene in der EU-Kommission, im Rat oder im EU-Parlament bekommt nach nur vier Dienstjahren 12.500 Euro netto (verheiratet, zwei Kinder, nicht in seinem Heimatland tätig). Generaldirektoren der EU, die die höchste Besoldungsstufe bekommen erhalten ein Nettogehalt unter den gleichen Bedingungen von 16.500 Euro. Allein in der der mittleren Führungsebene sind derzeit 4.400 Beamte tätig.

Während es früher hieß: "Wer nix wird, wird Wirt", gilt heute der Satz "Wer nix wird, geht in die EU-Bürokratie". Allerdings liegt das Einkommen der EU-Beamten weit über ihre Leistungen. Der britische Premierminister David Cameron, dessen Gehalt dessen Bruttoeinkommen bei 11.875 Pfund liegt und damit ebenfalls unter dem vieler EU-Beamter hat deshalb Einschnitte bei den EU-Verwaltungsausgaben zur Bedingung seiner Zustimmung zum EU-Haushalt gemacht.

Derzeit laufen die Verhandlungen über den EU-Finanzrahmen für die Jahre 2014-2020. Die EU-Kommission will für diesen Zeitrahmen etwa eine Billionen Euro aus den Mitgliedsstaaten eintreiben, also etwa 166 Milliarden Euro pro Jahr. Der Hauptanteil davon darf der deutsche Steuerzahler übernehmen.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 20. Februar 2013 (x892/...): >>**Fiskalunion und Subsidiarität**

Die Eurokraten setzen schon seit langem alles daran, eine sogenannte Fiskalunion durchzusetzen. Was darunter genau zu verstehen ist und wie diese funktionieren soll, wird bewußt im Unklaren gelassen. Doch das Prinzip der Fiskalunion entspricht in etwa dem deutschen Länderfinanzausgleich, der alles andere als erfolgreich ist und gegen den derzeit erneut eine Klage der Bundesländer Bayern und Hessen läuft. Eine EU-Fiskalunion soll Gelder aus den Mitgliedsstaaten der EU einnehmen und diese dann über einen EU-Finanzminister umverteilen. Ein konkreter Vorschlag für eine solche Fiskalunion wurde jetzt vorgelegt und durchgerechnet.

Im Auftrag des Beratungsunternehmens PWC hat der Wirtschaftswissenschaftler Thomas Straubhaar einen konkreten Vorschlag für eine europäische Fiskalunion vorgelegt. Durch diesen Vorschlag werden die konkreten Folgen einer solchen Umverteilungsmaschine deutlich.

Jedes Euroland zahlt 10 Prozent seiner Steuereinnahmen in einen EU-Topf ein. Aus diesem Topf werden dann sogenannte schwache Länder wie Griechenland, Portugal usw. zur Stärkung ihrer Wirtschaft unterstützt.

Zudem muß jeder Arbeitnehmer in der Eurozone 2 Prozent seines Einkommens in eine EU-Arbeitslosenkasse einzahlen. Für Deutschland bedeutet dies, wie Straubhaar ausgerechnet hat, 40 Milliarden Euro netto zusätzlich, zu den bereits jetzt an die EU zu zahlenden deutschen Steuergeldern. Das ist etwa das Vierfache des jetzigen Nettobetrag.

Hinter der Ideologie einer Fiskalunion, die in Deutschland besonders von der vereinigten Linken (GRÜNE-SPD-LINKE) propagiert wird und unter einem SPD-Bundeskanzler sehr wahrscheinlich realisiert wird, steht die Vorstellung, daß Unterschiede in der Wirtschaftskraft der Staaten durch Geld zu beheben sind und die egalitaristische Ideologie, daß es solche Unterschiede nicht geben darf, denn alle müssen gleich sein.

Daß diese Ideologien sich schon hundertmal widerlegt haben, spielt dabei keine Rolle. Ein ganz offensichtliches Beispiel, daß dies nicht funktioniert, ist der Länderfinanzausgleich. Es sind drei Länder die einzahlen und alle anderen kassieren. Und diejenigen, die kassieren - allen voran das rote Berlin - sind nicht daran interessiert, daß sich dies ändert, denn wenn man Geld bekommt ohne Gegenleistung müßte man schon blöd sein, wenn man dies ablehnt und statt dessen die eigene Leistung erhöht.

Im Hintergrund dieser Diskussion stehen aber eine Mißachtung und eine Umdeutung von naturrechtlichen Prinzipien, nämlich den sozialen Grundprinzipien der Subsidiarität und der

Solidarität, die komplementär sind.

Aufgaben, die eine Gemeinschaft aus einer Kraft bewältigen kann, müssen dieser Gemeinschaft selbst überlassen werden. Alles was dagegen verstößt ist in höchstem Maße ungerecht, wie Papst Pius XI. deutlich erklärte. Die Förderung der Wirtschaft, sofern der Staat hier überhaupt eine Kompetenz hat, was man bezweifeln kann, ist dann am ehesten und am Besten in den Nationalstaaten zu leisten, selbst innerhalb eines gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialraumes Europa.

Erst recht gilt dies für die Arbeitslosigkeit. Auch hier gilt allerdings, daß zunächst die Betroffenen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer bzw. Arbeitslose, dieses Problem zu lösen haben und sicher nicht der Staat. Eine von Arbeitgebern und Arbeitnehmern paritätisch geführte Arbeitslosenversicherung ohne staatliche Einmischung wäre deshalb das geeignete Instrument. Zudem könnte sich der Staat dann nicht zur Deckung von Finanzlücken aus einer solchen Kasse bedienen.

Sollten die Nationalstaaten nicht in der Lage sein, ihre wirtschaftlichen Probleme zu lösen, dann ist Solidarität angebracht. Doch Solidarität bedeutet nicht Gleichmacherei, sondern Hilfe zur Selbsthilfe im Falle von Not. Not allerdings gibt es in den Eurostaaten erst, seitdem die EU in alle Lebens- und Wirtschaftsbereiche eingreift und durch die Einführung des Euro ungleiche Staaten gleich behandelt werden, wodurch schwache Staaten nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Und die hunderte milliardenschweren Rettungsschirme kommen nicht den notleidenden Familien in den Staaten zugute, sondern einzig und allein den Banken.

Daß dieses ganze System vor dem Zusammenbruch steht, hat seinen Grund vor allem anderen in der Mißachtung fundamentaler naturrechtlicher Prinzipien und durch eine immer weitere Mißachtung wird der Zusammenbruch bestenfalls hinausgeschoben, dafür dann aber um so gewaltiger.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. März 2013 (x887/...):

>>**Deutsche sollen noch mehr bluten**

Töchter des Euro-Rettungsfonds ESM und neue Hilfskassen sollen weitere Milliarden Euro umverteilen

Der Zugriff der Europäischen Union auf das Geld der Deutschen nimmt immer größere Ausmaße an. Dabei brachte Deutschland bereits in der Vergangenheit fast die Hälfte des EU-Nettohaushaltes auf. Wie der Heidelberger Volkswirtschafts-Professor Franz-Ulrich Willeke errechnet hat, trugen die Bundesbürger in den Jahren 1991 bis 2011 allein 45 Prozent des Nettobudgets, was insgesamt rund 250 Milliarden Euro ausmachte. Doch es soll noch mehr werden.

Offizielle Zahlen über Deutschlands EU-Nettozahlungen an die EU liegen nicht vor, da sich die Bundesregierung scheut, derartige Gesamtbilanzen der Belastung Deutschlands zu veröffentlichen. ...

Kaum zu überblicken sind die zukünftigen Sonderlasten, welche den Deutschen aus den Euro-Rettungsschirmen erwachsen. Dennoch kennen die Verantwortlichen auch hier offenbar keinerlei Maß mehr. Zwar war vertraglich vereinbart und den Deutschen von ihrer Regierung heilig versprochen worden, daß der Euro-Rettungsfonds ESM nicht zur Rettung von Banken, sprich zur Rettung der Vermögen ihrer milliardenschweren Eigentümer, mißbraucht werden dürfe. Allein Staaten sollten daraus unterstützt werden dürfen.

Nun hat man offenbar eine Möglichkeit ersonnen, Vertrag und Versprechen zu brechen, ohne sich rechtlich anfechtbar zu machen. Der ESM soll "Tochtergesellschaften" gründen dürfen, die Kredite aufnehmen sollen, mit welchen sie maroden Banken unter die Arme greifen. Da der ESM ein Institut der Staaten ist, haften die deutschen Steuerzahler damit direkt für an Pleitebanken vergebene Kredite.

Die ESM-Töchter könnten auch dafür eingespannt werden, "um überdies begleitende Investi-

tionen des Privatsektors in rekapitalisierte Banken zu ermutigen", heißt es im Entwurf. Mit anderen Worten: Investoren sollen "ermutigt" werden, in hochrentierliche Bankpapiere (Aktien, Anleihen) maroder Institute zu investieren, denn: Die hohen Renditen gehören ihnen, das Risiko hingegen trägt der Steuerzahler,

Pünktlich zu den Verhandlungen über solche "Tochtergesellschaften" am vergangenen Montag rief EU-Währungskommissar Olli Rehn die Deutschen zu "Solidarität mit Zypern" auf. Gemeint ist damit, daß die deutschen Steuerzahler jene Banken retten sollen, die im Verdacht stehen, Schwarzgeld-Milliardären aus aller Welt, vor allem aus Rußland, als "Geldwaschanlage" zu dienen.

Unterdessen wird weiter über den EU-Haushalt der Jahre 2014 bis 2020 verhandelt. Der bisherige Entwurf sieht bei Einnahmen von 908 Milliarden Euro Ausgaben über 960 Milliarden vor. Obwohl Hauptzahler Deutschland ohnehin stärker in Anspruch genommen werden wird, müßte die EU also Schulden aufnehmen, um die Lücke von 52 Milliarden Euro zu schließen. Dies ist ihr bislang verboten.

Über solche EU-Schulden tritt erneut das Ziel der "Euro-Bonds" in Sichtweite. Euro-Bonds sind Schulden, die alle Euro- oder EU-Länder gemeinsam aufnehmen, für die faktisch am Ende aber nur die Staaten haften, welche noch zahlungsfähig sind. Diese Rolle fällt immer ausschließlich Deutschland zu.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 9. April 2013: >>**EZB-Studie Deutsche belegen beim Vermögen den letzten Platz**

Ausgerechnet die Zyprer gehören zu den reichsten Bürgern der Euro-Zone, Deutschland steht am Ende der Rangliste. Das geht aus einer Studie der EZB hervor. Doch die Methodik hat erhebliche Tücken.

Die Zahl ist ein Politikum, und darum wurde sie wochenlang akribisch unter Verschuß gehalten. Wie reich die Zyprer im Vergleich zum Rest der Währungsunion sind, das sollte nicht an die Öffentlichkeit gelangen, solange über ein Rettungspaket für die Insel verhandelt wurde.

Nun ist beschlossen, daß die Euro-Länder und der internationale Währungsfonds dem Land mit zehn Milliarden Euro unter die Arme greifen. Und jetzt wird auch klar, warum die Vermögensstudie zurückgehalten wurde. Denn die Ergebnisse, die die Europäische Zentralbank präsentiert, sind in der Tat nicht geeignet, der Zypern-Hilfe mehr politischen Rückhalt zu verschaffen.

Denn nach den Erhebungen der Zentralbanken der Euro-Zone sind die Zyprer das zweitreichste Volk überhaupt. Das Durchschnittsvermögen der Haushalte auf der Insel, der sogenannte Median, liegt bei 267.000 Euro. Nur die Luxemburger kommen mit 398.000 Euro auf einen noch deutlich höheren Wohlstand.

Median-Vermögen: Deutschland belegt laut EZB-Studie letzten Platz

Deutschland steht dagegen mit einem Durchschnitt von mageren 51.400 Euro ganz am Ende der Rangliste. Und auch andere wichtige Geberländer wie die Niederlande, Österreich oder Finnland liegen unter dem Euroland-Median von 109.200 Euro, Frankreich nur knapp darüber.

Schließlich soll der Bundestag in der kommenden Woche das Rettungspaket für Zypern absegnen. Die Hilfe für die als Schwarzgeld-Paradies verschriene Insel war von Anfang an politisch besonders umstritten. Daß die Zyprer nun zu den reichsten Europäern gehören sollen, dürfte Gegner der Stütze nur noch bestärken.

Allerdings hat die Methodik ihre Tücken, auf die in Zentralbankkreisen ausdauernd hingewiesen wird - zu Recht. Diese Eigenheiten schränken die Aussagekraft der Erhebung erheblich ein. Das fängt damit an, daß die Umfrage nach Wohnsitz unterscheidet, nicht nach Nationalitäten. In das Durchschnittsvermögen der Zyprer fließen also Einheimische ebenso ein wie vermögende russische Oligarchen, die sich auf der Insel niedergelassen haben.

Deutschland ist Mieter-Land

Der Wohnungsbau-Boom läßt nach - es wird knapp

Der Bau von neuen Wohnungen boomt, aber das ist offenbar nur ein Strohfeuer. Knapp 55.000 Objekte wurden im Januar und Februar genehmigt. Doch wer denkt, damit wäre die Wohnungsknappheit gelöst, liegt falsch.

Größtes Problem ist jedoch das Thema Immobilienbesitz. Das eigene Heim macht europaweit den größten Teil des privaten Vermögens aus. Der Anteil der Hausbesitzer variiert jedoch von Land zu Land erheblich. So wohnen etwa in der Slowakei 90 Prozent der Haushalte in den eigenen vier Wänden, in Spanien sind es 83 Prozent und in Zypern immerhin noch 77 Prozent. Deutschland ist im Vergleich dazu ein Volk der Mieter: Nur 44 Prozent haben ein eigenes Haus. Das hat erhebliche Auswirkungen. Denn während ein deutscher Haushalt mit Eigenheim im Schnitt auf 216.000 Euro Vermögen kommt, sind es bei den Mietern nur 10.300 Euro.

Dazu kommt, daß die Zahlen bis zu fünf Jahre alt sind. Sie wurden in den Jahren 2008 bis 2010 erhoben. Genau zu der Zeit erlebte jedoch in etlichen europäischen Ländern eine Immobilienblase ihren Höhepunkt. Setzt man Immobilienpreise von 2002 an, fällt das Durchschnittsvermögen beispielsweise in Zypern um rund ein Drittel niedriger aus.

Eine weitere Unsicherheit besteht in der Art und Weise, wie die Daten erhoben wurden. Sie sind das Ergebnis einer Umfrage - die Befragten mußten daher den Wert ihres Vermögens und damit auch den Wert ihres Hauses selbst schätzen. Gerade in Märkten, die gerade einen Boom hinter sich haben, dürften die Menschen jedoch dazu neigen, den vermuteten Verkehrswert ihres Hauses eher zu hoch ansetzen, heißt es in Zentralbankkreisen.

Vermögen: Ansprüche aus der Rente nicht eingerechnet

Die Deutschen werden immer reicher

Das Durchschnittsvermögen pro Erwachsenem steigt in Deutschland um 2,8 Prozent auf 174.000 Euro. Das geht aus dem "Global Wealth Report" hervor. Ein möglicher Grund könnte der Immobilienboom sein.

Die Notenbanker präsentieren daher auch Berechnungen, die die Vermögensunterschiede zwischen den Ländern deutlich zusammenschrumpfen lassen. Rechnet man die niedrigere Eigenheim-Quote und die Steigerung der Immobilienpreise seit 2002 heraus, landen die Deutschen auf einmal oberhalb des Eurozonen-Durchschnitts - und vor Zypern.

Was die Daten freilich in die andere Richtung verzerrt, denn wer sein Haus in Zypern oder Spanien vor Platzen der Blase verkaufen konnte, hat ja in der Tat ein gutes Geschäft gemacht und an Vermögen zugelegt.

Während das Vermögen in etlichen europäischen Ländern überzeichnet wird, dürfte Deutschland in der Studie schlechter abschneiden, als es den realen Verhältnissen entspricht. Unberücksichtigt blieben etwa Ansprüche aus der gesetzlichen Rentenversicherung sowie Betriebsrenten, die für viele, zumal ältere Deutsche einen erheblichen Teil ihres Vermögens ausmachen dürften. Allerdings müßten dann für ein vollständiges Bild auch die Zahlungsverpflichtungen der jüngeren Generationen für die öffentlichen Rentenkassen eingerechnet werden.

Die Haushalts-Umfrage der Notenbanken könnte auch noch in der Diskussion um künftige Rettungspakete eine Rolle spielen. Nummer drei der Vermögens-Rangliste ist Malta, an dessen Stabilität zuletzt angesichts des großen Finanzsektors im Land immer öfter gezweifelt wurde. Es folgen die beiden Dauer-Sorgenkinder Spanien und Italien. Nur ein Hilfspaket für Slowenien dürfte sich mit Hilfe der Studie eher leichter rechtfertigen lassen: Die slowenischen Haushalte sind unterdurchschnittlich reich - und so hoch verschuldet wie sonst nur die Zyperer.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 10. April 2013 (x892/...): >>Deutsche sind die ärmsten Europäer

Lange wurden diese Daten der Europäischen Zentralbank von der EU-Kommission zurückgehalten, vermutlich weil sie politisch unkorrekt sind und die Deutschen die Frage aufwerfen könnten, warum sie eigentlich den Südeuropäern helfen sollen, die viel reicher sind. Nach diesen Daten sind die Deutschen die ärmsten Europäer.

Der Pleitestaat Zypern ist bei den privaten Vermögen hingegen auf dem zweiten Platz, direkt hinter den reichsten Luxemburgern und noch vor Malta. Zugrunde gelegt wird dafür das sogenannte Median. Dies bedeutet, daß der Betrag so berechnet ist, daß eine Hälfte aller vorkommenden Werte höher, die andere Hälfte niedriger liegt. Diese Zahlen sind aussagekräftiger als Durchschnittsvermögen.

Beim Durchschnittsvermögen wird das gesamte Vermögen eines Volkes durch die Anzahl der Einwohner geteilt. Auch hier ist übrigens Deutschland eher im unteren Drittel. Beim Bruttojahreseinkommen auf der Grundlage des Medianwertes liegt Deutschland fast gleichauf mit Zypern.

Beim Nettovermögen der Haushalte liegt in der EU liegt Deutschland auf dem letzten Platz und zwar so gar mit deutlichem Abstand vor dem zweitletzten, nämlich der Slowakei. Das Durchschnittsmedianvermögen in den EU-Staaten beträgt 109.000 Euro, in Deutschland liegt dieser Wert bei 51.000, bei der Slowakei bei 61.000 Euro und in Zypern bei 267.000 Euro.

Auch in anderen Bereichen, die untersucht wurden, wie dem Wohneigentum, liegt Deutschland weit hinter anderen Staaten. So gibt es in keinem anderen EU-Land weniger Hausbesitzer als in Deutschland.

Trotz dieser Zahlen trägt Deutschland den bei weitem größten Anteil an der "Eurorettung". Pleitestaaten wie Griechenland und Zypern die aufgefordert werden, entscheidende Reformen einzuleiten und sich zunächst so weit möglich dadurch selbst zu helfen, protestieren auf das heftigste, wärmen die alten Nazivorwürfe wieder auf (Griechenland prüft derzeit die Forderung von Reparationszahlungen von Deutschland für Schäden des 2. Weltkrieges) und fordern von den anderen EU-Staaten, besonders von Deutschland, daß diese Milliarden in die südeuropäischen Länder pumpen.

So führt der Euro nicht zum Frieden in Europa, sondern gerade das Gegenteil passiert: durch die Eurokrise ist die Feindschaft zwischen den Staaten Europas wieder fast so groß, wie nach dem 2. Weltkrieg. Die südeuropäischen Staaten hätten angesichts der Vermögenswerte, die in diesen Ländern vorhanden sind, durchaus die Möglichkeit, sich aus eigenen Kräften zu helfen und dies wäre nichts anderes als gerecht, denn für deren prekäre Situation sind sie selbst verantwortlich.<<

Kroatien trat am 1. Juli 2013 der Europäischen Union bei.

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. August 2013 (x887/...): >>Deutsche ducken sich weg

Trotz Wissen über kommendes Desaster bleiben die Bundesbürger still

Obwohl die Mehrheit der Deutschen überzeugt ist, daß das Schlimmste der Euro-Krise noch nicht überstanden sei, bleiben sie stoisch. Warum?

Selbst das Staatsfernsehen läßt die Deutschen nicht im Dunkeln darüber, daß nach der Wahl ein böses Erwachen auf sie wartet. Wenn man es genau nimmt, tut dies nicht einmal die Kanzlerin selbst. Auf die Frage, ob Deutschland die Lasten eines weiteren gigantischen Schuldenerlasses für Griechenland schultern muß, sagt Angela Merkel: "Das sehe ich nicht."

Sie sagt bewußt nicht: "Auf keinen Fall", denn dann würde sie der Lüge überführt. Doch kaum jemand wird sie dafür strafen wollen, daß sie etwas nicht "gesehen" habe, obschon auch das die Unwahrheit ist. Die CDU-Chefin sieht den abermaligen Aderlaß für Deutschland sehr wohl jetzt schon. Und sie weiß auch, daß es diesmal vor allem die deutschen Steuerzahler treffen wird, denn den übrigen Gläubigern wie etwa den Banken wurde es ermöglicht, ihre Griechen-Kredite auf die öffentliche Hand abzuwälzen.

Laut Umfrage glauben auch nur 17 Prozent der Deutschen, daß das Schlimmste der Euro-Krise schon vorbei sei. Nur jeder Zehnte meint zudem, daß die Politik ihm die Wahrheit über die Krise sage. Und eine satte Mehrheit ist sich im Klaren darüber, daß ihre Ersparnisse durch die Euro-bedingte Niedrigzinspolitik in der Substanz gefährdet sind.

Kurzum: Die Deutschen wissen eigentlich, daß ihnen Schlimmes bevorsteht. Sie wissen auch, daß sie von einer verfehlten Politik ins Desaster geführt werden und daß sie die dafür verantwortlichen Politiker dreist hinters Licht führen. Im Grunde wäre dies der Stoff für dramatische politische Umwälzungen, für offenen Volkszorn und eine saftige Quittung an der Wahlurne. Doch es geschieht - nichts. Weder der laue Wahlkampf noch die müde Reaktion in der Bevölkerung geben irgendeinen Hinweis auf Beunruhigung. Die Umfragen deuten ganz im Gegenteil auf eine scheinbar tiefe Zufriedenheit hin.

Haben die Deutschen schlicht resigniert und sind ins Grab der Fatalisten gesunken, auf dem steht: "Wir können ja doch nichts ändern"? Möglich. Vielleicht wirkt hier aber auch nach, daß die Bürger dieses Landes seit Jahrzehnten von den Medien mit Weltkatastrophen erschreckt wurden, die niemals eintraten: Atomtod, Waldsterben, Dritter Weltkrieg, Klimakatastrophe, plötzliches Ende der Ölreserven und so weiter. Am Ende war dann immer alles wie zuvor, "es" ist nie passiert.

Aus dieser Erfahrung könnten die Deutschen, mehr unterbewußt als bewußt, den Schluß gezogen haben, daß Katastrophen eher Medienereignis als Realität sind, gruselig, aber nicht wirklich gefährlich. Sollte es so sein, wird das baldige Erwachen um so schockierender ausfallen. Denn diese Katastrophe ist keine Medieneufindung, sie ist real, "es" wird eintreten. Und die Folgen werden unser aller Leben tiefgreifend verändern.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 20. August 2013 (x892/...): >>Euro-Umverteilung zu Lasten der Rentner und Sparer

Das Bundesfinanzministerium und Herr Schäuble sind glücklich. Von 2010 bis 2014 muß es 41 Milliarden Euro weniger an Zinsen zahlen. Dieses Geld wird durch die Niedrigzinspolitik bei höherer Inflation den Rentnern, den Sparern und vielen anderen Bürgern durch den Staat und seine Eurorettung geklaut. Man kann den Staat aber nicht wegen dieses Diebstahls verklagen.

Die Rendite für Sparer, die ihr Geld zur Alterssicherung in Lebensversicherungen oder anderen Anlagen zurücklegen, beträgt null. Die Inflation, obgleich bisher noch moderat, frißt gleichzeitig erhebliche Teile des Vermögens der Bürger auf. Was übrig bleibt, wird vom Staat durch immer höhere Steuern dem Bürger geklaut. Sozialisten und Kommunisten aller Schattierungen planen schon weitere Steuererhöhungen.

Ziel dieser ganzen Politik ist, die der FAZ-Wirtschaftskommentator Holger Steltzner schreibt "eine riesige Umverteilung vom Gläubiger zum Schuldner. Verlierer der finanziellen Repression sind Rentner und Sparer. Gewinner sind Banken und Schuldenstaaten."

Wer eine der im Bundestag vertretenen Parteien wählt, unterstützt diese Politik der Beraubung des Volkes.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 31. August 2013 (x887/...): >>Zypern gewährt Grundeinkommen

Nikosia - Laut Zyperns Präsident Nicos Anastasiadis wird künftig allen Bürgern seines Landes ein Grundeinkommen staatlich garantiert. Damit solle sichergestellt werden, daß jeder "das Minimum für ein würdevolles Leben in einem europäischen Land" erhalte. Neben Ernährung, Bekleidung, Strom oder Wasser sollen auch dringende Reparaturen am Eigenheim vom Staat finanziert werden.

Einen Teil der Kosten trage die Europäische Union.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 4. November 2013 (x887/...): >>Euro-Austritt als letzte Chance?

Frankreichs Wettbewerbsfähigkeit wird immer schlechter - Regierung kopiert Front National
Nach der deutschen Wiedervereinigung war Frankreichs damaliger Präsident François Mitterrand die treibende Kraft zur europäischen Währungsunion. Wird François Hollande, Mitterrands sozialistischer Nachfolger im Elysée-Palast, nun derjenige sein, der das Ende des Euro einläutet?

Es ist schon ein sehr besonderes Geburtstagsgeschenk, das Frankreichs Industrieminister Arnaud Montebourg dem Euro gemacht hat. Fast genau zum 20. Geburtstag des Maastricht-Vertrages, der am 1. November 1993 unterzeichnet worden war, fordert Montebourg an die Adresse der Europäischen Zentralbank (EZB), der Euro müsse "italienischer, dafür aber weniger deutsch" werden. Daß derlei den meisten Medien in Deutschland kaum eine Meldung wert war, dürfte gute Gründe haben. Montebourgs Äußerung bringt so offen wie nur selten auf den Punkt, was von dem zu halten ist, was vor 20 Jahren in Maastricht unterschrieben wurde, vor allem aber den Deutschen versprochen worden war.

Montebourgs dreiste Forderung, den Euro endgültig in eine neue Variante der schwindstüchtigen Lira zu verwandeln, ist in Wirklichkeit nichts anderes als eine politische Bankrotterklärung. Frankreichs Wirtschaft hat es unter den Bedingungen der Währungsunion nicht geschafft, so wettbewerbsfähig wie die deutsche Konkurrenz zu werden.

Im Nacken sitzen dem Industrieminister und seiner Parti Socialist allerdings nicht nur die desaströse Wirtschaftslage Frankreichs. Noch entscheidender dürfte sein, daß Präsident Hollande kaum noch Chancen hat, ein zweites Mal in den Elysée-Palast einzuziehen. Von der Schwäche der Sozialisten profitiert zudem nicht der übliche Konkurrent, die gaullistische UMP, sondern die Front National (FN). Die Partei von Marine Le Pen ist auf dem besten Weg, in Frankreich zur stärksten Partei zu werden. ...

Daß inzwischen nicht nur bei der FN, sondern auch bei etablierten politischen Kräften über ein Verlassen der Währungsunion nachgedacht wird, macht nicht nur im Kampf um die politische Macht in Frankreich Sinn. Ersetzt man den Begriff vom "Projekt EU" durch eine Konstante der französischen Außenpolitik, nämlich das "Droit de regard" - das angemessene Mitspracherecht in Bezug auf Deutschland - dann ist der Euro aus Pariser Sicht auch hier gescheitert.

Von Mitterrand war der Euro dazu geplant, die deutsche Wirtschaftskraft zu schwächen. Inzwischen ist aber unübersehbar, daß Frankreich selber in der von ihm gestellten Euro-Falle gefangen sitzt.<<

Herbert Ludwig berichtete am 22. November 2013 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Europäische Union (x903/...): >>**Hintergründe der "europäischen Integrationsbewegung"**

Am Beginn der sogenannten europäischen Integrationsbewegung stehen zwei besonders einflußreiche Gestalten: Der Österreicher Richard Graf Coudenhove-Kalergi (1894-1972) und der Franzose Jean Monnet (1888-1979).

I.

Coudenhove-Kalergi trat schon 1922 mit seiner Pan-Europa-Idee hervor, die er 1924 in einem Buch publizierte. Darin propagierte er die "Vereinigten Staaten von Europa", einen zentralen Bundesstaat, der von einem neuen geistigen Adel geführt werden sollte. Im selben Jahr gründete er die Paneuropa-Union, um dieses Ziel organisatorisch zu verfolgen. Das traf offenbar in Amerika auf ähnliche Gedanken. So wurde er nach eigenen Angaben schon 1924 auf Anregung von Louis Rothschild von den Finanzmagnaten Max Warburg "mit 60.000 Goldmark zur Ankurbelung der Bewegung während der drei ersten Jahre" unterstützt. Durch dessen Vermittlung traf er sich in Amerika mit den Finanziers Paul Warburg und Bernhard Baruch. ("Ein Leben für Europa", Seite 124-125)

In seinem 1925 erschienenen Buch "Praktischer Idealismus" bezeichnete Kalergi die Demo-

kratie als "ein klägliches Zwischenspiel" zwischen zwei aristokratischen Epochen, der des Blutadels und des neuen, von jüdischem Geist geprägten Geistesadels. Die moderne Demokratie durchschaute er als praktisches Instrument der Plutokratie:

"Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie: weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. ... Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist." (S.39)

Ihm schwebte vor, den "plutokratischen Demokratismus" durch die Aristokratie eines neuen Geistesadels zu ersetzen, in der die verschiedenen Völker in einer "eurasisch-negroiden Zukunftsrasse" aufgehen sollen (S. 22, 23).

Im April 1948 lud Kalergi in New York zu einem Kongreß ein, auf dem das American Committee for a United Europe (ACUE) gegründet wurde. Geschäftsführer wurden die berühmtesten US-Geheimdienst-Bosse: William "Wild Bill" Donovan und Allan Dulles. Die Finanzierung übernahmen die Ford Foundation, die Rockefeller-Stiftung und weitere regierungsnahen Unternehmensgruppen.

Das Committee unterstützte die *Europäischen Bewegung*, die im Juli 1947 von Winston Churchill und Duncan Sandys initiiert wurde und vom 7. bis 11. Mai 1948 den Haager Europa-Kongreß in Den Haag veranstaltete, an dem unter dem Vorsitz Churchills über 700 Delegierte aus ganz Europa und Beobachter aus den USA und Kanada teilnahmen.

Damit gelang die entscheidende Weichenstellung für die Gründung der Europäischen Bewegung. Man arbeitete an einem Entwurf für eine Verfassung der *Vereinigten Staaten von Europa* und gründete 1948 durch den Vertrag von London den Europarat, eine internationale europäische Organisation von heute 47 Staaten, in der wiederum Kalergi einen großen Einfluß ausübte.

Das American Committee for a United Europe (ACUE) war bis in die 1960er-Jahre ein wichtiger Geldgeber der *Europäischen Bewegung* (50 %), der *Union Europäischer Föderalisten (UEF)* und besonders deren *European Youth Campaign* (100 %). Damit konnte Einfluß auf die Führer der "Europäischen Bewegung" Robert Schuman, Paul-Henri Spaak und Józef Rętinger genommen werden (s. alle Nachweise bei Wikipedia)

Das ist der Humus der hauptsächlichsten internationalen Organisationen, welche die heute bis zur EU entwickelte europäische Integrations-Organisation in Gang gebracht haben, weiter begleiten, fördern, unterstützen und vorantreiben. Ein kleines Beispiel: 2012 wurde überraschend der Friedensnobelpreis an die EU verliehen, offenbar wegen des "friedensstiftenden" Euros, der in immer mehr EU-Staaten die Menschen verzweifelt auf die Straßen und die Völker auseinander treibt.

Ein englischer Kritiker meinte, warum sie nicht auch noch wegen der großartigen "Euro-Rettungspolitik" den Wirtschaftsnobelpreis erhalten habe. Wie kam es zu dieser Preisverleihung? Der Vorsitzende des Nobelpreiskomitees, der Norweger Th. Jagland, ist gleichzeitig Generalsekretär des "Europarates", also der großen europäischen, von amerikanischen Geheimdiensten mitfinanzierten EU-Förderorganisation, die so eng mit ihr verbunden ist, daß sie dieselbe Flagge und Hymne verwendet. Die EU hat sich also, dank CIA, den Friedensnobelpreis quasi selbst verliehen.

Winston Churchill hatte schon 1946 in einer Rede an der Universität Zürich vor Studenten "eine Art Vereinigte Staaten von Europa" gefordert, d.h. er las ein Manuskript vor, das Kalergi für ihn geschrieben hatte (s. Wikipedia). Am 14.5.1947 verriet Churchill in einer Rede in

London noch tiefere angloamerikanische Ziele mit Europa:

Wir geben uns natürlich nicht der Täuschung hin, daß die Vereinigten Staaten von Europa die letzte und vollständige Lösung aller Probleme der internationalen Beziehungen darstelle. Die Schaffung einer autoritativen, allmächtigen Weltordnung ist das Endziel, das wir anzustreben haben. Wenn nicht eine wirksame Welt-Superregierung errichtet und rasch handlungsfähig werden kann, bleiben die Aussichten auf Frieden und menschlichen Fortschritt düster und zweifelhaft. Doch wollen wir uns in Bezug auf das Hauptziel keiner Illusion hingeben: Ohne ein Vereinigtes Europa keine sichere Aussicht auf eine Weltregierung. Die Vereinigung Europas ist der unverzichtbare erste Schritt zur Verwirklichung dieses Zieles. (Speechers of Winston Churchill, New York 1974)

Hier klingt auf, was sonst mehr verklausuliert unter dem Namen "Neue Weltordnung" als "Eine Welt" angestrebt wird und überall da bemerkbar ist, wo die Völker "durch ein immer engmaschigeres Netz multilateraler Vertragssysteme und Organisationen aneinander gebunden und auf das je spezifische Regelwerk festgelegt" werden. (Manfred Kleine-Hartlage: "Neue Weltordnung - Zukunftsplan oder Verschwörungstheorie?", S. 13) Solche Organisationen sind die UNO, der IWF und die Weltbank, Nato, Internationaler Strafgerichtshof usw. und eben die EU, um die bisher hauptsächlichen zu nennen.

II.

Die zweite der einflußreichsten Gestalten, Jean Monnet, stand ähnlich wie Kalergi zeit seines Lebens unter dem Einfluß führender britischer und amerikanischer Kreise. Er war "ein Erfinder und Lenker von Institutionen einer übernationalen Zusammenarbeit" und "ein Zentrum (insbesondere) angelsächsischer Einflußnahme auf dem Kontinent". (Andreas Bracher: Europa im Amerikanischen Weltsystem, Basel 2001, S. 81).

Während des ersten Weltkrieges koordinierte er nach Wikipedia maßgeblich "die kriegswirtschaftliche Güternachfrage und -logistik der westlichen Alliierten." 1919 findet man Monnet in der französischen Delegation in Versailles.

Von 1919 bis 1923 ist er stellvertretender Generalsekretär beim Völkerbund in Genf, der - in Versailles gegründeten - Vorläuferorganisation der heutigen UNO. In den 20er und 30er Jahren ist er in führenden Stellungen in amerikanischen Banken tätig, gründet auch selbst in New York eine Investmentbank, die, wie andere amerikanische Banken auch, Geschäftsbeziehungen mit Hitler-Deutschland unterhielt.

1938 wechselt er wieder in die gleiche Rolle wie im ersten Weltkrieg: Er beschäftigt sich mit den alliierten Vorbereitungen für den drohenden Krieg. Nach der deutschen Eroberung Frankreichs 1940 "wird er von Churchill nach Washington geschickt, um Rüstungseinkäufe zu tätigen. Dort wird er praktisch in die Regierung übernommen und eine der entscheidenden Figuren bei dem Unternehmen, die Maschine in Gang zu bringen, die den Krieg gewinnen sollte", wie Monnet selbst in seinen Memoiren schreibt (Bracher S. 83).

Nach dem Krieg gehen auch von Monnet entscheidende Initiativen zur europäischen Einigung aus. Von ihm stammt der Plan zur Schaffung einer übernationalen Behörde, die die Stahlindustrien Westeuropas, also auch Deutschlands verwalten und kontrollieren sollte. Der Plan wurde 1950 als Schumann-Plan bekannt, stammte aber von Monnet.

Das neue Gebilde, die "Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl", war der entscheidende Keim der heutigen Europäischen Union. Er war von vornherein als voller Staat angelegt: mit einer Exekutivbehörde, einem Parlament und einem Gerichtshof. Von 1953 bis 1955 war Monnet der erste Präsident.

1955 gründet er, teilweise vom CIA finanziert, das "Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa". Es "blieb der Öffentlichkeit zwar weitgehend verborgen, war aber bis zu seiner Auflösung 1975 das wohl wichtigste Zentrum, von dem aus jenes Unternehmen vorangetrieben wurde, dem sich Monnet verschrieben hatte: der europäische Einheitsstaat." (Bra-

cher, S. 84) So wird Monnet von 1950 bis weit in die sechziger Jahre hinein das "eigentliche intellektuelle und politische Zentrum der europäischen Einigungsbemühungen", wofür er mit dem Titel "Vater eines vereinten Europa" bedacht wurde (S. 80).

Zwei Bewunderer von Monnet, Merry und Serge Bromberger, legten in ihrem Buch: "Jean Monnet und die Vereinigten Staaten von Europa" seinen Plan dar:

"Allmählich sollten die supranationalen Behörden, die vom Europäischen Ministerrat in Brüssel und dem Europaparlament in Straßburg überwacht werden, die gesamte Politik des Kontinents bestimmen. Der Tag würde kommen, da die Regierungen gezwungen wären, zuzugeben, daß ein integriertes Europa eine vollendete Tatsache ist, ohne daß sie bei der Festlegung seiner Grundlagen auch nur das Geringste zu sagen hätten. Alles, was ihnen noch bliebe, wäre, ihre sämtlichen autonomen Institutionen zu einer einzigen Bundesverwaltung zu verschmelzen und dann die Vereinigten Staaten von Europa zu verkünden."

Laut Focus 34/ 2010 sagte Monnet:

"Europas Länder sollten in einen Superstaat überführt werden, ohne daß die Bevölkerung versteht, was geschieht. Dies muß schrittweise geschehen, jeweils unter einem wirtschaftlichen Vorwand."

Dieses Ziel haben seine Genossen und Nachfolger nie aus dem Auge verloren - bis heute.

Aus den *Erinnerungen* von Hans-Dietrich Genscher geht hervor, daß die Fortführung der europäischen Integration zu einem Bundesstaat zu den Bedingungen der USA für eine Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung 1989 gehörte.

In genau der Linie Monnets liegt auch, wie Jean-Claude Juncker laut Spiegel 52/1999 seinen EU-Kollegen die richtige demokratische Vorgehensweise erklärte:

"Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, ob was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt."

Das Ziel europäischer Bundesstaat war der europäischen Integrationsbewegung also von Anfang an immanent. Darauf weist auch das Bundesverfassungsgericht in einem historischen Abriß seines "Lissabon-Urteils" vom 30. Juni 2009 deutlich hin:

"Bestrebungen richteten sich auf die Gründung Vereinigter Staaten von Europa und die Bildung einer europäischen Nation. Man wollte mit einer Verfassung den europäischen Bundesstaat begründen. ... Der Idee der Verfassung für die Vereinigten Staaten von Europa standen von vornherein kräftige nationalstaatliche Orientierungen gegenüber... Mit der Ablehnung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und dem Scheitern der Europäischen Politischen Gemeinschaft wurde deutlich, daß sich der europäische Bundesstaat nicht direkt verwirklichen ließ. ... Über eine möglichst weitgehende wirtschaftliche Verflechtung über einen gemeinsamen Markt sollte die praktische Notwendigkeit politischer Vergemeinschaftung herbeigeführt werden, und es sollten Handels- und Wirtschaftsbedingungen entstehen, die eine politische, auch außen- und sicherheitspolitische Einheit dann als allein folgerichtig erscheinen lassen würden...."

Zu diesen Wirtschaftsbedingungen gehört auch die Einführung des Euro und die Euro-Krise, die, wie in einem Artikel dieses Blogs dargelegt wird, offensichtlich planmäßig herbeigeführt worden ist.

Weitere Belege bringt ein Video der "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" vom 4. Juni 2012 mit dem Titel "Die EU ist nicht Europa, sondern seine Zerstörung". Darin wird Jaques Attali, vormals Berater des französischen Präsidenten Mitterand, zitiert, der "bei den Verhandlungen 1990 dabei (war), als Bundeskanzler Kohl die Aufgabe der D-Mark als Preis für die Wiedervereinigung aufgezwungen wurde.

Laut Attali soll damals Mitterand mit einer Wiederbelebung der 'Tripple Entente' (Militär-

bündnis von 1907 zwischen Großbritannien, Frankreich und Rußlands gegen Deutschland) gedroht haben. Im Januar letzten Jahres (also 2011) ließ Attali die Katze aus dem Sack. In einer Rede über die Eurokrise sagte er, die Krise sei nicht nur vorhersehbar gewesen, man habe sie sogar bewußt geplant, um eine starke europäische Haushaltsföderation zu schaffen.

"Alle diejenigen, die wie ich das Privileg hatten, bei der Abfassung der ersten Version des Maastricht-Vertrages die Feder zu führen, taten alles, um sicherzustellen, daß ein Austritt unmöglich wäre. Wir haben einen Artikel, der (einem Mitgliedstaat) den Austritt erlaubt, absichtlich 'vergessen'. Das war nicht sehr demokratisch. Doch es war eine große Garantie dafür, die Dinge schwieriger zu machen, damit wir gezwungen waren, weiter voranzuschreiten". Weiter wird in dem Video Guiliano Amato zitiert, ehemaliger Vizepräsident des "Europäischen Konvents" für eine europäische Verfassung, der in einem Interview mit "La Stampa" am 12. Juli 2000 erklärte:

"Deshalb ziehe ich es vor, langsam vorzugehen und die Souveränität Stück für Stück zu zerbrechen und dabei plötzliche Übergänge von den nationalen zu den Befugnissen des Bundes zu vermeiden. ... Ohne Souveränitäten (der Einzelstaaten) werden wir keinen Totalitarismus haben. Demokratie braucht keinen Souverän."

Er übergeht, daß uns dafür - ohne einen demokratischen Souverän - der viel größere bürokratische Totalitarismus der EU aufgezwungen wird, die mit imperialistischen Weltmacht-Ambitionen den früheren Nationalismus der Einzelstaaten auf einer größeren Ebene als Europa-Nationalismus nur fortsetzt.

Unverblümt in dieser Richtung sind die Worte des Briten Robert Cooper, vormaliger Berater Tony Blairs und jetziger Top-Berater von Lady Catherine Ashton, der "Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitsfragen", die er in seinem Buch "The Breaking of Nations" (2003) geschrieben hat:

"Beim Umgang mit der altmodischen Sorte von Staaten außerhalb der postmodernen Grenzen müssen sich die Europäer auf die rauheren Methoden früherer Zeiten zurückbesinnen: Gewalt, ... Angriffe, Täuschung, was immer auch für diejenigen notwendig ist, die noch in der Welt des 19. Jahrhunderts gefangen sind, wo jeder Staat für sich existierte. Im Dschungel muß man sich an die Gesetze des Dschungels halten."

Mit diesem Artikel könnte auch der letzte Zweifler erkennen ... "Neue Weltordnung" ist keine Verschwörungstheorie, sondern wenn man so will eine globale Reform (Neuordnung). Die wohl wie auch schon immer in der Geschichte, von einigen wenigen erdacht und für alle anderen gültig. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 14. Juni 2014 (x887/...):

>>Jetzt sind wir dran

EZB erzwingt lieber gigantische Masseneuteignung deutscher Sparer als Reformen

Bislang mochten die Deutschen die Euro-Krise für ein Phänomen halten, das ausschließlich in den sogenannten "Krisenländern" des Süden wütet, sie selbst aber weitgehend ungeschoren läßt. Das war von Anfang an eine Illusion, die sich nun auflöst.

Mit den schmerzlichen Kürzungen bei den zur Auszahlung fälligen Lebensversicherungen haben die Deutschen einen ersten akuten Schlag einstecken müssen - also einen, der nicht erst langfristig wirkt wie Kreditausfälle bei den "Rettungsschirmen" und real negative Zinsen.

Die Entscheidung der EZB, den Einlagenzins für Banken ins Minus zu drücken, ein historisches Novum, kündigt an, daß dies erst der Anfang einer gigantischen Masseneuteignung war, mit der die Deutschen für den Fortbestand des Euro bluten sollen.

Den Einlagenzins zahlen Geschäftsbanken, die Geld bei der Zentralbank deponieren. Ab sofort bekommen sie dafür Laut EZB-Chef Mario Draghi keine Zinsen mehr, sondern müssen welche bezahlen. Kein Zweifel, daß sie die Kosten dafür den Sparern aufdrücken.

Ziel sei es, die Banken, vor allem in Südeuropa, dazu zu drängen, mehr Kredite an Privat- und

Geschäftskunden auszugeben, statt Geld zu horten, so die EZB. Damit solle die lahrende Wirtschaft angekurbelt werden.

Experten weisen dies als Blütentraum zurück. In dem verheerenden Wirtschaftsumfeld Südeuropas werde auch dann kaum jemand investieren, wenn Kredite noch billiger seien.

Die Fachwelt befürchtet etwas ganz anderes: Die dringend reformbedürftigen Länder werden die noch niedrigeren Zinsen nutzen, um schmerzhaft (und daher unpopuläre) Einschnitte zu unterlassen. Dies fällt ihnen nun noch leichter, denn da neue Kredite nun so günstig sind, wie nie zuvor, machen sie einfach neue Schulden. Damit verlieren ihre Länder aber nur weitere Jahre, fallen weiter zurück und erleben danach ein noch brutaleres Erwachen.

Damit zahlen die deutschen Sparer nur dafür, daß die Politiker in den einstigen Weichwährungsändern, welche die Euro-Zone heute beherrschen, sich abermals zurücklehnen können. Dafür, daß sie sich nach der Devise "Nach uns die Sintflut" Ruhe für die nahe Zukunft kaufen können, weil für sie die fernere sowieso nicht so wichtig ist.

Längerfristig gewinnen wird lediglich eine winzig kleine, aber märchenhaft reiche Schar von Riesenspekulanten, die mit dem Billiggeld, zu dem die Euro-Zentralbank die Ersparnisse der Deutschen gemacht hat, weitere Blasen aufpumpt und absahnt. Die Immobilien- und Aktienpreise laufen bereits heiß.

Wer ein Gedächtnis hat, der weiß noch, wie die erste Euro-Krise begann: genauso. Nur daß wir heute auf einem weitaus brüchigeren Fundament mit viel höheren Schulden balancieren. Verblüffend ist, wie regungslos die Deutschen ihre Enteignung hinnehmen.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 23. Januar 2015 (x892/...): >>"Mario Draghi ist ein Verbrecher"

Nach der Überschwemmung der Finanzmärkte mit über einer Billionen Euro Steuergeldern europäischer Steuerzahler hat die AfD-Europaabgeordnete Beatrix von Storch den EZB-Chef als "Verbrecher" bezeichnet. Der Italiener macht, wie von vielen befürchtet, mit der EZB die gleiche Geldpolitik, wie sie Italien schon seit Jahrzehnten betrieben hat, als es noch die Lire gab. Auch von vielen anderen europäischen Politikern, Wirtschaftswissenschaftlern und Experten kam zum Teil heftige Kritik an der asozialen Politik der Euro-Verbrecher. Die einzigen Profiteure sind die, die jetzt jubeln: die Banken und Finanz-Jongleure.

Die AfD-Europaabgeordnete Beatrix von Storch nannte Draghi einen "Verbrecher", der eine "asoziale" Politik verfolge. "Er hat soeben in Frankfurt angekündigt, die Märkte mit mehr als einer Billion Euro zu fluten. Vermögende werden noch vermögender. Arme werden ärmer. Umverteilung von unten nach oben wie noch nie in der Geschichte", kritisierte von Storch.

Auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Willsch warf Bundeskanzlerin Angela Merkel vor, die Bundesbank im Kampf gegen das EZB-Programm allein gelassen zu haben. "Alle Notenbankchefs von stabilitätsorientierten Ländern sind dagegen", betonte er gegenüber dem Handelsblatt.

Der Präsident des Münchner Ifo-Institutes, Hans-Werner Sinn, sagte: "Das ist illegale und unsolide Staatsfinanzierung durch die Notenpresse. Wenn die EZB Papiere kauft, werden die Staaten neue Papiere verkaufen und somit von der Druckerpresse finanziert." Dies sei laut EU-Verträgen "eigentlich verboten und bedarf der Klärung durch das deutsche Verfassungsgericht". Doch wie man weiß: Wenn es um die EU geht, nickt das Verfassungsgericht alles ab. Die Menschen können sich auf niemanden mehr verlassen. Sie müssen jetzt ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen.

Die EZB sei ein "unkalkulierbares Risiko" eingegangen, sagte Verbandschef des Bunds der Steuerzahler Reiner Holzengel der Neuen Osnabrücker Zeitung. "Jetzt sind die Geldschleusen auf." Für die Rekordschulden der Staaten in der Euro-Zone seien allein die nationalen Regierungen verantwortlich.

Der deutsche Versicherungsverband zeigte sich besorgt über die Auswirkungen für Sparer in

Deutschland. "Der Schritt der EZB ist eine Zumutung. Es ist vollkommen ungewiß, ob das Ankaufprogramm die erhofften Effekte bringt", warnte dessen Präsident Alexander Erdland. Sicher sei hingegen, daß weiterer Schaden für die Sparkultur in Deutschland angerichtet werde. "Denn das Ankaufprogramm verstärkt den Druck auf festverzinsliche Wertpapiere, die eine Säule der privaten Altersvorsorge sind. Das macht es uns jetzt noch schwerer, den Menschen gute Angebote für ihr Alter zu machen."

Alle Befürchtungen der Bürger in Europa, insbesondere der Deutschen, werden bestätigt. Die EU und die EZB sind Organisationen, die gegen die Interessen des Gemeinwohls, gegen ein christliches Europa und für gesellschaftszerstörende Ideologien und für die Macht der Banken kämpfen. In einem gesunden Staat, der das Gemeinwohl im Blick hat, müßten Merkel, Schäuble und Konsorten ins Gefängnis.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 24. Juni 2016 (x892/...): >>Anfang vom Ende der EU?

Die Briten haben entschieden. Mit einer klaren Mehrheit von 51,9 Prozent der Stimmen verabschieden sich die Briten aus der Europäischen Union. Dazu gratulieren wir den Völkern der Insel im Westen Europas. Die von der EU-Bürokratie gesteuerten Medien sind da natürlich völlig anderer Meinung. Einstimmig (!!!) beschimpfen die Medien die britischen Wähler wegen ihrer Entscheidung gegen eine Fortsetzung der permanenten Eingriffe in die persönlichsten Bereiche der Familien und Menschen in Europa und für ihre Selbständigkeit. Für die EU bedeutet bekanntlich "Demokratie" das zu wollen, was die EU-Bonzen wollen. Niemand stellt sich ernsthaft die Frage, warum die Bürger die Nase voll haben von der EU.

Die gesamte Argumentation gegen den EU-Austritt beruht auf einem einzigen Punkt: den wirtschaftlichen Nachteilen für die Briten und wohl auch für die EU. Aber das war den Wählern durchaus bewußt. Sie haben sich trotzdem für den Austritt entschieden.

Wäre die EU noch die EWG, handelte es sich um eine Wirtschaftsgemeinschaft, in der die Dinge subsidiär geregelt werden, die von den Nationalstaaten nicht oder nur sehr schwierig geregelt werden können, hätte es keinen Brexit gegeben und es gäbe auch kaum Widerstand gegen die EU.

Doch die EU will mehr: sie mischt sich in Bereiche ein, die von den Nationalstaaten und den Regionen viel besser geregelt werden können. Dies verstößt gegen das naturrechtliche Prinzip der Subsidiarität, nach dem jede Gemeinschaft die Angelegenheiten selbst regeln muß und darf, die sie selbst regeln kann. Dazu gehört fast alles, aber es gibt durchaus sinnvolle Regelungen, die von der Gemeinschaft besser geregelt werden können, z.B. wirtschaftliche Fragen zwischen den Mitgliedsstaaten und die Kooperation mit anderen Ländern und Gemeinschaften.

Auch eine gemeinsame Verteidigungspolitik wäre sinnvoll, um sich von der US-Vorherrschaft in der NATO zu lösen. Doch da geschieht nichts. Die EU ist nur ein Anhängsel der USA und ihrer Hegemonialinteressen. Nirgendwo wird das deutlicher als bei den Boykottmaßnahmen gegen Rußland, die den EU-Mitgliedern erheblich schaden, den Amis aber nur nutzen.

Das sich über die Hälfte eines Volkes trotz der wirtschaftlichen Vorteile der EU aus dieser totalitären Organisation verabschiedet, sollten den EU-Bonzen eigentlich zu denken geben, zumal in den meisten westeuropäischen Ländern die Bürger ähnlich denken wie die Briten. Doch das Gegenteil ist der Fall. Die EU-Diktatoren kündigen bereits Strafmaßnahmen gegen die Briten an und es geht so weiter wie bisher, nur noch radikaler.

Statt Kompetenzen an die Mitgliedsstaaten zurückzugeben, wird man die Politik der Einmischung in alle Lebensbereiche der Bürger und Familien weiterbetreiben. Nur ein Beispiel: Wäre es möglich gewesen, die Gender Mainstreaming Politik in einem europäischen Land durchzusetzen, wenn dies nicht von den EU-Diktatoren befohlen worden wäre? Hätte es für eine solche Politik in einem nationalen Parlament eine Mehrheit gegeben? Ähnliches gilt für

viele andere Bereiche in der Gesundheitspolitik der Familienpolitik usw.

Wir Katholiken sind nicht gegen eine gemeinsame europäische Politik. Aber wir sind gegen Eingriffe der EU in Bereiche, die sie nichts angeht. Eine EU ist sinnvoll, wenn sie STRENG das Subsidiaritätsprinzip beachtet. Da DIESE EU dies niemals tun wird, bleibt nur der Austritt und die Vertreibung der EU-Diktatoren!<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. Juli 2016 (x887/...):

>>**Merkel war's**

Die Folgen der von der Kanzlerin ausgelösten "Flüchtlingslawine" hatten maßgeblichen Einfluß auf das Ergebnis des Brexit-Votums

Der Hauptgrund für das britische Votum für den Austritt aus der EU, darin sind sich viele Analysten einig, war die "Flüchtlingslawine" der letzten Zeit, vielleicht in Verbindung mit dem Terror in den Straßen von Paris und Brüssel. Das hat die Briten an die in vielen britischen Städten seit Jahrzehnten existierenden Probleme mit nicht zu integrierenden Zuwandern, fast allesamt Moslems und viele davon Salafisten, erinnert.

Was die Massenvergewaltigungen an Silvester in Köln für Deutschland waren, das waren die Vergewaltigungsorgien meist pakistanischer Zuwanderer an britischen Kindern vor einigen Jahren in Rotherham für England. Trotz zahlloser Hinweise hatten die britischen Behörden und die Polizei jahrelang weggesehen, sich weggeduckt. Der Grund hierfür war die erbärmliche "politische Korrektheit" der linken "Gutmenschen" in der Labour-geführten Stadt. Die meisten Briten glaubten nach der Aufdeckung des Skandals, daß Rotherham kein Einzelfall war. ...

Daß Bundeskanzlerin Angela Merkel mit ihren nicht mit der EU abgesprochenen Willkommensrufen für die auf dem Balkan gestrandeten abertausenden Zuwanderern in gewaltigem Ausmaß die "Flüchtlingslawine" verstärkt hat, war für die Briten eine feststehende Tatsache. Daß die Kanzlerin ganz Europa dazu verpflichtet wollte, gemeinsam die Folgen ihres kurz-sichtigen Alleingangs auszubaden, könnte die eine Million Stimmen gekostet haben, die am Ende für einen Verbleib Großbritanniens in der EU gefehlt haben. ...

Aber die Zumutung Merkels, die eigenen Fehler auf Kosten der EU-Partner auszugleichen, war einer Mehrheit von Briten zu viel. Das verstanden sie als Angriff auf ihre Souveränität, und das von einem EU-Land wie Deutschland, das seine eigene "Flüchtlingspolitik" nicht mehr im Griff hat. Die britischen Wähler wollten mit dem Brexit wieder die Handlungshoheit über die Einwanderung erlangen, denn die EU hat hier kläglich versagt.<<

Die Tageszeitung "Hamburger Abendblatt" berichtete am 13. Juli 2016: >>... Immer mehr Rentner müssen arbeiten

Rentner haben grundsätzlich niemals Zeit: In der Hansestadt gehen sogar immer mehr Senioren einer regulären Arbeit nach. Lag die Quote der Erwerbstätigkeit der 65- bis 70-Jährigen im Jahr 2000 bei zehn Prozent, so sind es jetzt 19. Damit rangiert die Hansestadt bei einem bundesweiten Ranking auf Platz zwei – nach Baden-Württemberg. Der Bundesdurchschnitt liegt derzeit bei 16,6 Prozent. Schlußlicht ist Sachsen-Anhalt. Dort haben die wenigsten Rentner noch einen Job (11,7 Prozent).

Das geht aus einer Auswertung der Initiative der Versicherungswirtschaft "Sieben Jahre länger" auf der Basis von Daten der Bundesagentur für Arbeit hervor. Im Blick auf die Bundesländer liegt Bremen auf Platz vier und Niedersachsen auf Rang 7. Im Jahr 2015 hatten in ganz Deutschland etwa 665.000 von rund vier Millionen Rentnern in der Altersgruppe der 65- bis 70-Jährigen einen Job. Das sind 300.000 mehr als im Vorjahr.

Die Experten der Versicherungswirtschaft sehen unterschiedliche Gründe für den Boom. Der Zuwachs liege nur zum geringen Teil an der schrittweisen Anhebung des Renteneintrittsalters. Für die meisten Rentner sei Geld weniger wichtig, sie hätten einfach Spaß an der Arbeit und den Kontakten zu anderen Menschen, hieß es.

Die Armutsquote bei Rentnern ist auf 13,3 Prozent gestiegen

Allerdings haben den Angaben der Initiative zufolge gerade die Senioren in den Boomregionen wie Hamburg wegen der höheren Lebenshaltungskosten ein größeres Interesse an weiterer Arbeit. Sie wollen damit womöglich drohender Armut im Alter entkommen. Der Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands hatte unlängst auf eine dramatische Entwicklung in der Hansestadt hingewiesen. Danach ist die Armutsquote bei den Rentnern auf 13,3 Prozent gestiegen. Seit 2006 hat sich die Zahl damit mehr als verdoppelt. "Das Alter wird in Hamburg immer stärker zum Armutsrisiko", hatte Joachim Speicher, Geschäftsführer des Paritätischen Hamburg, bei der Vorstellung des Armutsberichts gesagt. "Die Zahl der Betroffenen steigt jedes Jahr, unabhängig von der allgemeinen Armutsentwicklung."

Die Initiative "7 Jahre länger" ist ein Projekt der Versicherer. Sie wollen das Bewußtsein dafür schärfen, daß Menschen in Deutschland immer älter werden. Das Forsa-Institut hatte entdeckt, daß Männer durchschnittlich sieben Jahre länger leben, als sie denken. Der männliche Deutsche rechnet damit, daß er im Schnitt mit 77,4 Jahren das Zeitliche segnet. Tatsächlich aber beträgt seine statistische Lebenserwartung 84,7 Jahre. Auch Frauen unterliegen einer Fehleinschätzung: Sie erwarten, so die Forsa-Umfrage, ein Alter von 80,8 Jahren, werden aber fast acht Jahre älter.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 5. August 2016 (x892/...): >>**Zerstörung der Identitäten**

Es ist das ausdrückliche Ziel der politischen Kaste in Deutschland in der Europäischen Union und den Vereinten Nationen die persönliche und soziale Identität der Menschen zu zerstören. Der Angriff auf die persönliche Identität wird weltweit mit Hilfe der radikalen und undemokratischen Durchsetzung der Gender Mainstreaming Ideologie verfolgt. Die Zerstörung der sozialen Identität geschieht durch die "Ausradierung monokultureller Staaten", wie dies wörtlich der Vizepräsident der Europäischen Kommission Frans Timmermans gesagt hat. Hier einige weitere Zitate, die alle das gleiche Ziel zum Ausdruck bringen:

Nicolas Sarkozy:

"Was also ist das Ziel? Das Ziel ist die Rassenvermischung! Die Herausforderung der Vermischung der verschiedenen Nationen ist die Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Es ist keine Wahl, es ist eine Verpflichtung. Es ist zwingend. Wir können nicht anders, wir riskieren sonst Konfrontationen mit sehr großen Problemen.

Deshalb müssen wir uns wandeln, und werden uns wandeln. Wir werden uns alle zur selben Zeit verändern. Unternehmen, Regierung, Bildung, politische Parteien und wir werden uns diesem Ziel verpflichten. Wenn das nicht vom Volk freiwillig getan wird, dann werden wir staatliche zwingende Maßnahmen anwenden!" - Sarkozy am 17. Dezember 2008 ... zu führenden EU-Politikern als Vorsitzender des Europäischen Rates.

Sergio de Mello:

Am 4. August 1999 gestand Sergio Vieira de Mello, Ex-UN-Administrator für den Kosovo, in einer Sendung des US-Radiosenders PBS folgende UN-Zerstörungspolitik ein, die nie von der Bevölkerung auch nur eines Mitgliedslandes per demokratischem Votum abgesegnet worden ist. Vieira de Mello wörtlich:

"Ich wiederhole: Unvermischte Völker sind eigentlich ein Nazi-Konzept. Genau das haben die alliierten Mächte im 2. Weltkrieg bekämpft. Die Vereinten Nationen wurden gegründet, um diese Konzeption zu bekämpfen, was seit Dekaden auch geschieht. Genau das war der Grund, warum die NATO im Kosovo kämpfte. Und das war der Grund, warum der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine solch starke Militärpräsenz im Kosovo verlangte - nämlich um ein System ethnischer Reinheit zu verhindern." ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. September 2016: >>**Sarkozy beleidigt politische Freunde**

Ex-Berater veröffentlicht Mitschnitte von Gesprächen des früheren Präsidenten ...

Ex-Präsident Jacques Chirac sei "korrupt, böseartig und gierig", Ex-Premierminister François Fillon ein "jämmerlicher Typ" und der frühere Staatsminister Christian Estrosi habe nur "eine Nuß im Kopf". So soll Nicolas Sarkozy seine Parteifreunde verunglimpft haben - ohne zu ahnen, daß die Öffentlichkeit je davon erfahren würde. Doch der Berater des damaligen Präsidenten, Patrick Buisson, hat die Aussagen mitgeschnitten. Gestern ist sein Buch "Die Sache des Volkes. Die verbotene Geschichte der Präsidentschaft Sarkozy" mit zahlreichen Zitaten und Anekdoten erschienen.

Zwei Monate vor den internen Vorwahlen, bei denen die Republikaner ihren Kandidaten für die Präsidentschaftswahl im Frühjahr 2017 küren, dient das Werk nur einem Zweck: den Parteichef und Mitbewerber Sarkozy zu demontieren. Zu den Beleidigten gehört neben Estrosi auch der Ex-Budgetminister François Baroin, beide unterstützen Sarkozy.

Auch aus einer Unterhaltung Sarkozys mit Bundeskanzlerin Angela Merkel zitiert Buisson. Sarkozy soll scherzhaft zu ihr gesagt haben: "Ich bin der Kopf, Sie sind die Beine." Die Kanzlerin antwortete demnach unter Anspielung auf die deutsche Finanzkraft in Europa: "Nein, ich bin die Bank." ...

Fast zeitgleich mit der Buchveröffentlichung bringt auch das investigative Online-Magazin "Mediapart" neuen Ärger für Sarkozy: Es berichtete nun über den Fund des Notizbuches des früheren libyschen Erdölministers Choukri Ghanem, der 2012 tot in der Donau bei Wien aufgefunden wurde. In dem Heft ist von drei Überweisungen an Sarkozy in Höhe von insgesamt 6,5 Millionen Euro die Rede.

Die Vorwürfe sind nicht neu, längst ermittelt die Justiz zu dem Vorwurf, der frühere Machthaber Libyens Muammar al-Gaddafi habe 2007 den Wahlkampf des Konservativen massiv gesponsert; empfing er ihn nach seiner Wahl mit großem Pomp in Paris, so betrieb er 2011 die Bombardierung Libyens und al-Gaddafis Sturz.

Der neue Bericht legt die Vermutung nahe, daß Sarkozy zu allem bereit war, um an die Macht zu gelangen - ein Eindruck, den Buissons Berichte stützen.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. Oktober 2016: >>**Offenbarungseid in Brüssel ...**

Es war der Tag der Wahrheit für die 28 EU-Mitgliedstaaten: Bis zum gestrigen Montagabend mußten die Finanzminister ihre Entwürfe für den Etat 2017 in Brüssel bei Währungskommissar Pierre Moscovici einreichen. Die Prozedur, in der Hochzeit der Staatsschuldenkrise zur Disziplinierung der Regierungen ersonnen, ist so etwas wie ein öffentlicher Offenbarungseid. Der erste Überblick zeigt:

Auf der Schuldensünder-Bank der Union sitzen die bekannten Sorgenkinder. Frankreich, Portugal, Spanien, Griechenland, Rumänien, Italien und Kroatien werden auch im nächsten Jahr die Defizit-Grenze reißen, die üblicherweise bei drei Prozent liegt. Tatsächlich aber gibt Brüssel schon seit Einführung der Haushaltskontrolle die Höchstgrenze für jede Hauptstadt einzeln vor – und die kann schon einmal deutlich niedriger ausfallen. ...

Paris reißt zum neunten Mal hintereinander die gesetzten Stabilitätshürden – mit einem Defizit von 2,7 Prozent nach 3,3 Prozent in diesem Jahr so der Plan. Stammgast auf der Sünderbank ist übrigens Griechenland, das nun seit 21 Jahren keinen ausgeglichenen Etat vorweisen kann. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 27. Oktober 2016: >>**Regierung warnt vor Altersarmut**

... Viele Menschen in Deutschland rutschen voraussichtlich in die Altersarmut ab, wenn sie nicht selbst vorsorgen. ...

2015 erhielten 90 Prozent der 65-Jährigen und Älteren eine Versichertenrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung.

Bezogen auf alle Empfänger ergebe sich in diesem System eine durchschnittliche Leistungshöhe von 960 Euro Brutto und 861 Euro Netto im Monat. Dabei seien größere Unterschiede zwischen Männern und Frauen sowie zwischen den alten und neuen Bundesländern festzustellen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 31. Oktober 2016: >>**Niedrigzinsen kosten Bürger Milliarden**

Deutschlands Sparer gehen durch die Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank alljährlich mehrere Milliarden Euro verloren. Die jährlichen Zinsgutschriften auf Spareinlagen sind von 2009 bis 2015 auf ein Drittel ihrer früheren Höhe geschrumpft - von 13,8 auf 4,4 Milliarden Euro, wie aus den in den Monatsberichten der Bundesbank veröffentlichten Zahlen hervorgeht.

Die großen Gewinner hingegen sind Bund und Länder: Die Ausgaben für die Schuldzinsen sind stark geschrumpft - allein der Bund zahlte 2015 fast 15 Milliarden Euro weniger als 2009 ...<<

Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 25/26 berichtete am 8. November 2016: >>**Soll erneut ein Weltkrieg herbeimanipuliert werden?**

Ein geschichtlicher Blick auf die Bedeutung von EU und Nato sowie den Ersten Weltkrieg

*von Wolfgang Effenberger**

Am 24. Juni 2016, keine 24 Stunden nach der Abstimmung der Briten über den Austritt ihres Landes aus der EU, fragte Paul Craig Roberts auf der Webseite des von ihm gegründeten "Institute for Political Economy": "The Brexit Vote - What Does it Mean?" und gab in seinem sprengstoffgeladenen Artikel eine eindeutige Antwort: "Hoffentlich ein Auseinanderbrechen der EU und der Nato und damit die Vermeidung des dritten Weltkriegs".

Für den ehemaligen hohen Beamten im Finanzministerium der Regierung von Ronald Reagan sind die EU und die Nato "böartige Institutionen" ("evil institutions"), die von den USA kreiert wurden, "um die Souveränität der europäischen Völker zu zerstören. Nato und EU ermöglichen Washington die Kontrolle über die westliche Welt. Unter dieser Tarnung wird Washingtons Aggression erst möglich.

Ohne EU und Nato kann Washington Europa und das Vereinigte Königreich nicht in einen Konflikt mit Rußland zwingen. Ohne EU und Nato hätte Washington in den letzten 15 Jahren nicht sieben muslimische Länder zerstören können, ohne als Kriegsverbrecher gehaßt und isoliert zu werden. Kein US-Regierungsmitglied hätte ins Ausland reisen können, ohne verhaftet und vor Gericht gestellt zu werden."

Paul Craig Roberts vernichtende Analyse ist es wert, im historischen Kontext gesehen zu werden:

Der französische Präsident Charles de Gaulle hatte schon früh durchschaut, daß es US-Amerikanern und Briten vor allem um die Anbindung der westeuropäischen Länder an die transatlantischen Pfeiler Nato und EU (damals EWG) ging. Schon in den ersten Monaten des Jahres 1947 hatten die USA aus Resten der Kriegskommandostrukturen des Zweiten Weltkriegs zwei Kommandozentren behalten: im Osten Eurasiens das pazifische Militärkommando PACCOM und im Westen Eurasiens das europäische Militärkommando EUCOM.

Am 4. April 1949 wurde die Nato gegründet mit dem Ziel, "die Russen draußen, die Amerikaner drinnen und die Deutschen unten zu halten", so der erste Nato-Generalsekretär Lord Ismay. Und schon im Dezember des gleichen Jahres verabschiedete die Nato den Kriegsplan Dropshot, mit dem 1957 die Sowjetunion angegriffen werden sollte.

Diese imperialen Ambitionen verärgerten de Gaulle zutiefst. Für ihn ging Europa vom "Atlantik bis zum Ural".

Auch wirtschaftlich sollte Europa geteilt werden. Am 9. Mai 1950, den wir heute als "Europa-

Tag" feiern, kündigte der französische Außenminister Schuman zur Überraschung der Westeuropäer (Adenauer soll nur wenige Stunden zuvor davon erfahren haben) die Erschaffung einer "Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl" (EGKS) an.

John Foster Dulles als oberster Strippenzieher

Hinter diesem Plan stand ein ganzes Netzwerk von Politikern, Militärs, Bankern, Industriellen und Spekulanten. Zu einem der Schattenstrategen sollte sich John Foster Dulles entwickeln. Die EGKS ging maßgeblich auf den französischen Unternehmer und Diplomaten Jean Monnet (1888-1979) zurück.

Seit den Verhandlungen in Versailles (1918/19) verband Jean Monnet eine lebenslange politische und persönliche Freundschaft mit John Foster Dulles, damals Berater unter Bernhard Baruch, dem damaligen Chefrepräsentanten der US-Reparationskommission und Mitglied des "War Trade Board" (Zentrales Büro für Planung und Statistik). Unter Baruchs Anleitung hat Dulles im Artikel 231 des Versailler Vertrages die deutsche Kriegsschuld (Alleinschuld) juristisch ausformuliert. Dieser Artikel war der wesentliche Grund für die erste deutsche Delegation unter Graf Brockdorff-Rantzau, die Unterschrift zu verweigern.

Um die Zustimmung zur Unterzeichnung eines Friedensvertrages zu erzwingen, wurde die effektive Seeblockade nach dem Waffenstillstand vom 11. November 1918 fortgeführt. Nachdem am 28. Juni 1919 Außenminister Hermann Müller (SPD) und Verkehrsminister Johannes Bell (Zentrum) unter Protest ihre Unterschrift unter den Friedensvertrag von Versailles setzten, wurde die Blockade am 12. Juli 1919 aufgehoben.

1921 war Dulles Mitbegründer des Council on Foreign Relations, wurde Mitglied der "Rockefeller Foundation" und beteiligte sich am "Dawes-" und am "Young-Plan", mit denen die deutschen Reparationszahlungen geregelt werden sollten.

Unter Dulles' wichtigsten Kunden waren nach 1919 Unternehmen wie etwa International Nickel Company oder Overseas Security Cooperation, aber auch Banken wie die J. P. Morgan. Er beriet sie bei Kreditgeschäften und stand ihnen teilweise auch vor. John Foster Dulles und sein Bruder Allen vertraten im Rahmen ihrer Tätigkeit bei der Wirtschaftskanzlei Sullivan & Cromwell US-amerikanische ebenso wie deutsche und europäische Unternehmen. Hierzu zählten die Chase Bank, Ford, ITT, SKF, der I.G. Farben-Konzern sowie die Belgische Nationalbank. Sie vertraten diese Unternehmen aber nicht nur rechtlich, sondern auch als verdeckte Platzhalter für Gesellschaftsanteile und als politische Lobbyisten.

Während des Zweiten Weltkriegs war Dulles auch für die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich tätig.

1945 beriet Dulles Arthur H. Vandenberg bei der Gründungskonferenz der Vereinten Nationen in San Francisco und arbeitete dort an der Präambel der UN-Charta mit. Später wurde Dulles Mitglied der Generalversammlung in den Konferenzen von 1947 bis 1949. Gleichzeitig schob er die Gründung der Nato an und später ihres südasiatischen Pendant, der SEATO. Als Befürworter des Korea-Kriegs hatte er sich scharf gegen die Eindämmungspolitik (containment) von Präsident Truman gewandt und sich für eine aggressivere Variante, eine Politik der massiven Abschreckung, eingesetzt.

Als CIA-Direktor beziehungsweise US-Außenminister setzten die Brüder Allen und John Foster Dulles ihre vorherigen Aktivitäten unvermindert fort.

Abschaffung der historischen Nationen Europas

Mit der Gründung der EGKS wurde der erste Schritt zur Abschaffung der historischen Nationen Europas unternommen. Somit ist der Schuman-Plan nicht der Anfang der Konstruktion Europas, sondern der Anfang der Destruktion der einzelnen europäischen Nationen durch supranationale Institutionen.

In den besonderen Beziehungen Großbritanniens zu den USA sah de Gaulle damals eine Gefahr, weshalb er dessen Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu verhindern

suchte. Seine Distanz zur angloamerikanischen Geostrategie und sein vertrauensvolles Verhältnis zum deutschen Nachkriegskanzler Konrad Adenauer verhinderten eine Wiederholung der Politik Georges Clémenceaus, die das ohnehin schwierige Verhältnis Frankreichs zu Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg vergiftet hatte.

Vom Spaltpilz zum Atompilz

Nachdem Paul Craig Roberts Aussage über die Gründungsmotive von EU und Nato nicht zu widerlegen sind, steht er mit der Furcht vor einem dritten Weltkrieg nicht allein. Am gleichen Tag veröffentlichte der kanadische Journalist, Autor und Menschenrechtler Murray Dobbin im monatlich erscheinenden US-Magazin Counterpunch seinen Artikel "Do We Really Want a War With Russia?"

Das ehemalige Vorstandsmitglied des Canadian Centre for Policy Alternatives meint, die Nato habe sich stetig ausgeweitet, indem sie viele ehemalige sowjetische Republiken absorbierte, wie Polen, Ungarn, Bulgarien, Litauen, Lettland, Estland und Rumänien. Es überrascht kaum, daß Rußland diese Expansion als grobe Verletzung seines Vertrauens in den Westen sieht und als militärische Bedrohung - vor allem, wenn man bedenkt, daß die Nato offiziell als Bollwerk gegen den Sowjetkommunismus gegründet wurde.

Konsequenterweise hätte also die Nato 1990 aufgelöst werden müssen. Weiter sieht Dobbin Polen als Schlüssel in dieser gefährlichen Scharade. Meint er damit die ähnliche Situation Polens wie 1938/39, als der Krieg mit Spannungen an der polnischen Westgrenze begann? Im Laufe des Jahres 2016 führte die Nato ausgedehnte Manöver durch - Dobbin verweist auf die Operation Anaconda mit 30.000 westlichen Militärs, der größte militärische Aufmarsch an Rußlands Grenze seit der deutschen Invasion Rußlands im Juni 1941.

Polens Präsident: "Wir bereiten uns auf einen Angriff vor"

Dazu paßt die Drohgebärde des polnischen Präsidenten Andrzej Duda: "Das Ziel der Übung ist klar. Wir bereiten uns auf einen Angriff vor."

Nach Dobbins Kommentar erschien am 25. Juni auf der Plattform des Friedensinstituts von Ron Paul ein Artikel mit identischer Überschrift, verfaßt vom international angesehenen US-Journalisten Eric Margolis.

Er hat an der renommierten School of Foreign Service (SFS), Teil der ältesten römisch-katholischen, von Jesuiten geleiteten Universität in den USA, der Georgetown Universität in Washington D.C., seinen Abschluß gemacht. Diese Schule wurde 1919 vom Jesuitenpater Edmund A. Walsh gegründet, der zeitgleich mit Karl Haushofer Politische Geographie lehrte. Heute gehört auch Madame Albright zum Lehrkörper.

Sie sitzt außerdem im Vorstand des Council on Foreign Relations, des Aspen Institute und des Center for American Progress. 2010 legte sie als Leiterin einer Expertengruppe der Nato ein neues strategisches Konzept vor.

Margolis ermahnt alle heutigen Politiker, Christopher Clarks Meisterwerk "Die Schlafwandler" zu lesen und immer wieder zu lesen. Für Margolis beschreibt Clark "detailliert, wie die kleinen Intrigen (small cabals) antideutscher Offizieller in Frankreich, England und Rußland den Ersten Weltkrieg manipulierten, einen Konflikt, der unnötig, idiotisch und unlogisch war, ... wir sehen heute den gleichen Prozeß am Werk.

Die Kriegsparteien in Washington, unterstützt vom militärisch-industriellen Komplex, die zahmen Medien und die Neokons, alle agitieren sie schwer für den Krieg, ... seit Friedrich dem Großen haben weise europäische Staats- und Regierungschefs gelernt, nicht gegen Rußland zu kämpfen, ... man schaudert bei dem Gedanken, künftig Hillary Clinton als Oberbefehlshaberin zu sehen, ... alles was es jetzt braucht, ist ein Terroranschlag wie in Sarajewo, um einen großen Krieg zwischen den beiden Atommächten zu entfachen."

Was bei Christopher Clark nicht zu lesen ist

Was hätte Margolis wohl geschrieben, wenn ihm weitere Zusammenhänge bekannt gewesen

wären, die in Clarks Buch nicht zu finden sind? So unterschlägt Clark die Tätigkeit der Marineabteilung im Committee of Imperial Defense: Die langfristige Vorbereitung einer (völkerrechtswidrigen!) See-Blockade gegen Deutschland, die nachhaltig die deutsche Wirtschaft treffen sollte. Über diese legten zwei Mitglieder der Marineabteilung des CID eindeutig Zeugnis ab: Maurice Hankey in "The Supreme Command" und A. C. Bell in "A History of the Blockade of Germany".

In der Marineabteilung wurden seit 1908 derartige Pläne entwickelt, die den 1st Seelord Churchill sehr erfreuten.

Laut dem britischen Marinehistoriker, Marinestrategen und offiziellen Historiker der Royal Navy, Sir Julian Corbett, wurde der Erste Weltkrieg von Lord Hankey und seinen Mitarbeitern innerhalb der britischen Regierung mit "einer geordneten Vollständigkeit im Detail, die keine Parallele in unserer Geschichte hat", geplant.

Bezeichnenderweise sucht man die Autoren Hankey, Bell und Corbett im Index von Christopher Clarks "Schlafwandler" vergebens. Aber auch in den deutschen Publikationen von Winkler, Münkler, Friedrich, Leonhard tauchen sie nicht auf.

Leo Trotzki's Analyse zum Ersten Weltkrieg

Ebenso ein weiterer wichtiger Zeitzeuge, dessen historische Analyse für Großbritannien nicht sehr schmeichelhaft ausfällt: Leo Trotzki.

"... die englische Demokratie hat doch zum imperialistischen Kriege geführt, und zwar nicht nur in dem Sinne allgemeiner Verantwortung aller kapitalistischen Staaten für den Krieg - nein, im Sinne der direkten und unmittelbaren Verantwortung der englischen Diplomatie, die bewußt und berechnend Europa in den Krieg trieb. Hätte die englische 'Demokratie' erklärt, daß sie auf seiten der Entente in den Krieg eingreift, hätten wahrscheinlich Deutschland und Österreich-Ungarn den Rückzug angetreten.

Hätte England seine Neutralität erklärt, hätten wahrscheinlich Frankreich und Rußland diesen Rückzug angetreten. Aber die britische Regierung hat anders gehandelt: Sie hat heimlich der Entente ihre Unterstützung versprochen, Deutschland und Österreich-Ungarn auf die Möglichkeit der Neutralität rechnen lassen und sie irregeführt. So hat die englische 'Demokratie' den Krieg provoziert ..."

"Merchants of death" und die Lehren aus dem Weltkrieg

Es waren also größere Kabale als die "small cabals", die 1914 in den Krieg führten. Letztlich war es ein kleiner Kreis von britischen Politikern, die hinter dem Rücken ihrer ahnungslosen Kollegen agierten: Edward Grey, Richard Haldane, Herbert H. Asquith und nicht zuletzt Winston Churchill. Sie überrumpelten Kabinett und Parlament, während im Hintergrund Lord Milner die Strippen zog. 1934 begann unter dem Vorsitz des Senators Gerald Nye das Senate Munitions Investigating Committee, den Einfluß amerikanischer Banken und Waffenfabrikanten auf den Kriegseintritt im Jahr 1917 zu untersuchen.

Der Ausschuß fand heraus, daß die Waffenindustrie neben Preisabsprachen vor und während des Krieges starken Einfluß auf die US-Außenpolitik genommen hatte. Wegen der immensen Kredite an die Entente hätten die Morgan-Banken bei einer Niederlage der Entente Insolvenz anmelden müssen.

Nach zwei Jahren (93 Anhörungen und 200 Zeugen, darunter J. P. Morgan) kam das Komitee zu dem Ergebnis, daß die USA von den "Kaufleuten des Todes" (Merchants of death), Bankiers und Rüstungsindustriellen, in den Krieg "getrickst" worden seien.

Kommt uns dieses Szenario nicht bekannt vor? Spätestens seit 2008 sind hinter den globalen Unruhen und Konflikten die Interessen einer entfesselten Gier nach Renditen und Ressourcen erkennbar. Wie damals werden Konflikte geschürt, wenn nicht sogar provoziert, um Volkswirtschaften aufzubrechen und Länder abhängig zu machen. Der Imperialismus ist nach dem Zweiten Weltkrieg keineswegs begraben worden.

Der Blick in die jüngste Geschichte zeigt, daß die meisten der heutigen globalen Verwerfungen ihre Wurzeln in der imperialen Politik zu Beginn des 20. Jahrhunderts haben. Es ging um schonungslose Ausbeutung und Mißachtung anderer Kulturen. Mit dem Frieden von Versailles wurden Kränkungen manifestiert, die sich nicht dauerhaft unterdrücken lassen. So könnte der hundertste Jahrestag von Versailles Anlaß sein, daß alle Betroffenen den Balken in ihrem Auge erkennen und einen Prozeß der Heilung einleiten - so könnten endlich die 14 Punkte von Wilson nachträglich verwirklicht werden.

Voraussetzung dafür ist allerdings die Auflösung der heutigen imperialen westlichen Strukturen. Mit dem Austritt Großbritanniens aus der Nato-dominierten EU könnte der Neustrukturierungsprozeß hin zu einer wirklichen Europäischen Gemeinschaft eingeleitet werden, einer europäischen Gemeinschaft, die Rußland einbezieht.

*Wolfgang Effenberger, 1946 geboren, ist Publizist und Buchautor. Seine beiden aktuellen Bücher heißen "Wiederkehr der Hasardeure. Schattenstrategen, Kriegstreiber, stille Profiteure 1914 und heute" (gemeinsam mit Willy Wimmer), 2014 und "Geo-Imperialismus. Die Zerstörung der Welt", 2016 ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 9. Februar 2017: >>**Ungeheures**

Schneeballsystem

Wird 2017 zum Schicksalsjahr des Euro und der EU? Zwei Erdbeben hintereinander, Brexit und Donald Trump, haben die Selbstgewißheit der europäischen Eliten erschüttert. Bald stehen Wahlen in Holland und Frankreich an; in beiden Ländern liegen die Chancen der EU-Gegner, hier Geert Wilders, dort Marine Le Pen, nicht schlecht. Nicht ausgeschlossen ist auch, daß, wenn sowieso alle Dämme brechen, Italien oder ein anderes Land der Südschiene sich aus der Gemeinschaftswährung verabschiedet.

Noch schart die Angst vor den Folgen die Mannschaft um den Kapitän, sprich: um die deutsche Kanzlerin. Seit Ausbruch der Finanzkrise vor fünf Jahren ist es wesentlich ihr persönlicher Nimbus, der Euro und EU unbeirrt auf Kurs zu halten scheint. Doch dieser Nimbus hat seit der Flüchtlingskrise gelitten - nach außen wie nach innen. Wenn die Kanzlerin sich jetzt obendrein als besiegtbar erweist, ist es gut möglich, daß der Kahn ganz auseinanderbricht.

Schuldendienst könnte zusammenbrechen

Kein Wunder, daß alle Welt die zu erwartenden Konsequenzen berechnet. Szenarien gibt es verschiedene. "Sollte ein Land das Eurosystem verlassen", schrieb Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), kürzlich, "müßte dessen Nationalbank die Ansprüche oder Verbindlichkeiten mit der Europäischen Zentralbank vollständig ausgleichen." Ein wahres Wort.

Nur wird die neu-alte nationale Währung dieses Landes im Vergleich zum Euro deutlich weniger wert sein als beim Start der Eurozone. Die Einfuhren würden empfindlich teurer, die Exportwirtschaft würde angekurbelt ... aber was exportieren die Hungerleider unter den Euroländern schon groß?

Vor allem würde der Schuldendienst zusammenbrechen. Ausländische Banken und Lieferanten blieben auf ihren Forderungen sitzen. Das gilt auch für die Verbindlichkeiten aus dem Euro-Rettungsschirm ESM. Und für jene im Rahmen des Verrechnungssystems TARGET. Schon zum Höhepunkt der Finanzkrise standen die sogenannten TARGET-Salden im Licht der Öffentlichkeit.

Schwache Länder lassen anschreiben

Es war der damalige Präsident des Münchener Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, der im Februar 2011 darauf aufmerksam machte, daß die Schuldnerländer der EU, deren Anleihen niemand mehr haben wollte, sich via TARGET durch die Hintertür finanzierten.

An und für sich regelt das TARGET-System nur den laufenden Zahlungsverkehr zwischen den Zentralbanken. Diese Geldflüsse spiegeln den grenzüberschreitenden Handel mit Waren

und Dienstleistungen. Vereinfacht ausgedrückt bilden die täglichen Salden die Handelsbilanz der beteiligten Volkswirtschaften ab.

Notorische Exporteure wie Deutschland bauen Forderungen auf, die in den Einfuhrländern als Verbindlichkeiten zu Buche schlagen. Der Trick ist: Euro-Länder genießen bei TARGET einen unbegrenzten Überziehungsrahmen. Sie importieren und lassen anschreiben wie vor langer Zeit beim Kaufmann um die Ecke.

Milliarden-Risiken am Steuerzahler vorbei

In der Vergangenheit wurden die TARGET-Verbindlichkeiten beglichen, indem die betroffenen Zentralbanken sich im Ausland refinanzierten. Das funktioniert seit Beginn der Finanzkrise nicht mehr - Ländern wie Griechenland, die kaum noch Anleihen plazieren können, steht allenfalls der ESM-Rettungsschirm zur Verfügung.

Oder sie lassen anschreiben - dann steigen im Gegenzug die TARGET-Forderungen der Ausfuhrländer wie Deutschland. Der eigentliche Kreditgeber, etwa der deutsche Steuerzahler, wird nicht gefragt. TARGET-Forderungen sind also nichts anderes als TARGET-Risiken. Zum Stichtag 31. Januar 2017, 24.00 Uhr, waren es für die deutsche Bundesbank 795.621.293.492,45 Euro.

Solange die Euro-Zone hält, sind die Forderungen wenigstens auf dem Papier werthaltig. Führt jedoch ein Schuldnerland seine nationale Währung wieder ein, dann wird es seine Euro-Verbindlichkeiten in nationaler Währung zum ursprünglichen Umrechnungskurs beglichen wollen. Wenn überhaupt. Nur wird dieser Umrechnungskurs dann völlig unrealistisch sein.

Deutschland könnte auf TARGET-Forderungen sitzenbleiben

Das böseste Szenario ist der komplette Zusammenbruch der Eurozone, also der gleichzeitige Ausstieg aller Mitglieder. In dem Fall würde das wirtschaftlich stärkste Land - gegenwärtig und bis auf weiteres Deutschland - sofort zum Magneten für Anleger aus Europa und der ganzen Welt. Die wieder eingeführte D-Mark würde binnen Minuten in die Höhe schnellen, die deutsche Exportwirtschaft (über die Hälfte des Bruttosozialprodukts) zusammenbrechen, und die fast 800 Milliarden TARGET-Forderungen der Bundesbank wären größtenteils für die Katz.

Erinnert man sich an die Diskussionen um den deutschen Beitrag zum Euro-Rettungsschirm "nur" 190 Milliarden -, dann begreift man Hans-Werner Sinns Schlußfolgerung vor sechs Jahren: "Wenn die Länder, deren Banken die Kredite gegeben wurden, zahlungsunfähig werden, haftet Deutschland. Es tun sich Abgründe auf." Und damals, Anfang 2011, lagen die deutschen TARGET-Forderungen bei deutlich weniger als der Hälfte von heute!

De facto hat die Bundesregierung sechs Jahre lang sehenden Auges über 400 Milliarden Euro zusätzliches Risiko in die Bücher genommen - und alles nur, damit der schöne europäische Traum nicht platzt. Wie sie dieses ungeheure Schneeballsystem verantworten will, sollte die Bundeskanzlerin als Richtlinienverantwortliche der deutschen Politik dem Souverän bei Gelegenheit erklären.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 27. September 2017: >>Nächster Schritt zur Schuldenunion

Seit über sieben Jahren versuchen die Euro-Staaten ihre politische Ideologie einer gemeinsamen Währung gegen die Gesetze der Wirtschaftswissenschaften aufrechtzuerhalten.

Die Illusion einer gemeinsamen Währung trotz stark abweichender Wettbewerbsfähigkeiten in den Volkswirtschaften der Euro-Zone ist jedoch bereits seit Mai 2010 gescheitert, als die Maastricht-Kriterien erstmals gebrochen und Griechenland aus der Patsche geholfen wurde. Seither sind zunächst mit dem EFSF und später mit dem ESM immer neue Haftungs- und Schuldenvergemeinschaftungsmodelle geschaffen worden. Gebracht hat es nichts. Die griechischen Staatsschulden sind höher als je zuvor. In Griechenland, Spanien und Italien ist die Arbeitslosigkeit und besonders die Jugendarbeitslosigkeit trotz der EZB-Geldschwemme

weiter auf Rekordniveau.

Bezahlen durften das Spiel mit dem Feuer bisher vor allem deutsche Sparer, die Milliardenverluste durch die Niedrigzinspolitik zu verzeichnen haben. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 7. Dezember 2017 über den deutschen SPD-Politiker Martin Schulz: >>SPD-Parteitag stimmt für Gespräche mit der Union

... In seiner Parteitagsrede forderte Schulz die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa bis 2025. "Ich will, daß es einen europäischen Verfassungsvertrag gibt, der ein föderales Europa schafft", sagte der frühere Präsident des Europaparlaments. ...

Kritik an Schulz` Thesen zur Europapolitik kam aus der CSU. "Man muß jemanden, der die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa bis 2025 fordert, der damit die Auflösung der Nationalstaaten in den kommenden sieben Jahren will und der alle, die sich diesem Diktat nicht beugen wollen, aus der EU rausschmeißen will, wohl als einen Europaradikalen bezeichnen", sagte CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt laut einem Bericht der *Welt*.<<

"SPIEGEL ONLINE" berichtete am 9. Dezember 2017: >>Martin Schulz will bis 2025 die Vereinigten Staaten von Europa gründen.

Die meisten Deutschen sehen die Idee laut einer aktuellen Umfrage kritisch.

Nicht einmal jeder dritte Deutsche ist für die Vereinigten Staaten von Europa. Laut einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Emnid für die "Bild am Sonntag" befürworteten nur 30 Prozent der Deutschen den Vorstoß von SPD-Parteichef Martin Schulz. 48 Prozent lehnen es dagegen ab, die EU bis 2025 zu Vereinigten Staaten von Europa umzubauen. 22 Prozent waren sich unsicher oder machten keine Angabe.

Schulz hatte die Idee am Donnerstag auf dem SPD-Parteitag formuliert. Er will erreichen, daß die Europäische Union bis 2025 einen gemeinsamen Verfassungsvertrag formuliert. Die EU-Mitglieder, die dieser föderalen Verfassung nicht zustimmen, müßten dann die EU verlassen.

Der Vorstoß war in Berlin mit Zurückhaltung aufgenommen worden. Kanzlerin Angela Merkel ließ ihre Skepsis durchblicken, bezog aber nicht klar Stellung. CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt wies den Vorstoß schroff zurück und nannte den SPD-Chef einen "Europaradikalen". "Schulz spaltet damit Europa", sagte er.

Die Idee der Vereinigten Staaten von Europa nach dem Vorbild der USA gibt es schon weit- aus länger als die Europäische Union. Die Sozialdemokraten haben sich bereits 1925 erstmals dafür ausgesprochen. Schulz nennt jetzt aber einen konkreten Zeitpunkt, bis zu dem dieses Ziel realisiert werden soll: 2025 - genau 100 Jahre nach dem ersten Beschluß der SPD zu diesem Thema.<<

Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 10 berichtete am 23. April 2019: >>Ich habe an einem Faden des Lügengespinnstes gezogen, und es ist alles ans Licht gekommen"

Buchbesprechung von *Rita Müller-Hill*

In der Sendung Les Terriens du samedi, ausgestrahlt am 9. März im französischen Fernsehen Canal+, wurde Philippe de Villiers vom Journalisten Thierry Ardisson gefragt, ob Angela Merkel die Geschichte Walter Hallsteins, des ersten Präsidenten der Europäischen Kommission, bekannt war, als sie am 13. November 2018 im Deutschen Bundestag eine große Lobrede auf ihn hielt. Philippe de Villiers antwortet sehr ernst: "Ja, und ich denke, sie hat gelogen."

Erläuterung zum Buchtitel

Auf den ersten Seiten seines Buches erzählt Philippe de Villiers, wie er dazu gekommen ist, sich mit der Geschichte der EU zu beschäftigen, und wie der Titel seines Buches zustande kam. Er berichtet auf Seite 19 von einer Unterhaltung mit dem langjährigen (1958-1968) französischen Außenminister Maurice Couve de Murville, der dieses Amt schon während der Präsidentschaft Charles de Gaulles innehatte. Im Laufe dieser Unterhaltung habe sich Couve de Murville über den Marshallplan, dessen Akzeptanz er als Unterwerfung bezeichnete, über

Walter Hallstein und den europäischen Einigungsprozeß geäußert: ... "Ach Europa! Das Europa der Gründerväter! Es genügt, wenn Sie an einem Faden ziehen, dann kommt alles." - "Aber an welchem Faden?" - "Am Faden des Lügengespinnstes."

Öffnung der Archive

Ein Professor der Sorbonne, den Philippe de Villiers nicht namentlich nennt, kommentierte später diesen sybillinischen Spruch: "Couve de Murville hat das erste Stottern des europäischen Projektes miterlebt. Er wußte alles über alle, über die Trugbilder und die Hintergedanken, die ganze Verwickeltheit, das Getue, den faulen Zauber. Am Faden ziehen sollte in seinem Sinne sicher heißen: an die Quelle gehen." "Aber an welche Quelle?", fragt de Villiers. "An die Quelle der Informationen, die in den Archiven schlummern. ... Sie sind nicht mehr geheim, sie sind nach und nach geöffnet worden, zugänglich gemacht worden", bekam er zur Antwort.

Als de Villiers vermutet, daß nun viele Forscher in die Archive stürzen, muß ihn der Professor enttäuschen. Es seien nur sehr wenige, die das tun. Und auf die Frage, warum die Forscher so wenig neugierig seien, erhält er zur Antwort, dies geschehe aus Vorsicht. Man könne seinen Lehrstuhl, seinen Lehrauftrag, seinen Job, seinen Verleger verlieren. - Auf die Frage, ob es sich da um ein Tabu handle, bekommt er zur Antwort: "Mehr als das, es geht um einen Mythos, eine Ideologie, ein Glaubenswerk. Alles, was diese Gründerväter betrifft, liegt im Bereich des Heiligen, Unberührbaren." - "Eine offizielle Wahrheit, also."

Diese Unterhaltung ist eine Art Initialzündung. Philippe de Villiers stellt vier Arbeitsgruppen zusammen, die er seine "Brigaden" nennt, und schickt sie auf die Quellensuche.

Im Buch dokumentiert er mit 28 Faksimilekopien auf 111 Seiten die Richtigkeit seiner Aussagen. Und Philippe de Villiers spricht aus, was nicht ans Licht der Öffentlichkeit kommen sollte. Nur ein enger Kreis von Eingeweihten wußte, wie die Dinge wirklich waren. General de Gaulle, der nicht zu diesen gehörte und den man lieber unschädlich gemachte hätte, wußte aber auch seit der Gründung der "France libre" in London (1940): Jean Monnet war nicht auf seiner Seite. Er vertrat die Interessen Amerikas, das auf den mit Hitler kollaborierenden Marschall Pétain setzte und de Gaulle als Störfaktor ansah.

"Philippe de Villiers hatte also Forschergeist und den Mut, sich in die Archive zu begeben und zu veröffentlichen, was er dort fand: Dokumente, die eindeutig beweisen, daß Jean Monnet von der CIA für seine Aktivitäten als Gründervater Europas bezahlt wurde, daß Robert Schumann eine zwielichtige Gestalt war, die zwischen den jeweiligen Machthabern hin und her wechselte und letztlich im Dienste der US-Amerikaner war."

Forschergeist und Mut

Im deutschsprachigen Raum hat Andreas Bracher bereits 2001 die sakrosankte Europa-Ideologie in Frage gestellt. In Zeit-Fragen wurden 2010 und 2011 zwei Artikel veröffentlicht, die eindeutig aufzeigten, in wessen Diensten Jean Monnet stand und in welche Netzwerke er eingebunden war.

Und Walter Hallstein, NS-Ausbildungsoffizier und juristischer Spezialist der Nazis für "Das Neue Europa", stellte seine Dienste ebenfalls den Amerikanern zur Verfügung.

Wer es wirklich wissen wollte, fiel jetzt bei der Veröffentlichung von de Villiers Buch nicht aus allen Wolken. Einiges ist jedoch neu: zum Beispiel die Tatsache, daß Monnets "Memoiren" nicht von ihm selbst geschrieben wurden, sondern im Auftrag Kennedys, bezahlt von der Ford Foundation, von einer Historikergruppe verfaßt wurden.

Wie entstanden Jean Monnets "Memoiren"?

De Villiers erzählt, wie er hinter dieses Geheimnis gekommen ist. Diese Episode ist beispielhaft für de Villiers Vorgehen: Die vielen menschlichen Beziehungen, die er in seinem Leben eingegangen ist, seine Fähigkeit zuzuhören, gepaart mit einem guten Gedächtnis und einer gehörigen Portion Humor, führen dazu, daß er auch Jahre später noch in der Lage ist, be-

stimmte Informationen, die er anfangs nicht verstand, in ihren Kontext einzuordnen und ihren Sinn zu erfassen. Wegen der Eindringlichkeit und des exemplarischen Charakters sei an dieser Stelle etwas genauer darauf eingegangen. Da es noch keine offizielle deutsche Übersetzung des Buches gibt, sind alle Passagen von der Autorin des Artikels übersetzt worden.

Philippe de Villiers besucht als Student Jacques Chapsal, seinen ehemaligen Professor der Politischen Wissenschaften, der während ihrer Unterhaltung überraschend Besuch von seinem Kollegen und Freund, dem Professor für moderne Geschichte Jean-Baptiste Duroselle, Autor eines Grundlagenwerks der Internationalen Beziehungen, - dem Duroselle, den damals jeder Student kannte - erhält. De Villiers darf bleiben und erhält Einblick in die Entstehungsgeschichte der Memoiren Jean Monnets. Chapsal fragt Duroselle: "Und, was machen diese Memoiren? Geht es voran?"

Duroselle: "Ja. Die Studenten arbeiten hart daran. Wir haben die Arbeit aufgeteilt."

Chapsal: "Das ist ja sicher wichtig für die Stiftung und für ihr Renommee in den USA."

Duroselle: "Ja, aber noch viel wichtiger, lieber Jacques, ist es für die Vereinigung Europas. Sie braucht einen neuen Anstoß, neuen Elan."

Bei anderer Gelegenheit sagt der französische Diplomat und Politiker Jean Francois-Poncet: "Die Memoiren Jean Monnets sind 'die kleine rote Bibel der Vereinigung Europas', die wir so dringend brauchen."

Wer wollte dieses Buch?

In diesem Zusammenhang stellt Philippe de Villiers drei Fragen: Wer hat diese Memoiren in Auftrag gegeben? Wer hat sie bezahlt? Wer hat sie geschrieben?

An dieser Stelle des Buches wird deutlich, wie unterschiedlich man an die Beantwortung solcher Fragen herangehen kann. Im umfangreichen Referenzwerk, der von Eric Roussel verfaßten Biographie Jean Monnets, werden Namen über Namen genannt. Menschen, mit denen Monnet in Kontakt war. Aber wer waren diese Leute? Welche Funktionen übten sie aus? In welche Netzwerke waren sie eingebunden? Welche Interessen verfolgten sie? In wessen Diensten standen sie? Von wem wurden sie bezahlt?

Dem ist de Villiers nachgegangen, hat die Zahlungsbelege gefunden und ist zu dem Ergebnis gekommen: Die US-Amerikaner haben das Werk in Auftrag gegeben und bezahlt. Dazu muß man Hintergrundwissen haben und den Mut, es offenzulegen. De Villiers beweist, daß die Ford Foundation als Geldgeber nicht einfach nur die Ford Foundation war, sondern einer der Geldverteiler der CIA. Wer hat die Memoiren verfaßt? Duroselle als leitender Professor verteilte die Arbeit an eine Gruppe von Studenten. Pierre Gerbet, Eric Westphal, André Kaspi, Richard Mayne. "Es funktionierte wie eine Maschine, die Nachforschung, Erzählung und Schreiben herstellt."

Jean Monnet selbst interessierte sich kaum für das Werk. Geschrieben wurde es letztlich von François Fontaine, einem Romanautor, der im Römischen Reich die Vorankündigung einer vollendeten Europäischen Union sah.

Wir haben bei unseren eigenen Nachforschungen festgestellt, daß die oben genannten Autoren fester Bestandteil der "Monnet-Forschung" sind. Sie werden immer wieder zitiert - insbesondere zitieren sie sich gegenseitig -, wenn man sie konsultiert, wird man im Kreis herumgeschickt.

EU eine Etappe auf dem Weg zur Welt-Governance?

Nur der letzte Abschnitt der Memoiren Jean Monnets stammt von ihm selbst. Und da erschließt sich nach Philippe de Villiers das Geheimnis seiner Intentionen: Die Europäische Gemeinschaft ist kein Ziel an sich. Wichtig ist, daß die alten Nationen von gestern mit ihrer jeweiligen Souveränität nicht mehr der Rahmen sein sollen, in dem die aktuellen Probleme gelöst werden. Die Gemeinschaft als solche ist nur eine Etappe auf dem Weg zu Organisationsformen der Welt von morgen.

Da erhebt sich dann in der Sicht Philippe de Villiers die Welt-Governance, Globalia, die von allen Attributen wie Souveränität, Demokratie und verschiedenen Völkern "befreit" ist. Der Traum vom planetarischen Management, die Beherrschung der Menschheit durch die Technik, durch einen allumfassenden Markt in einen dauerhaften Frieden gehüllt und eine grenzenlose individuelle Freiheit garantierend. "Weicher, aufgeklärter Despotismus", sagte Jacques Delors zustimmend dazu.

Das Buch Philippe de Villiers' hat bereits viele Leser gefunden. Der Autor tritt in vielen Fernsehsendungen auf und hält den hinterhältigen Fragen vieler Journalisten auf beeindruckende Weise stand. Das Presseecho reicht von "das ist alles nicht neu" über "Verschwörungstheorie" bis "Unwahrheit". Philippe de Villiers zeigt auf, wer die wirklichen Verschwörer sind, wer ein Interesse daran hat, daß die Wahrheit im dunkeln bleibt, und welches die Interessen, Ziele und Beweggründe der europäischen Vereinigung sind und waren. Ein äußerst lesenswertes Buch, hinter das die Geschichtswissenschaft nicht mehr zurückgehen kann. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 09/2019 berichtete im September 2019:
>>**Bilderbergs Europa: Die Drahtzieher der neuen EU-Spitze**

_ von Daniell Pföhringer

Die Spitzenposten der EU wurden im Hinterzimmer ausgekungelt. Fraglich ist allerdings, ob dies wirklich auf dem letzten Gipfel in Brüssel geschah - oder schon viel früher und noch heimlicher.

Am 16. Juli läuft Nigel Farage in Straßburg zur Hochform auf. In der ersten Sitzung des neuen Europäischen Parlaments wettet die Brexit-Ikone über die "Mauschelei", mit der Ursula von der Leyen als Kandidatin für den Kommissionsvorsitz ausbaldowert wurde. Dennoch sei er "erfreut" über dieses erneute Beispiel Brüsseler Demokratieverachtung. Schließlich werde dadurch der EU-Austritt Großbritanniens noch populärer. "Gott sei Dank verlassen wir diese Union", ruft der englische Haudegen ins Plenum.

Daß die vormalige deutsche Verteidigungsministerin an diesem Tag dann - allerdings sehr knapp, nämlich mit nur neun Stimmen über dem Durst - zur Nachfolgerin Jean-Claude Junkers gewählt wird, liegt auch daran, daß sie die Zustimmung der Abgeordneten der polnischen Regierungspartei PiS, von Viktor Orbans Fidesz und der italienischen Fünf-Sterne-Bewegung erhält.

Was die Euroskeptiker dazu bewogen hat, ausgerechnet einer linientreuen Kosmopolitin in den Sattel zu helfen, ist unklar. Kompetenzgründe können es kaum gewesen sein. Von der Leyens Bilanz als oberste Dienstherrin der Bundeswehr prädestiniert sie nicht gerade für höhere Weihen: Sie hinterläßt eine Truppe mit Personalmangel und mangelhafter Einsatzfähigkeit, die Kostenexplosion bei der Sanierung der "Gorch Fock" geht auf ihre Kappe, die Berateraffäre hat sie schwer belastet.

Ohnehin erscheint das Prozedere ihrer Kür mehr als rätselhaft. Als Königsmacher gilt Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, der von der Leyen wenige Tage zuvor in einer Nachtsitzung der EU-Staats- und Regierungschefs als Kompromißkandidatin aus dem Hut gezaubert haben soll, nachdem klar war, daß weder der christsoziale Manfred Weber noch der Sozialdemokrat Frans Timmermans ausreichende Rückendeckung erhalten würden.

Doch möglicherweise ist hier nur ein politisches Theaterstück aufgeführt worden, während hinter den Kulissen längst ausgemacht war, daß weder der Bayer noch der Holländer auf den Thron gehoben werden sollen, sondern die Niedersächsin.

Audienz in der Alpenfestung

Szenenwechsel. 11. Juni 2015: Das Interalpen-Hotel Tyrol in Telfs-Buchen gleicht einer Festung. Schwer bewaffnete Einsatzkräfte der österreichischen Polizei schirmen das von Wald umgebene Luxus-Ressort ab, Hubschrauber umkreisen das nahe dem beliebten Tiroler Urlaubsort Seefeld gelegene Bergplateau in 1.300 Metern Höhe, während schwarze Nobelkaros-

sen mit verdunkelten Scheiben vorfahren.

Aus einem der gepanzerten Wagen steigt Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen aus. Schnellen Schrittes eilt sie ins Fünf-Sterne-Haus, wo schon andere Gäste warten. Eingeladen hat ein elitärer Klub, der die Öffentlichkeit scheut und seine jährlichen Treffen als private Zusammenkünfte deklariert, obwohl sich dort die internationalen Spitzen aus Politik, Wirtschaft, Finanzwelt, Medien und Hochadel die Klinke in die Hand geben.

Es war das erste Mal, daß von der Leyen an einer Konferenz der Bilderberg-Gruppe teilnahm - und es sollte nicht das letzte Mal gewesen sein. Auch 2016 in Dresden, 2018 in Turin und dieses Jahr in Montreux saß die Merkel-Vertraute am runden Tisch jener Geheimniskrämer, über die der Managementprofessor und Machtforscher Andrew Kakabadse sagt: "Da trifft sich eine Gruppe von Leuten, die ihre Weltsicht und Philosophie durchsetzen will." Die Teilnahme an einer Bilderberg-Konferenz sei eine Art Türöffner, so der Autor des Buches *Bilderberg People - Elite Power and Consensus in World Affairs*. "Mit einigen der wichtigsten Leute in der Welt zu fraternisieren, ist wie eine Droge. Es befördert die Teilnehmer in die am meisten bewunderten Zirkel der Macht."

Tatsächlich haben sich die Konferenzen der elitären Nadelstreifentruppe - auch für deutsche Politiker - oft als Karrieresprungbrett erwiesen. So nahm Helmut Schmidt 1973 im schwedischen Saltsjöbaden erstmals am Bilderberg-Tisch Platz - ein Jahr später wurde er Bundeskanzler. Ähnlich verhielt es sich mit Helmut Kohl, der 1982 im norwegischen Sandefjord zu Gast war und kurz darauf Amtsinhaber Schmidt durch ein konstruktives Mißtrauensvotum stürzte. Maßgeblich beteiligt daran war Otto Graf Lambsdorff, der mit Kohl zusammen nach Norwegen gereist war. Angela Merkel wurde im Frühjahr 2005 zur Konferenz nach Rottach-Egern geladen und konnte nur wenige Monate danach ins Kanzleramt einziehen.

Von der Leyen ist nicht die einzige neue EU-Spitzenfunktionärin, die vorher bei den Bilderbergern vorstellig wurde. Auch der künftige Ratspräsident Charles Michel nahm 2015 als belgischer Ministerpräsident an der Konferenz in Telfs-Buchen teil, die designierte Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB), Christine Lagarde, machte dem diskreten Machtzirkel als Direktorin des Internationalen Währungsfonds (IWF) 2013 im britischen Watford und 2014 in Kopenhagen ihre Aufwartung.

Auch in diesen Fällen kann kaum davon die Rede sein, daß nur die Besten für Brüssel ausgewählt wurden. Michel scheiterte als Regierungschef, Lagarde wurde 2016 von einem französischen Gericht wegen Korruption und Vorteilsgewährung in ihrem früheren Amt als Wirtschaftsministerin verurteilt. Auf eine Strafe wurde allerdings - seltsam genug - wegen ihrer "Persönlichkeit" und ihres "internationalen Ansehens" verzichtet. Offenbar gab auch hier den Ausschlag, daß beide eingefleischte Eurokraten sind - und das liegt genau auf Bilderberg-Linie.

Geburtshelfer Rockefeller

Der verschwiegene Klub der Reichen und Mächtigen war nämlich von Anfang an treibende Kraft hinter der sogenannten europäischen Integration. Der britische Historiker Richard Aldrich, Professor an der Universität Warwick, schreibt in seinem Buch *OSS, CIA and European Unity*, "daß die Römischen Verträge (die Geburtsurkunde der Europäischen Gemeinschaft von 1957) ihren Ursprung in den Diskussionen bei Bilderberg im Jahr zuvor hatten".

Schon 1948 hatten Allen Dulles, der spätere Chef der CIA, und William Donovan, von 1942 bis 1945 Leiter des CIA-Vorgängers OSS, das American Committee on United Europe (ACUE) gegründet. Der britische Telegraph berichtete im Jahr 2000: "Die Finanzierung der ACUE erfolgte durch die Ford-Stiftung und die Rockefeller-Stiftung sowie durch Konzerne mit engen Verbindungen zur US-Regierung. Der Präsident der Ford-Stiftung, der ehemalige OSS-Offizier Paul Hoffman, war in den 1950er Jahren gleichzeitig Chef des ACUE."

Aldrich stellt fest: "Es ist auffällig, daß die drei wichtigen transnationalen Elite-Gruppen in

den 1950ern aufkommen: Die Europäische Bewegung, die Bilderberg-Gruppe und Jean Monnets Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa haben alle dieselben Ursprünge und bekommen aus denselben Gruppen ihre Unterstützung. Obwohl Bilderberg und die Europäische Bewegung im Allgemeinen dieselben Gründer, Mitglieder und Ziele teilten, stellte Bilderberg wohl den effektiveren Mechanismus des transatlantischen Dialogs dar und entwickelte sich zu etwas, was manche als das signifikanteste diskrete Forum für westliche Eliten ansehen."

Die Frankfurter Rundschau ließ ihre Leser am 7. Juni 2010 wissen: "So ist bekannt, daß auf Anraten David Rockefellers bei einer Bilderberg-Konferenz die Trilaterale Kommission gegründet wurde, eine Denkfabrik zur Zusammenarbeit der Wirtschaftsräume Nordamerika, EU und Japan. Laut den Memoiren des Ex-US-Botschafters in Berlin, George McGhee, kam Bilderberg zudem bei der Mitgestaltung der Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) eine wichtige Rolle zu. Und laut dem Ehrenvorsitzenden des Zirkels, dem belgischen Unternehmer Étienne Davignon, geht auch der Euro auf Bilderberg zurück."

Schulden- und Migrantenunion

Ist es nun an von der Leyen, Lagarde und Michel, als unheilige Allianz die Eurofizierung und Entnationalisierung im Sinne der Bilderberger voranzutreiben? Diese Vermutung liegt nahe. Mit der Französin an der Spitze der EZB scheint der Weg in Hyperinflation und Enteignung vorgezeichnet. Schon als IWF-Chefin befürwortete sie eine ultralockere und durchpolitisierte Geldpolitik.

So wurde erst vor wenigen Monaten unter ihrer Ägide eine Studie veröffentlicht, in der unter anderem vorgeschlagen wird, daß im Falle der Festsetzung eines negativen Leitzinses durch die Zentralbank auch das Bargeld im gleichen Maße entwertet werden soll. Das veranlasste den früheren Chef des Münchner Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, zu der Bemerkung, daß "es für Deutschland Zeit" wäre, "den Euro aufzugeben".

Der Liberale Charles Michel trat im Dezember 2018 als belgischer Ministerpräsident zurück, als seine flämisch-nationalistischen Koalitionspartner von der Nieuw-Vlaamse Alliantie verhindern wollten, daß Belgien im tunesischen Marrakesch den UN-Migrationspakt unterschreibt. Mit dieser Haltung ist der Liberale ein idealer Spießgeselle von der Leyens, die gleich nach ihrer Wahl zur Kommissionspräsidentin das europäische Asylsystem in Frage stellte. "Ich habe nie wirklich verstanden, warum Dublin mit der einfachen Gleichung begann: Wo ein Migrant zuerst europäischen Boden betritt, muß er oder sie bleiben", sagte die Christdemokratin und fügte hinzu: "Wir müssen Dublin reformieren, um mehr Fairneß und Lastenverteilung zu erreichen."

Lagarde als Schöpferin der totalen Schuldenunion, Michel und von der Leyen als Vollstrecker der totalen Migrantenunion - die Bilderberg-Vision der Vereinigten Staaten von Europa nimmt Gestalt an.<<

Herbert Ludwig berichtete am 4. November 2019 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die angestrebte Weltregierung der geheimen Machteliten (x949/...):

>>Die EU als Vorstufe zu einer Weltregierung

Durch die modernen Kommunikationsmittel können heute die Menschen Anteil nehmen an dem, was fern von ihnen anderen in den entlegensten Gebieten der Erde geschieht. So entwickeln sie immer mehr ein globales Gesamtbewußtsein und wachsen nicht nur der Idee nach, sondern auch real durch die verschiedensten weltweiten wirtschaftlichen, kulturellen und staatlichen Beziehungen zur einheitlichen Menschheit zusammen, in der alle immer mehr erleben, wie sie voneinander abhängig und aufeinander angewiesen sind.

Angesichts der damit verbundenen weltweiten Aufgaben und Probleme, insbesondere auch der globalen Kriege, haben sich daher immer wieder Menschen mit der Idee einer Weltregie-

rung und eines Weltstaates beschäftigt.

So sah der Schriftsteller Ernst Jünger in einem Essay "Der Weltstaat" von 1960 in einer Weltrepublik den einzig verbleibenden Weg. Der Amerikaner Garry Davis rief 1948 die Weltbürgerbewegung ins Leben und forderte die Vollversammlung der Vereinten Nationen, in die er eindrang, zur Errichtung einer Weltverfassung und einer demokratisch gewählten Weltregierung auf. Namhafte Intellektuelle, darunter Albert Einstein,

André Gide, Albert Camus und Jean-Paul Sartre, bildeten ein Unterstützungskomitee, und 750.000 Menschen aus mehr als 150 Ländern ließen sich innerhalb von 2 Jahren in einem Register als Weltbürger eintragen (Wikipedia).

So verständlich solche idealistischen Bestrebungen sind: Sie stammen aus einem Denken, das die heute gewohnte hierarchische Staatsform, in der - gleich welcher Verfassung - stets eine kleine Elite über die große Masse herrscht, auf die ganze Erde überträgt, in der das Schicksal der ganzen Menschheit der Macht einer kleinen Weltelite ausgeliefert wäre. Das Illusionäre der derzeitigen Demokratie, Freiheit und Selbstbestimmung des Menschen zu gewährleisten, würde in einer solchen Welt diktatur dann auch für den Letzten vollends zutage treten.

Von dieser von unten angestrebten Weltbürgerregierung ist, wie es bei Wikipedia dezent heißt, eine "*von den aktuellen Machtkonstellationen dominierte Weltregierung*" zu unterscheiden. Das wäre eine Weltregierung, die von oben, von den Machteliten der führenden westlichen Staaten auf indirektem Wege ausgeübt und weiter vervollkommnet würde. Dafür gibt es nicht nur Indizien, sondern zahlreiche Belege, und davon soll die Rede sein.

Sukzessive Auflösung der Souveränität der Staaten

Versetzt man sich in die wahnwitzigen Gedanken der Machteliten, die eine Weltregierung anstreben, dann müßte die Entwicklung logischerweise durch die sukzessive Auflösung der Souveränität der Nationalstaaten vorangetrieben werden. Dies wurde auch bereits auf den Haager Friedens-Konferenzen von 1899 und 1907 durch Pläne einer internationalen Schiedsgerichtsbarkeit eingeleitet, die man nach dem 1. Weltkrieg im "Völkerbund" institutionalisierte.

Als die Vorbereitungen zur Gründung des Völkerbundes liefen, sagte Rudolf Steiner warnend: *"Überstaaten, Überparlamente begründen, das ist so recht ein Zeichen dafür, daß die Menschen nicht herausschlüpfen mögen aus den alten Denketzen. ... Während man den einzelnen Staat zerklüften muß in seine drei Glieder (wie in Der Mensch als Maß skizziert), wollen die Menschen das Gegenteil. Sie wollen die ganze Erde ... zu einem großen Staat zusammenschweißen. Sie wollen das Gegenteil von dem, was in den Entwicklungskräften der Zeit begründet ist. Deshalb sollte (der Wissende) wirklich einsehen und es auch überführen in sein Wollen, daß ein starkes Anstürmen notwendig ist gegen dasjenige, was heute noch in der ganz entgegengesetzten Richtung geht."*

"Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Staaten durch ein immer engmaschigeres Netz multilateraler Vertragssysteme und Organisationen gebunden und auf das je spezifische Regelwerk festgelegt", welche "die Autonomie der Nationalstaaten systematisch und zum Teil empfindlich beschneiden."

Zu diesen Institutionen gehören die Vereinten Nationen (UN) als Nachfolgeorganisation des Völkerbundes, der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank, die Welt-Handels-Organisation (WTO), die EU, die NATO, der Internationale Strafgerichtshof usw.

Dabei muß man sich klar machen, daß die Übertragung nationaler Kompetenzen auf diese Organisationen noch lange nicht an ihr Ende gekommen ist, sondern ständig weitergetrieben wird und dem internationalen Recht, das dadurch geschaffen wird, stets und ausnahmslos Vorrang vor dem innerstaatlichen Recht zukommt. Die EU gibt bereits ca. 80 % der nationalen Gesetze vor, die von den USA dominierte NATO beherrscht die Militärpolitik ihrer Mitgliedsländer, und welche Macht der IWF auf verschuldete Länder ausübt, erleben wir gegen-

wärtig in der europäischen Euro-Krise in drastischer Weise.

"Politische Entscheidungsfindung ist in praktisch allen westlichen Ländern weitgehend aus den dafür vorgesehenen verfassungsmäßigen Gremien ausgelagert worden, indem die Entscheidungsvoraussetzungen ... von privaten Stiftungen und Netzwerken oder von supranationalen Institutionen wie EU und UNO erarbeitet werden.

Transparenz ist in solchen Gremien nicht vorgesehen; die Öffentlichkeit bleibt ausgesperrt, und demokratische Kontrolle findet nicht statt. Gewählte Politiker sitzen gewissermaßen nur noch am Ende der Pipeline, und sie haben wenig Einfluß darauf, was in dieser Pipeline transportiert wird, es sei denn, sie gehören selbst den genannten Gremien an. Am Ende beschränkt sich ihre Aufgabe darauf, abzunicken und der Öffentlichkeit als 'alternativlos' zu präsentieren, was zumeist schon längst entschieden worden ist."

Dieses internationale Netz wird von den Regierungen der Staaten geschaffen, also von den Vertretern der Vertreter der angeblich souveränen Völker, über deren Köpfen dies geschieht, ohne daß sie den geringsten Einfluß darauf ausüben könnten.

Die Kompliziertheit des Entscheidungsverfahrens bedeutet, *"daß eine einmal etablierte Ordnung dieser Art praktisch kaum mehr zu ändern ist, jedenfalls nicht auf Initiative einzelner Akteure oder Staaten hin. Staaten, die einmal in ein solches System verstrickt sind, können es nur als Ganzes akzeptieren oder es ganz verlassen - mit allen Nachteilen und Gefahren, die damit verbunden sind."*

Es ist ein internationales System, das nicht nur die Integrität der Völker und ihre Eigenständigkeit allmählich auflösen, sondern, damit verbunden, die Selbstbestimmung des einzelnen Menschen und damit jede wahre Demokratie in einem ihm übergestülpten globalen Regelwerk vollends untergehen lassen will.

Welt-Commonwealth

Es liegt auf der Hand, daß eine Weltregierung primär in den Plänen derjenigen liegt, die sowieso durch ihre eigene politische und wirtschaftliche Macht eine Weltherrschaft anstreben: den anglo-amerikanischen Eliten.

Bereits Cecil J. Rhodes (1853-1902), wichtiger Impulsator des britischen Imperialismus, schwebte eine anglo-amerikanische Union vor, welche *"die Regierung der ganzen Welt antreten"* und *"den Frieden der Welt in alle Ewigkeit sichern würde."*

Der mit ihm befreundete W. T. Stead und, wie er berichtete, sowohl die Liberalen unter Lord Rosebury als auch die Konservativen unter Lord Salisbury nahmen diese Idee auf und ergänzten sie mit der einer Föderation der europäischen Staaten, die letztlich unter der Dominanz der anglo-amerikanischen Union stehen müsse.

In dem elitären Kreis des "Round Table", der von Alfred Milner, dem engsten Freund und geistigen Nachfolger Rhodes 1909 gegründet wurde und der bald wesentlichen Einfluß auf die britische Außenpolitik nahm, pflegte man diese Gedanken weiter.

Insbesondere die Mitglieder Philip Kerr und Lionel Curtis *"dachten an die Möglichkeit, ... eine Art Weltgemeinschaft auf gemeinsamer kultureller und weltanschaulicher Grundlage ins Leben zu rufen; aus diesem Hintergrund gingen die britischen Initiativen zur Schaffung des 'Völkerbundes' hervor"*, dessen Präsident der Round-Tabler Lord Robert Cecil 1923 wurde und bis zu seiner Auflösung 1946 blieb.

Die USA wurden nur deshalb nicht Mitglied des Völkerbundes, weil sich der US-Senat in seiner Autorität von Woodrow Wilson übergangen fühlte und die Ratifizierung des Versailler Vertrages ablehnte, dessen Bestandteil die Satzung des Völkerbundes war (Wikipedia).

Lionel Curtis forderte in seinem Buch "The Commonwealth of Nations" (London 1916), das britische Commonwealth dürfe nicht auf eine Nation oder ein Reich beschränkt bleiben, da es immer wieder durch Kriege bedroht würde, sondern müsse auf die ganze Menschheit ausgedehnt werden, um so den Weltfrieden herbeizuführen.

Es sollte ein anglo-amerikanisch geprägtes Welt-Commonwealth geschaffen werden. Philip Kerr förderte diese Idee mit aller Kraft. Um die Welt vor einem Krieg aller gegen alle zu bewahren, sei "die einzige Endlösung der Weltstaat". Gemeinsam mit Curtis unterstützte er die Paneuropa-Bewegung von Graf Coudenhove-Kalergi. *"Europa - worunter der Kontinent ohne die britischen Inseln verstanden wurde - könne sich langfristig zu einem Commonwealth organisieren, was den Beitritt in das künftige Welt-Commonwealth unter transatlantischer Führung erleichtern würde."*

Übergang der Führung auf die USA

Im Ersten Weltkrieg verlor Großbritannien seine Weltmachtstellung de facto an die USA. Aber die britischen und amerikanischen Eliten arbeiten nach wie vor eng zusammen. Ableger des britischen "Round Table" gibt es auch in den USA. Und auf höchster Ebene existiert seit Ende des Ersten Weltkrieges die enge institutionelle Verbindung der je einflußreichsten Denkfabriken Chatham House in London und Council on Foreign Relations in New York, von denen die Richtlinien der Außenpolitik ausgehen.

"US-Präsident Franklin D. Roosevelt unternahm nach dem Scheitern des Völkerbundes noch während des Zweiten Weltkrieges einen zweiten Versuch, eine Organisation zur Sicherung des Friedens zu schaffen, und erarbeitete zusammen mit dem britischen Premierminister Winston Churchill die Atlantik-Charta. Am 1. Januar 1942 beriefen sich 26 Staaten in der Deklaration der Vereinten Nationen auf die Prinzipien der Atlantik-Charta." (Wikipedia) Sie wurden 1945 gegründet und haben inzwischen 193 Mitglied-Staaten.

Doch darf man die Bedeutung der UNO nicht überschätzen. Sie ist nur schwer handhabbar, zumal die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates USA, GB, China, Rußland und Frankreich jeweils ein Vetorecht haben, wenn ihre eigenen Interessen berührt sind. Viel effektiver sind die unter strammer US-Führung oder Abhängigkeit stehenden Organisationen wie NATO, IWF und EU für die anglo-amerikanischen Interessen einzusetzen und zum weiteren Souveränitätsabbau der Nationalstaaten in Richtung einer Weltregierung auszubauen. Wie stark dessen Realisierungswille besteht, wird an folgenden Aussagen einflußreicher Persönlichkeiten deutlich.

James Paul Warburg, Mitglied des Council on Foreign Relations und Finanzberater von Franklin D. Roosevelt, sagte am 17.2.1950 vor dem US-Senat: *"Wir werden eine Weltregierung haben, ob Sie nun wollen oder nicht, entweder durch Unterwerfung oder durch Übereinkunft."* (Wikipedia)

Richard Newton Gardner, US-Botschafter in verschiedenen Ländern, UN-Berater und Mitglied der Trilateralen Kommission schrieb im *CFR-Magazin Foreign Affairs, April 1974*: *"Das 'Haus der Weltordnung' wird man eher von unten nach oben hin, statt von oben nach unten herab aufbauen müssen. ... Denn wenn es darum geht die nationale Souveränität zu zerstören, ist es viel effektiver, sie Stück für Stück erodieren zu lassen als den altmodischen Frontalangriff durchzuführen."*

Dazu gehören offensichtlich durch Ausbeutung und Kriege herbeigeführte massenhafte Migrationsbewegungen, die zur Destabilisierung der Staaten, zu Verschmelzungen und Identitätsverlust der Völker führen sollen. Willy Wimmer, früherer Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, schildert aus seiner Erfahrung in NATO-Übungen, daß Flüchtlingsströme immer Gegenstand militärischer Planung seien.

Von David Rockefeller, 36 Jahre Direktor, 20 Jahre Vizepräsident und 15 Jahre Vorstandsvorsitzender des Council on Foreign Relations, Gründer der Trilateralen Kommission und Lenker der Bilderberg-Konferenzen, wird vielfach berichtet, er habe beim Bilderberg-Treffen 1991 in Baden-Baden vom 6. bis 9. Juni den Medien dafür gedankt, *"daß sie sich an ihr Versprechen Diskretion zu wahren, beinahe vierzig Jahre lang gehalten haben. Es wäre uns unmöglich gewesen, unseren Plan für die Welt zu entwickeln, hätten wir all diese Jahre im hel-*

len Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit gestanden. Aber die Welt ist jetzt ausgeklügelter und vorbereitet in Richtung auf eine Weltregierung zu marschieren. Die supranationale Souveränität einer intellektuellen Elite und der Weltbanker ist der in den vergangenen Jahrhunderten praktizierten nationalen Selbstbestimmung sicherlich vorzuziehen."

Das klingt authentisch, wenn man hinzunimmt, daß er in seinen Memoiren von 2002 auf Seite 405 offen bekennt: *"Manche glauben gar, wir seien Teil einer geheimen Kabale, die entgegen der besten Interessen der USA arbeitet, charakterisieren mich als 'Internationalisten' und Verschwörer, die gemeinsam mit anderen weltweit eine integrierte globale politische und wirtschaftliche Struktur schaffen - die einheitliche Welt, wenn Sie so wollen. Wenn das die Anklage ist, dann bin ich schuldig, und ich bin stolz darauf."* (Wikipedia)

Eliten-Netzwerk

Es ist auffällig, wie unter den Funktionseliten der westlichen Welt, mit Ausläufern bis in die der Schwellenländer und des postsowjetischen Raums, ein nahezu unangefochtener Konsens über diese Entwicklung besteht. Dabei versteht der größte Teil diese globale Ideologie als Inbegriff der Vernunft, die in Anbetracht der Geschichte alternativlos sei. Die globalen Probleme seien mit den alten nationalen Strukturen überhaupt nicht mehr zu lösen, insbesondere sei der Friede in der Welt nur auf diesem Wege zu erreichen und zu erhalten.

Was einst verheimlicht und als Verschwörungstheorie diskreditiert wurde, wird nun - Rockefeller gab das Signal - offen als notwendiges Mittel zur Bewältigung der weltweiten Krisen ausgegeben. Gideon Rachman, Elitejournalist der *Financial Times* in London schrieb im Leitartikel vom 7.12. 2008: *"Zum ersten Mal in meinem Leben, glaube ich, die Bildung einer Art Weltregierung ist plausibel. Eine Weltregierung würde viel mehr als die Zusammenarbeit zwischen den Nationen bedeuten. Sie wäre ein Unternehmen mit staatsähnlichen Merkmalen, das durch eine Reihe von Gesetzen gestützt wird."*

David Held, Direktor der *London School of Economics*, einer der renommiertesten Universitäten der Welt, der die Zeitung *The Guardian* "mehr Einfluß auf die derzeitige politische Welt als jede andere Hochschule auf der Erde" bescheinigt (Wikipedia), sagte in einer am 14.4.2009 in 3Sat ausgestrahlten Sendung: *"Wir leben in einem geschichtlichen Moment, in dem eine globale Umstellung hin zu einer Weltregierung stattfindet."* An dieser Umstellung führe auf Dauer kein Weg vorbei, da die neuen globalen Krisen langfristig nicht von einzelnen Staaten, sondern nur von einer Weltregierung gelöst werden könnten.

Bundeskanzlerin Angela Merkel plädierte am 9.11.2009 während der Konferenz "Falling Walls" für den weiteren Verzicht auf nationale Zuständigkeiten:

"Eine der spannendsten Fragen, Mauern zu überwinden, wird sein: Sind Nationalstaaten bereit und fähig dazu, Kompetenzen an multilaterale Organisationen abzugeben, koste es, was es wolle; und sei es auch in der Form einer Verurteilung? ... Die Gründung der Welthandelsorganisation ist ein solches Beispiel, in dem es Schiedsverfahren gibt, in denen über Handelsfragen ohne Vetorecht irgendeines Mitgliedstaates entschieden wird und notfalls auch Vertragsstrafen verhängt werden. Aber wir haben zu wenig von solchen Beispielen." -

"Es wird so sein, daß ein friedliches Zusammenleben nur mit einer globalen Ordnung ... möglich ist."

Wolfgang Schäuble bezeichnet am 11.1.2013 in Heidelberg ebenfalls globale Strukturen als unausweichlich und notwendig: *"Diese Herausforderungen der Zukunft sind am stärksten geprägt durch das, was wir 'Globalisierung' nennen: eine sich beschleunigende Entnationalisierung und transnationale Verflechtung ökonomischer, politischer und kultureller Systeme. ... Die Globalisierung hat zur Folge, daß das Regulierungsmonopol des Nationalstaates auch außerhalb Europas an seine Grenzen stößt. Dadurch werden neue Formen von Governance hinzutreten."*

Auch der ganz auf absoluter Autorität beruhende Vatikan stimmt in den elitären Chor ein. Am

7.7.2009 meldete "Die Welt": *"Papst Benedikt XVI. hat die Schaffung einer Weltautorität als Antwort auf die globale Wirtschaftskrise ins Gespräch gebracht. ... Die bereits von seinem Vorgänger Johannes Paul II. angeregte, über die UN hinausgehende Weltautorität ist nach Benedikts Worten nötig, 'um die Weltwirtschaft zu steuern, die von der Krise betroffenen Wirtschaften zu sanieren, eine Verschlimmerung der Krisen und sich daraus ergebenden Ungleichgewichten vorzubeugen.' Außerdem gehe es darum, eine geeignete vollständige Abrüstung zu verwirklichen, die Sicherheit und den Frieden zu nähren, den Umweltschutz zu gewährleisten und die Migrationsströme zu regulieren."*

Sein Nachfolger Franziskus forderte ebenfalls mit einer neuen Enzyklika am 18.6.2015 *"eine ökologische Wende und wünscht sich, den 1963 verstorbenen Papst Johannes XXIII. zitierend, eine politische Weltregierung ("Weltautorität"), die Umweltschutz wirksamer durchsetzen könnte als Nationalstaaten."* (FAZ vom 18.6.2015)

Vorstufe "Vereinigte Staaten von Europa"

Wie oben angedeutet, pflegten schon die britischen Eliten Anfang des vorigen Jahrhunderts die Idee einer europäischen Föderation unter anglo-amerikanischer Dominanz. Aber nicht nur sie, sondern natürlich auch amerikanische Kreise unterstützten Coudenhove-Kalergi mit seiner Paneuropa-Bewegung. Mächtigen Einfluß nahm Winston Churchill darauf. Am 14.5.1947 wurde er in einer Rede in London ganz deutlich:

"Wir geben uns natürlich nicht der Täuschung hin, daß die Vereinigten Staaten von Europa die letzte und vollständige Lösung aller Probleme der internationalen Beziehungen darstelle. Die Schaffung einer autoritativen, allmächtigen Weltordnung ist das Endziel, das wir anzustreben haben. Wenn nicht eine wirksame Welt-Superregierung errichtet und rasch handlungsfähig werden kann, bleiben die Aussichten auf Frieden und menschlichen Fortschritt düster und zweifelhaft. Doch wollen wir uns in Bezug auf das Hauptziel keiner Illusion hingeben: Ohne ein Vereinigtes Europa keine sichere Aussicht auf eine Weltregierung. Die Vereinigung Europas ist der unverzichtbare erste Schritt zur Verwirklichung dieses Zieles." (Speeches of Winston Churchill, New York 1974)

Ein Jahr später, welch merkwürdiger Einklang, verankerte der Parlamentarische Rat in Art. 24 des bundesrepublikanischen Grundgesetzes die Möglichkeit, Hoheitsrechte zur Wahrung des Friedens einem System kollektiver Sicherheit zu übertragen. In den Beratungen dazu sagte Dr. Carlo Schmid (SPD) am 10. November 1948 zum späteren Bundespräsidenten Theodor Heuss (FDP):

*"Die Weltstaatbemühungen in allen Ehren! Die Idee ist des Schweißes der Edlen wert. Man sollte aufhören, bei diesen Dingen immerzu von Utopien zu sprechen, wie man es gern tut, um es sich leicht zu machen. Aber ich glaube nicht, daß wir zur **Weltregierung** kommen werden, ohne vorher durch Europa gegangen zu sein."* Das bedeutet, auch die deutsche Elite war sich bereits 1948 einig, eine Weltregierung anzustreben, für die eine Europäische Union Voraussetzung wäre.

Der oben bereits zitierte Journalist Gideon Rachman schrieb in dem Leitartikel in der *Financial Times* vom 8.12.2008 weiter: *"Die Europäische Union hat bereits eine kontinentale Regierung für 27 Länder und könnte ein Modell sein. Die EU hat ein oberstes Gericht, eine Währung, Tausende von Seiten des Gesetzes, einen großen öffentlichen Dienst und die Fähigkeit zur Bereitstellung militärischer Gewalt. Könnte sich das europäische Modell weltweit verbreiten?"* Und das "europäische Modell" wird von der derzeitigen EU mittels der herbeigeführten Krisen unerbittlich zum vollen europäischen Staat vorangetrieben.

Und auch Wolfgang Schäuble plädiert in seiner oben angeführten Rede vom 11.1.2013 für die EU als Vorstufe zu einer globalen Regierung: *"Daher lautet meine erste Begründung für die Notwendigkeit einer weiter fortschreitenden europäischen Einigung, daß eben diese den mit Abstand am weitesten entwickelten Ansatz für neue Elemente von Regierungs- und Ordnungs-*

strukturen bildet, also eine Form von Governance, die auch die globalisierte Welt als Ganzes entwickeln muß. Diese neuen Elemente von Regierungs- und Ordnungsstrukturen in Europa sind zugleich ein Beitrag zu unserer globalen Verantwortung, die wir Europäer im Hinblick auf unsere weltgeschichtliche Rolle in den zurückliegenden Jahrhunderten nicht geringerschätzen sollten."

Manfred Kleine-Hartlage zieht am Ende seines zitierten Essays ein ernstes Fazit: *"Die Umrissse einer durchaus nicht kommunistischen oder faschistischen, wohl aber totalitären und, einmal errichtet, nicht mehr zu beseitigenden globalen Diktatur zeichnen sich deutlich ab. Alle zu ihrer Verwirklichung erforderlichen Strategien laufen bereits, und dies zum Teil schon seit vielen Jahrzehnten. Ob dieser Prozeß noch umkehrbar ist? Wenn ich Optimist wäre, würde ich sagen: Es ist 1 Minute vor 12." ...<<*

Schlußbemerkungen

Bundeskanzler Adenauer begründete am 25. November 1949, um 3 Uhr morgens, im Bundestag den Beitritt zur Ruhrbehörde u.a. damit, daß die alliierten Militärregierungen bei einer Ablehnung die geplanten Demontagen in der Bundesrepublik Deutschland unverändert fortgesetzt hätten (x243/177).

Der Beitritt zur internationalen Ruhrbehörde (Petersberger Abkommen) erfolgte nicht freiwillig und verstieß eindeutig gegen die Grundsätze des schon damals geltenden Völkerrechts. Die westdeutsche Bevölkerung wurde vor dem Abschluß des Petersberger Abkommens nachweislich durch Ultimaten (Gewaltanwendung: "gezielte Hungerpolitik von Mai 1945 bis Anfang 1947 und Gewaltandrohung: Fortsetzung der Demontagen) systematisch unter Druck gesetzt.

Bei der internationalen Ruhrbehörde handelte es sich um eine Tarnorganisation des NWO-Imperiums. Diese geschickt getarnte Organisation (angeblich der erste Schritt zur Aussöhnung der "Erbfeinde" Deutschland und Frankreich) sollte in erster Linie die langfristige wirtschaftliche Ausbeutung und politische Unterdrückung Deutschlands garantieren.

Der gewaltsam erpreßte und damit völkerrechtswidrige Beitritt zur internationalen Ruhrbehörde sowie die Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) war lediglich eine verdeckte Fortsetzung des Versailler Friedensdiktates von 1919.

Das Petersberger Abkommen verstieß zweifelsfrei gegen das Völkergewohnheitsrecht, denn ein durch Gewaltanwendung und Gewaltandrohung erzwungener Vertrag stellte einen derart eklatanten und schwerwiegenden Bruch des Völkerrechts dar, daß er von Anfang an als nichtig bzw. ungültig betrachtet werden mußte.

Das Ruhrstatut wurde später aufgrund des Pariser Vertrages vom 18.04.1951 am 23. Juli 1952 in die Montanunion integriert. Die Hohe Behörde der Montanunion wurde 1967 durch Fusionsvertrag in die EG integriert.

Infolge einer genialen Vernebelungstaktik wurde jahrzehntelang nicht bekannt, daß die Gründung und die spätere Erweiterung der Europäischen Union in erster Linie von den Vereinigten Staaten von Amerika durchgesetzt wurde, um die wieder aufstrebende deutsche Industriemacht zu neutralisieren und um den sowjetischen Einfluß in Europa zu reduzieren.

Die führende US-Ordnungsmacht benötigte die EU und die NATO außerdem unbedingt für die Realisierung ihrer angestrebten Weltmachtspolitik (Schaffung einer "neuen Weltordnung"). Ferner ging es um die Erweiterung von profitablen Absatzmärkten und strategischen US-Direktinvestitionen sowie um die wirtschaftliche Eindämmung und Zerstörung der kommunistischen UdSSR.

Seit 1985 wurden allmählich die staatliche Souveränität und Kompetenzen der Nationalstaaten systematisch reduziert, um die EU in einen zentralistischen Einheitsstaat umzuwandeln.

Nach der erfolgreichen politischen und wirtschaftlichen Zerstörung der UdSSR im Dezember 1991 ordnete die NWO-Führung schließlich die Ablösung der bisherigen europäischen Nationalstaaten durch den angeblich dringend benötigten EU-Einheitsstaat bzw. die Vereinigten Staaten von Europa nach dem Vorbild der USA an.

Die Europäische Union, die ursprünglich eine Europäische Wirtschaftsgemeinschaft war, ignorierte und schwächte seit Jahrzehnten systematisch die demokratischen Grundrechte, die Interessen des Gemeinwohls und die Selbstbestimmung der Nationalstaaten Europas, und setzte sich in erster Linie für die Durchsetzung eines EU-Einheitsstaates, gesellschaftszerstörende Ideologien (Genderismus) und für wirtschaftliche NWO-Ziele der Banken und der internationalen Großkonzerne ein.

Die europäischen Nationalstaaten sollen demnächst zu Provinzen eines neuen zentralistischen EU-Bundesstaates werden: Schaffung eines EU-Haushaltes und eines EU-Finanzministers, Vergemeinschaftung der Schulden. Der Europäische Gerichtshof soll für sämtliche Bereiche des EU-Rechts zuständig werden. Die Gliederung und die Vorgehensweise der EU-Kommissionen und der EU-Kommissare ähneln nicht umsonst der diktatorischen Politik in der ehemaligen Sowjetunion (UdSSR: "Union der sozialistischen Sowjetrepubliken").

Dieser linkslastige EU-Einheitsstaat scheint um jeden Preis die Nachfolge der gescheiterten kommunistischen Diktatur in der ehemaligen UdSSR anzustreben. In dieser EU-Diktatur werden demokratische Freiheitsrechte, Leistungsbereitschaft, Eigenverantwortung und Kreativität, die bisher die einzelnen Nationalstaaten auszeichneten, schnell spurlos verschwinden.

Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland müßte aufgrund der erfolgreichen Exportwirtschaft eigentlich zu den reichsten Bürgern Europas zählen, aber aufgrund der EU-Zwangsmitgliedschaft und enormen jährlichen Beitragszahlungen besitzen die Deutschen lediglich geringe Vermögen und belegen laut EZB-Studien gegenwärtig den letzten Platz innerhalb der EU. Angesichts dieses erstaunlichen Ergebnisses muß man die deutsche Zwangsmitgliedschaft in der EU als "Erfolgsgeschichte" der Siegermächte einordnen, denn die Vorgaben der Potsdamer Dreimächte-Konferenz wurden nicht nur erfüllt, sondern sogar wesentlich übertroffen.

Im sogenannten Potsdamer Protokoll - Mitteilung über die Dreimächte-Konferenz, die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 in Potsdam stattfand - hieß es z.B. (x101/191-192): >>>... B.

Wirtschaftliche Grundsätze

... 15. Es ist eine alliierte Kontrolle über das deutsche Wirtschaftsleben zu errichten, jedoch nur in den Grenzen, die notwendig sind:

a) zur Erfüllung des Programms der industriellen Abrüstung und Entmilitarisierung, der Reparationen und der erlaubten Aus- und Einfuhr;

b) zur Sicherung der Warenproduktion und der Dienstleistungen, die zur Befriedigung der Bedürfnisse der Besatzungsstreitkräfte und der verpflanzten Personen in Deutschland notwendig sind und die wesentlich sind für die **Erhaltung eines mittleren Lebensstandards in Deutschland, der den mittleren Lebensstandard der europäischen Länder nicht übersteigt**. Europäische Länder in diesem Sinne sind alle europäischen Länder mit Ausnahme des Vereinigten Königreiches und der Sowjetunion ...<<

Die gleichgeschalteten Massenmedien behaupten zwar bei jeder Gelegenheit gebetsmühlenartig, daß die Europäische Union für die Deutschen lebensnotwendig wäre und vor allem für die Deutschen nur Chancen und Vorteile bieten würde, aber die Realität sieht völlig anders:

Obleich die deutsche Wirtschaft in den folgenden Jahrzehnten unaufhörlich große Exportüberschüsse erzielte, die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland nicht verschwenderisch lebte und der Staat außer der Wiedervereinigung von BRD und DDR keine außergewöhnlichen Maßnahmen finanzierte, betrug die **amtliche Schuldenlast** der vermeintlich reichen Bundesrepublik Deutschland **Ende 2010 mehr als 2.000 Milliarden Euro**.

Diese Schuldenlast erhöht sich außerdem um eine **Haftungssumme von vermutlich mehr als 1.000 Milliarden Euro**, die im Rahmen des EZB-Anleihekaufprogrammes entstehen wird.

Eine im April 2013 veröffentlichte Studie der Europäischen Zentralbank kam zu dem Ergebnis, daß die Deutschen im Schnitt sogar ärmer waren als z.B. die Bevölkerung der EU-Krisenstaaten Spanien, Italien, Griechenland oder Zypern.

Angesichts der enormen deutschen Exportüberschüsse stellt sich die Frage, wo eigentlich die Milliardenüberschüsse des deutschen Staates seit 1959 geblieben sind und wie die enorme Schuldenlast entstanden ist.

Ungeachtet der katastrophalen Folgen des Zweiten Weltkrieges besaß die Bundesrepublik Deutschland Ende 1958 bereits wieder einen Überschuß in Höhe von 2,9 Milliarden DM (x069/215).

Ein beträchtlicher Teil der deutschen Überschüsse wurde offensichtlich durch die EU konfisziert, um einen systematischen Wohlstandstransfer bzw. verdeckte Reparationen an die zahlreichen Nettoempfänger der EU vorzunehmen.

Aufgrund der permanenten politischen Entmündigung und planmäßigen Ausplünderung der deutschen Bevölkerung sowie der geplanten Liquidierung des deutschen Nationalstaates ist es unumgänglich, die EU sofort zu verlassen, um diese völkerrechtswidrige Unterdrückung und perfide Ausbeutung endlich zu beenden.

Der sofortige EU-Austritt dürfte völkerrechtlich unproblematisch sein, weil der Beitritt zur Ruhrbehörde bzw. Ruhrstatut gewaltsam und damit völkerrechtswidrig erpreßt wurde, war auch die Mitgliedschaft in den Folgegemeinschaften, wie z.B. in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU, von Anfang an nichtig und damit unwirksam.

Das Deutsche Reich von 1871 war bis zum Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 der letzte souveräne deutsche Staat bzw. das letzte gültige Völkerrechtssubjekt.

Infolge der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens am 11. November 1918 und der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages am 28. Juni 1919 wurde die Geschäftsfähigkeit der Deutschen durch die Siegermächte drastisch eingeschränkt.

Nach nur 47 Jahren der Freiheit begann für die Deutschen eine endlose Zeit der Unfreiheit. Deutschland zählt seit dem Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 zu den wirtschaftlich und politisch entmündigten Staatsgebilden (Staaten ohne Selbstbestimmung). Die Deutschen besitzen seither keine frei gewählte Verfassung und keinen souveränen Staat (Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt).

Nach über 100 Jahren der Entmündigung, der politischen Unterdrückung, der wirtschaftlichen Ausbeutung und der ideologischen Umerziehung wird es allmählich Zeit, dem deutschen Volk das Recht auf Selbstbestimmung zurückzugeben. Vorübergehende Einschränkungen der Souveränität sind gemäß Haager Landkriegsordnung legal. Die dauernde Einschränkung der Souveränität ist jedoch völkerrechtlich verboten.

Die Deutschen haben wie alle Völker das Recht, in Frieden und Freiheit sowie ohne Vormundschaft zu leben.

Die UN-Sozialcharta über das Selbstbestimmungsrecht der Völker lautet z.B. wie folgt (x870/...): >>... Artikel 1

(1) Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

(2) Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völker-

recht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.

(3) Die Vertragsstaaten, einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung und von Treuhandgebieten verantwortlich sind, haben entsprechend der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten.<<

Wir dürfen nicht länger tatenlos zusehen, wie die Destabilisierungsmaßnahmen der internationalen NWO-Verbrecherorganisationen unser Land allmählich vernichten, sondern wir müssen uns endlich wehren. Die Rückgewinnung der Freiheit und den Erhalt der Heimat wird es nicht kampflos geben!

Bei dem Entscheidungskampf gegen das globale Terrorimperium geht es nicht nur um die Wiedergewinnung unserer Freiheit und um Sein oder Nichtsein, sondern es geht auch um die traditionelle Verpflichtung, das mehr als tausendjährige materielle und immaterielle Erbe unserer Vorfahren für unsere Nachkommen zu bewahren. Wir sind es nicht nur unserer eigenen Selbstachtung, sondern auch unseren Vorfahren und vor allem den nachfolgenden Generationen schuldig, alles für den Erhalt unserer deutschen Heimat zu tun.

Allmächtiger, allwissender Gott, himmlischer Vater!
Verleihe uns die nötige Kraft, Mut und Zuversicht,
damit wir unsere Heimat Deutschland endlich befreien
und für unsere Nachkommen bewahren können.
Mit deiner Hilfe werden wir unser deutsches Volk
und unsere Heimat mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften
bis zum letzten Atemzug verteidigen,
denn wir sind es unseren Vorfahren und
unseren nachfolgenden Generationen schuldig.

Vater unser im Himmel
Geheiligt werde dein Name.
Dein Reich komme.
Dein Wille geschehe,
wie im Himmel, so auf Erden.
Unser tägliches Brot gib uns heute.
Und vergib uns unsere Schuld,
wie auch wir vergeben unsern Schuldigern.
Und führe uns nicht in Versuchung,
sondern erlöse uns von dem Bösen.
Denn dein ist das Reich
und die Kraft und die Herrlichkeit
in Ewigkeit.
Amen.

GOTT MIT UNS

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.03.2022

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Das Sonderheft Nr. 28 wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.

Beispiel: (x175/79) = Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert, Seite 79.

| | |
|------|---|
| x028 | Zayas, Alfred Maurice de: <u>Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen.</u> 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988. |
| x056 | Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 3. Europäische Weltgeschichte.</u> Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1981. |
| x069 | Klett, Ernst (Hg.): <u>Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk. Band IV. Um Volksstaat und Völkergemeinschaft.</u> E. Klett Verlag, Stuttgart 1967. |
| x096 | Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): <u>Das Jahrbuch Nr. 1. Aktuell 2000.</u> Das Lexikon der Gegenwart von A-Z. 16. Auflage. Dortmund 1999. |
| x101 | Benz, Wolfgang: <u>Deutschland seit 1945.</u> Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der DDR; Chronik, Dokumente, Bilder. München 1990. |
| x128 | Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft. Band 2. 1917 bis heute.</u> 7. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main 1980. |
| x156 | Kosthorst, Erich, und Karl Teppe: <u>Die Teilung Deutschlands und die Entstehung zweier deutscher Staaten.</u> Materialheft Geschichte/Politik. Paderborn 1978. |
| x175 | Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert. Dortmund 1997. |
| x191 | Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit. Band 6. In unserer Zeit.</u> 3. Auflage. Stuttgart 1978. |
| x243 | Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 4. Die Welt im 20. Jahrhundert.</u> Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984. |
| x268 | Nawratil, Heinz: <u>Der Kult mit der Schuld.</u> Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004. |
| x281 | Steingart, Gabor: <u>Weltkrieg um Wohlstand.</u> Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden. München 2007. |
| x300 | Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Geschichtliche Weltkunde. Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart.</u> 1. Auflage. Frankfurt/Main 1976. |
| | |

| | |
|------|---|
| x303 | Westermann Schulbuchverlag GmbH, Braunschweig (Hg.): Durchblick. GSW Geschichte/Politik 9/10. 1. Auflage. Braunschweig 2004. |
| x309 | Nawratil, Heinz: <u>Die Versöhnungsfalle</u> . Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewußtsein. Wien 2011. |
| x313 | Fabian, Frank: <u>Die geheim gehaltene Geschichte Deutschlands</u> . Was bis heute von Historikern verschwiegen wird. 2. Auflage. München 2016. |

Internet

| | |
|------|---|
| x851 | Zayas, Alfred M. - Tag der Danziger, 22. August 2001: http://www.news4press.com/HEIMATRECHT-IST-MENSCHENRECHT_668584.html - März 2015 |
| x853 | THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: http://www.theologisches-net/index.php?option=com_content&view=article&id=52&Itemid=58 - März 2015. |
| x869 | http://www.bandulet.de/Berichte/zahlmeister.html – Juli 2016. |
| x870 | http://www.sozialpakt.info/selbstbestimmungsrecht-der-voelker-3181/ – Juli 2016. |
| x880 | http://horst-koch.de/europa-vatikan-u-die-neue-weltordnung/ - Dezember 2016. |
| x887 | http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016 |
| x892 | http://www.civitas-institut.de/index.php?option=com_content&view=article&id - Januar 2018 |
| x903 | https://fassadenkratzer.wordpress.com/2013/11/22/hintergruende-der-europaischen-integrationsbewegung/ - Januar 2019 |
| x949 | https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/09/23/die-eu-als-vorstufe-zu-einer-weltregierung/ – November 2019 |